

Studentische Hochschulpolitik für die Universität Kassel

40 Jahre zwischen Bildungsprotest und Verteidigung
der politischen Studierendenvertretung



Studentische Hochschulpolitik für die Universität Kassel

**40 Jahre zwischen Bildungsprotest und Verteidigung
der politischen Selbstverwaltung**

Herausgegeben von:

Miriam Lotto

Jana Preuß

Sebastian Weise-Kusche

kassel
university



press

Impressum

Herausgeber: Miriam Lotto, Jana Preuß, Sebastian Weise-Kusche

Postanschrift: AStA der Universität Kassel
Nora-Platiel Str. 2
34127 Kassel

Redaktion: Sebastian Böttger, Miriam Lotto, Jana Preuß, Sebastian Weise-Kusche

Satz und Gestaltung: Martin Graf

Titelbild: Michael Schulze von Glaßer

Alle weiteren Bilder: AStA-Kassel Archiv

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

ISBN 978-3-86219-250-2 (Druckversion)

ISBN 978-3-86219-251-9 (Onlineversion)

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-32510>

2012, kassel university press GmbH, Kassel

www.uni-kassel.de/upress

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite
Vom Sinn einer kritischen Bestandsaufnahme (Sebastian Weise-Kusche)	8
 Statt eines Vorworts	
Probieren geht über Studieren?! (Sarah Maria Kaiser)	12
 I. Politische Gemengelagen und Themenfelder vergangener Jahre	
Wie alles begann (...) (Norbert Sprafke)	16
Die 70er Jahre an der Gesamthochschule Kassel - turbulent und amüsant (Reinhold Weist)	19
Überparteilich ist nicht unpolitisch - die Ali als Sammelbewegung in Krisenzeiten (Christian Vater)	23
Untergang der Ali, Aufstieg der Parteienlisten 2003-2006 (Daniela Albert, Peter Carqueville)	28
Ein Schauspiel in drei Akten: Der Kampf gegen Studiengebühren – 2006 bis 2008 (Sebastian Böttger)	34
Vergangenheitsbewältigung durch Studierende an der Universität Kassel in den vergangenen 40 Jahren (Alexander Muszeika)	43
 Bilder	48

II. Die Zukunft der Studierendenvertretung(en) – was noch außer Service?	Seite
Handeln statt akzeptieren - Warum eine Studierendenschaft politisch sein muss (Oliver Schmolinski)	51
Finanzhoheit der Studierendenschaften - Unerlässliche Eigenverantwortung oder unkalkulierbares Risiko? (Sebastian Geiger)	53
Sozialpolitik unter dem Gesichtspunkt der Sozialen Dimension an der Universität Kassel (Sebastian Zimmermann)	57
Warum brauchen Studierendenvertretungen einen bundesweiten Dachverband? (Jana Preuß)	61
Öffentlichkeitsarbeit und Politische Kommunikation für Studierendenvertretungen (Miriam Lotto)	65
Was können wir hoffen? Perspektiven von Studierendenvertretung und Universitätspolitik für die Universität Kassel (Sebastian Weise-Kusche)	71
Autorenverzeichnis	76
Danksagung	78

Einleitung

Vom Sinn einer kritischen Bestandsaufnahme

Dieser Sammelband entstand im Eindruck der Feierlichkeiten der Universität Kassel zu ihrem 40jährigen Bestehen im Jahr 2011. Dieses gab den Anlass für die verfasste Studierendenschaft, genauer das Referat für Politische Bildung im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), sich ebenfalls an eine Darstellung der vergangenen 40 Jahre Studierendenpolitik zu begeben. Man wollte sich so Klarheit verschaffen, warum die Studierendenschaft wurde, was sie ist.

Ebenfalls stellt sich die Frage, wie es in Zukunft mit der studentischen Selbstverwaltung weitergehen wird. In diesem Buch ziehen deshalb auch aktuelle hochschulpolitische Akteure Bilanz und schildern, wie sie sich eine Hochschulpolitik der Zukunft vorstellen. Wer in diesem Buch historisch fundierte Quellenuntersuchungen erwartet, der wird enttäuscht werden. Die beigefügten Essays sind als „Schlaglichter“ der einzelnen „Epochen“ zu werten, nicht mehr und nicht weniger.

Dieser Sammelband umfasst zwei große Bereiche, die folgendermaßen unterteilt sind:

Der erste große Teilbereich umfasst historische Darstellungen zu vergangenen Zeiten der Studierendenpolitik an der Universität Kassel. Dabei werden auch aktuelle Bezüge immer wieder sichtbar gemacht. Vornehmlich geht es um politische Konstellationen und zeitspezifische Fragestellungen. Wir hätten gerne noch mehr Beiträge in dieser Rubrik aufgenommen, nur leider gestaltete sich die Suche nach geeigneten Autoren teils schwierig.

Der zweite Teil dieses Buches fragt, was aus der verfassten Studierendenschaft in Zukunft werden wird und werden soll. Dementsprechend sind alle Beiträge im besten, eigentlichen Sinne als „Essay“ zu verstehen (vgl. mittellateinisch *exagium*, übersetzt mit „Probe, Versuch“). Also ein persönlicher Versuch, teils aus historischer, persönlicher und/oder politischer Perspektive, die Frage nach der Zukunft der Studierendenschaft zu beantworten.

Statt eines Vorwortes umreißt Sarah Maria Kaiser in ihrem Beitrag die theoretische Frage nach dem Sinn eines Studiums in der modularisierten, durchorganisierten Struktur der heutigen Zeit. Denn die Rahmenbedingungen des Studiums sind fundamental wichtig für die Quantität und Qualität eines politischen Engagements an der Hochschule.

Die Beiträge von Norbert Sprafke und Reinhold Weist thematisieren die spannenden Anfangsjahre der Kasseler Universität (vormals Gesamthochschule). Beide vermitteln einen unterschiedlichen Blick auf die ersten Jahre.

Es folgen zwei Beiträge, die sich wiederum mit unterschiedlicher Perspektive von insgesamt drei Autoren (Daniela Albert, Peter Carqueville, Christian Vater) auf die frühen 2000er Jahre beziehen, eine Zeit in der eine Liste/Hochschulgruppe die Kasseler Hochschulpolitik dominiert hat: die „ALi“. Was die Abkürzung genau bedeutet, das findet sich am Ende des ersten Textes. Der nächste Text leitet über in die zweite Hälfte der 2000er Jahre, die von parteinahen Hochschulgruppen dominiert wurde. In beiden Beiträgen spielt die Frage nach den Gründen für den Untergang der ALi eine zentrale Rolle.

Der Text von Sebastian Böttger lässt einen starken Eindruck entstehen, wie es „damals“ gewesen ist, als die Studiengebühren wieder abgeschafft wurden. Viele der heutigen Studierenden kennen diese Zeit um die Jahre 2007/2008 nicht mehr. Eine Zeit, die geprägt war von großen Demonstrationen - groß jedenfalls für unsere politikmüden Zeiten.

Abschließender Text im ersten, eher „historischen“ Teil des Buches ist die Betrachtung von Alexander Muszeika zu 40 Jahren Vergangenheitsbewältigung durch Studierende an der Universität Kassel. Bewältigt werden musste die schreckliche Vorgeschichte des Standortes Holländischer Platz als Rüstungsproduzent für Hitlers Rüstungsindustrie. Auch Zwangsarbeit und alle sonstigen Schrecken des Dritten Reiches fanden ihren Ausdruck auf dem Gelände. Richtig „bewältigt“ oder „aufgearbeitet“ ist diese Vorgeschichte bis heute nicht, hat sich die zu verantwortende Firma „Henschel und Sohn“ doch in alle Winde verstreut.

Oliver Schmolinskis Text eröffnet das zweite große Kapitel dieses Buches. Er stellt die Frage, wie es mit der studentischen Hochschulpolitik weitergeht. In den letzten Jahren ist deutschlandweit an den Universitäten immer wieder zu beobachten gewesen, dass „unabhängige“ Listen bei Hochschulwahlen sehr gute Ergebnisse erzielten. Einige dieser Listen bieten ein reines Service-Programm und negieren den politischen Aspekt der Studierendenvertretung. Warum genau dies der falsche Weg sei, erläutert Oliver Schmolinski in seinem Essay.

Es folgt ein Beitrag von Sebastian Geiger der thematisiert, warum die Studierendenschaften das Recht haben und auch behalten sollten, eigene Beiträge von ihren Mitgliedern (Studierenden) zu erheben. Auch die Frage der Verwendung der studentischen Finanzen spielt darin eine zentrale Rolle.

Daran schließt sich ein Text von Sebastian Zimmermann an, der die soziale Dimension des Studiums thematisiert. Eine der zentralen Fragen dabei: Wie stellen wir für alle sozialen Lebenslagen ein machbares Studieren auf die Beine, was keinen zurücklässt?

Als nächsten Diskussionspunkt bringt Jana Preuß in ihrem Statement zum Ausdruck, warum es einen bundesweiten Dachverband der Studierendenschaften geben muss. Vorteile und Probleme eines solchen Verbandes werden ausführlich diskutiert.

Daraufhin erläutert Miriam Lotto Aspekte effektiver Öffentlichkeitsarbeit von Studierendenvertretungen. Sie geht auf die unterschiedlichen Bereiche dieser vielfältigen Tätigkeit ein. Die Studierenden zu erreichen, ist heute nämlich mindestens ebenso komplex, wie die klassische Außenwirkung von studentischer Hochschulpolitik auf Presse und Öffentlichkeit.

Den Bogen schließt ein Beitrag zu allgemeinen hochschulpolitischen Problemfeldern der kommenden Zeit. Sebastian Weise-Kusche fragt, worin die Perspektiven von studentischer Hochschulpolitik liegen, im Besonderen in Kassel.

Es bleibt zu erwähnen, dass die Meinung einzelner Autoren nicht unbedingt die der HerausgeberInnen widerspiegelt. Wir haben uns bemüht ein breites Feld von Autoren anzusprechen, dies ist auch aufgrund des zeitlichen Abstands von teilweise mehreren Jahrzehnten sehr schwierig gewesen.

Dem Buch ging ein offener „Call for Paper“-Aufruf an alle aktuellen und ehemaligen Studierendenvertreter voraus. Dieser wurde auch auf der Homepage der Universität publiziert. Eine thematische Zensur fand selbstverständlich nicht statt.

Für die HerausgeberInnen

Sebastian Weise-Kusche

AStA-Vorsitzender 2011/2012

Statt eines Vorworts

Probieren geht über Studieren?!

Das Sprichwort besagt, praktische Erfahrungen seien besser als die rein theoretische Erkenntnis. Man sollte demnach einfach mit etwas beginnen, ohne lange Vorüberlegungen anzustellen. Hat der Volksmund da Recht?

« Etwas eifrig betreiben », so lautete die ursprüngliche Bedeutung von Studieren. Auch genaues Untersuchen und Erforschen, sowie eine kritische Prüfung bestimmter Dinge oder Sachverhalte werden mit dem Begriff « Studieren » beschrieben. Im engeren Sinn heißt dies, eine Hochschule zu besuchen und sich an dieser „Wissen anzueignen“. Die Definition aus dem Hochschulrahmengesetz (HRG) sieht für uns vor, dass wir „zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt [werden]. »

Soweit zur Theorie, doch wie schaut es in der Praxis aus?

Da sollen sich ja bisweilen himmelweite Unterschiede auftun. Intensiv ist es, das Studium. Vielen verschiedenen neuen Herausforderungen in den unterschiedlichsten Bereichen müssen wir uns stellen, u.a. der omnipräsenten Unibürokratie und natürlich den über 20000 neuen Kommilitonen. „Eifrig betreiben“ wir die Erweiterung unseres Horizontes: durch Wissensaneignung in unserer jeweiligen Studienrichtung, oder auch durch zwischenmenschlichen Austausch und Diskussionen, nicht selten in Kombination mit Feiern, Trinken, Tanzen. Immer im Spannungsfeld zwischen eigenverantwortlicher Selbstorganisation und Freiheit, löschen wir unseren Wissensdurst durch mehr als nur Kaffee und sehen auch mal den Wald vor lauter Bäumen nicht. Das genaue Untersuchen und Erforschen von Themen, Thesen, Theorien kennt ein jeder. Und die kritische Prüfung unserer allgemeinen Studiensituation, der viel bemühte Blick über den Tellerrand, nicht immer leicht.

Klar ist, der universitäre Kosmos bietet mehr als Theorie. Viele neue Menschen treten in andere Leben, neue Orte gilt es außerdem auch zu entdecken, sowohl geographisch, als auch psychologisch. All dies Neue ist Bereicherung und manchmal Frustration: Studieren ist eine Erfahrung fürs Leben.

Studieren ist, was Du draus machst!

Jeder von uns hat eine individuelle Auffassung von dem, was studieren bedeutet. Für die einen ist es eher der unumgängliche Schritt auf dem Weg ins Arbeitsleben, für andere ist es in erster Linie eine Zeit des Suchens – Erlebens – Erkennens. Für einige sogar beides. „Ich habe an der Hochschule Denken gelernt.“, sagt der Kabarettist Dieter Nuhr. Es liegt natürlich am einzelnen, seine Schwerpunkte oder Prioritäten zu setzen. Auch können die Fachrichtung und das Umfeld eine Rolle bei der Ausgestaltung der eigenen Studienzeit spielen. Für unsere „Bundesministerin für Forschung und Bildung“ Frau Schavan ist ein Studium „eine Investition in die Zukunft“; welch wunderbar unkonkretes

Wirtschaftsvokabular. Sehr umfassend stellt der Schriftsteller Wladimir Kaminer fest: „Unwissen ist die Geißel der Menschheit. Es stellt sich nicht die Frage: Was studieren? Alles!“. Darin inbegriffen sehe ich natürlich auch das „Studium“ über die Module der Studiengänge hinaus, die Erwartungen an das Leben, die Welt. Passenderweise beinhaltet das Leitbild unserer UniKasselVersität die „Chance, Rationales und Emotionales, Instrumentelles und Intuitives zu verbinden, sich zu bilden und sich in seiner gesamten Persönlichkeit weiter zu entwickeln“.

Aktives Mitgestalten

Dieses Leitbild impliziert ein hehres Ziel; sich in seiner Persönlichkeit im positiven Sinne weiterzuentwickeln liegt doch in gewisser Weise dem Handeln und Denken eines jeden Individuums zugrunde. Da bleibt es nun dem Einzelnen selbst überlassen, inwiefern er diese Entwicklung aktiv mitgestaltet. Aktives Mitgestalten als Möglichkeit, die eigenen Ideen und Vorstellungen von Universität und Bildung zu artikulieren, zu diskutieren und umzusetzen.

„Die Zukunft liegt nicht darin, dass man an sie glaubt, oder nicht an sie glaubt, sondern darin, dass man sie vorbereitet,“ sagt Erich Fried. Die Zukunft vorbereiten, das kann vieles bedeuten, ist offen für vielfältige Interpretationsansätze. Zu gegebenem Anlass steht aktives Mitgestalten als Vorbereitung der Zukunft im Kontext von Studierendenvertretungen. Das Engagement vieler Studierender in den Fachschaften, den Hochschulgruppen, dem Studierendenparlament, in Gremien wie dem Senat, dem AStA und auf Bundesebene dem fzs ist von großer Bedeutung für die Artikulation der Interessen und Durchsetzung der Rechte der Studierenden. Und da man das Leben bekanntlich nicht ernster nehmen sollte, als es ohnehin schon ist, beinhaltet die Arbeit dieser Gruppen neben Vorträgen, Podiumsdiskussionen etc. auch die Organisation von etwas sorgloseren Veranstaltungen wie etwa Feten und Konzerten. Eins steht jedenfalls fest: es ist an der Zeit ein Lob all denjenigen auszusprechen, die sich neben Studium und diversen weiteren Alltagssorgen engagieren und ihre Aktivitäten über den Mikrokosmos hinaus in einen Makrokosmos erweitern.

Womit wir wieder beim Blick über den Tellerrand wären. Unsere Erde ist nicht mehr die Scheibe, von der wir hinab in die ungewisse Tiefe fallen, sobald wir eine bestimmte Grenze überschreiten. Also lasst uns unseren Horizont erweitern! Alles ist möglich!

Wir alle spielen als Studierende „eine zentrale Rolle in der Studienreform im Rahmen des Bologna-Prozesses“ heißt es von Seiten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Das gibt ja beinahe Anlass zur Hoffnung.

Sicher ist: wir alle sind die „Studierenden von heute“, Zeugen und Leidtragende der zunehmenden Ökonomisierung der Hochschulen, der Verkürzung der Studienzeit bei gleichzeitiger Verdichtung der Lerninhalte. Grund dafür ist die zunehmende Orientierung der Hochschule an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes. Die Universität ist nicht mehr der Ort, an dem leidenschaftlich Forschung - auch auf womöglich ökonomisch nicht von Relevanz erscheinenden Gebieten - betrieben wird. Sie bereitet uns für nichts mehr, als den Arbeitsmarkt vor. Begriffe wie „arbeitsmarktrelevante Qualifikation“ und „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ (HRK) repräsentieren diese Denkweise.

Aber ist das noch Studieren? Stellt man sich die Frage, was man will, wohin man will, ob man wirklich Zeit und Raum zur freien Meinungsbildung hat, kommen unwillkürlich (idealisierte?) Bilder vergangener Zeiten vor dem inneren Auge auf. Lebhaftige Debatten über Lebensfragen in großen, gefüllten Hörsälen, die sich bis in die Nacht bei Wein und Zigaretten fortsetzen. Engagierte, motivierte, aktive Studierende, die etwas verstehen, bewegen, verändern wollen und die Zeit, den Mut und die Freiheit haben!?

Doch wir leben jetzt, studieren heute und stehen daher vor noch größeren Herausforderungen:

Um die Studienjahre als besondere, erkenntnisschaffende Zeiten zu erfahren, müssen wir selber die Initiative ergreifen und suchen. Die Möglichkeiten sind auch heute vorhanden!

Dazu gehört selbstverständlich die Studierendenvertretung. Je weniger Freiheit den Universitäten und Studierenden zugestanden wird, desto drängender wird die Notwendigkeit von kritischer Auseinandersetzung und gemeinsamen Engagement zur Mitgestaltung des UNiversums. Wir müssen die Strukturen, die uns einengen und beschränken in Handeln und Denken mitgestalten, umgestalten. Wie sonst wollen wir uns „in unserer gesamten Persönlichkeit weiterentwickeln“?

Es ist eine Gratwanderung zwischen den offiziellen Zwängen und intellektueller Selbstverwirklichung. Ein Widerstehen der Angst, bei Nichtanpassung aus dem System herauszufallen. Die Schriftstellerin Juli Zeh erinnert uns: „Man kriegt im Leben nichts geschenkt, außer von sich selbst“.

„Probieren geht über Studieren“, so ist noch immer der Wortlaut des Sprichwortes. „Probieren durch Studieren“ finde ich viel zutreffender.

Sarah Maria Kaiser

I. Politische Gemengelagen und Themenfelder vergangener Jahre

Wie alles begann (...)

Nach 40 Jahren Universität Kassel, die gegründet wurde unter dem Reformlabel „Gesamthochschule Kassel“ (Ghk) und bisher namenlos blieb, lässt sich feststellen, dass die Gründung und der bisherige Weg dieser Universität ein Erfolg für die Region ist. Ebenso für die Menschen in der Region und sicherlich auch für die regionale Wirtschaft.

Die Universität ist ohne Zweifel eine Jobmaschine. Sie schafft Arbeitsplätze in Lehre, Forschung und Verwaltung. Sie verschafft Arbeit durch bessere Qualifikation für ihre Absolventen aus der Region, aber sie schafft auch Arbeitsplätze durch die Verzahnung mit der regionalen Wirtschaft. SMA als Ergebnis eines Ausgründungsprozesses aus der Universität ist nur ein Beispiel – und zudem noch das Beispiel für die Zukunftsbedeutung des besonderen Schwerpunkts erneuerbare Energien der ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche. Ein Beispiel für die ewige Frage nach Realismus und Utopie und Beweis für die Feststellung, dass ein anderer Fortschritt möglich ist. Es ist eine ironische Wendung in der Geschichte dieser Universität, dass die alternativen Wissenschaftsbereiche, die angepasste Technologie, die Energie und Rohstoffe umwelt- und sozialverträglich nutzen will, zum Symbol für den Erfolg dieser Universität geworden ist. Während der Anfangsjahre der Gesamthochschule trumpfte der lineare wissenschaftlich, technische Fortschrittsglaube der Atomwissenschaft und der Atomenergie auch in Nordhessen heftig auf, und die Ghk sollte sich in eine Kooperation mit der an diversen nordhessischen Standorten geplanten atomaren Wiederaufbereitungsanlage einbringen.

In diese Welt wurde die kleine Kasseler Studentenschaft geworfen. 2000 Köpfe zählte sie bei ihrer Gründung, gespeist aus den in Kassel ansässigen Höheren Fachschulen, die zur Fachhochschule zusammengefasst und am nächsten Tag in die Ghk überführt wurden, und der Kunsthochschule.

Die Kasseler Studentenschaft lebte zugleich in unterschiedlichen Sphären und war Zeuge und Akteur unterschiedlicher Auseinandersetzungen.

Es galt, eine vollkommen neue Universität in Inhalten und Formen aufzubauen. Zugleich sollte mit Studentenwerk und verfasster Studentenschaft das Gerüst für die Vertretung und Absicherung der sozialen und politischen Interessen geschaffen werden. Die Kasseler Studenten begleiteten das Ende der Studentenbewegung, deren Niedergang sie teilte, ohne deren Aufstieg erlebt zu haben. Sie erlebten dagegen die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition, das aufkommende konservative Roll-Back und die Verlangsamung der Reformpolitik.

Zersplittert in verschiedene Disziplinen ohne organisatorischen Zusammenhang und von geringer Kopfzahl, hatte die Studentenschaft in den Auseinandersetzungen der 60er Jahre nur eine geringe Rolle gespielt (Notstandsgesetze, Vietnam-Krieg). Links-gewerkschaftliche, linksozialdemokratische, bürgerrechtliche und restkommunistische Aktionsgruppen [Arbeitskreis demokratischer Sozialisten (ADS), Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter (ASG), Sozialistische Arbeiter und Studenten (SAS), Demokratisches Aktionszentrum (DAZ)] bestimmten die sich in Kassel entwickelnde außerparlamentarische Opposition, die zu ansehnlichen Aktionen fähig war, wie die Demonstration anlässlich der Erschießung von Benno Ohnesorg 1967, die Notstandsaktio-

nen 1968 und die großen Vietnam-Demonstrationen 1969. Kassel erlebte 1969 die erste neofaschistische Waffengewaltaktion im Nachkriegsdeutschland. Opfer war ein später als Verleger bekanntgewordener Kasseler Schüler.

Die studentische Alltagspolitik stand vor der Herausforderung, in einer Atmosphäre der lockeren Anarchie, die organisatorischen Strukturen für diese Politik zu schaffen. Der Asta-Ring, ein lockerer Zusammenschluss der Studentenvertretungen der Vorläufereinrichtungen, von der Hochschulverwaltung als provisorische Studentenvertretung anerkannt, leitete über in eine auch formal verfasste Studentenschaft mit StuPa-Wahlen, Asta, Fachschaften, und Urabstimmung über die Satzung der Studentenschaft. Ähnlich verlief auch der Start des Studentenwerks.

Der Aufbau der Universität ähnelte einer Operation am offenen Herzen. Zeitgleich mit der Aufnahme von Forschung und Lehre mussten deren Strukturen diskutiert und geschaffen werden. Die Anfangssemester in der Lehrerausbildung vermissten Studien- und Prüfungsordnungen und mussten mehrere Semester ohne erkennbaren Rahmen studieren. In dieser offenen Situation etablierte sich das Projektstudium in der Lehrerausbildung. In Hessen eskalierte der Streit um die Bildungspolitik, Rahmenrichtlinien, die Lehrerausbildung/Stufenlehrer, und um Quantität und Qualität der Reform an einer als Reformhochschule verstandenen „Gesamthochschule“.

Beide Aufgaben forderten die studentische Politik ausreichend. Genug für den Anfang. Aber natürlich genügte dies nicht. Unter dem Druck der gesellschaftlichen Entwicklung, der Bildungs-Bürgerrechtler und der Studenten – und Assistentenschaft verschwand die überkommene und nicht mehr zukunftsfähige Ordinarienuniversität. Die Studentenschaft versuchte eine auf die Verwertungsinteressen des Kapitals zugerichtete Universität und ein darauf abgerichtetes Studium abzuwehren. Die Studenten verstanden das Studium auch als Zeit und Gelegenheit, über das Fachwissen hinaus überschießendes und überschüssiges Wissen zu akkumulieren. Ein Überschuss an kommunikativer Energie und Diskursfähigkeit, der produktiv in die Gesellschaft einzubringen war und die Demokratie und Gesellschaft voranbringen sollte. Die Studenten verteidigten diese Idee der überschüssigen und überschießenden Wissensproduktion und befürchteten, dass die Hochschul- und Wissenschaftspolitik hier den Rotstift ansetzte.

Nicht nur die Hochschulpolitik warf ihren langen Schatten auf die Reformhochschule Kassel, auch die zerfallende Studentenbewegung fraktionierte die Kasseler Studentenschaft. In der Abwehr der zugerichteten Universität verlief die Streitlinie zwischen folgenlosem Denken und eingreifendem Denken. Im Kampf um die wissenschaftliche und technische Intelligenz, im Kampf um die kulturelle Hegemonie, den die diversen Nachfolgeanstalten der außenparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung ausfochten, verlief die Diskussion um die Rolle der Intellektuellen in der Arbeiterbewegung. Das mag heute verwundern. Die restkommunistischen und maoistischen Gruppen sahen die Zukunft des Intellektuellen darin, im Proletariat aufzugehen, selbst zum Proletarier zu werden. Die antiautoritären und sozialistischen Gruppen stellten dagegen, dass die linken Intellektuellen in ihren Arbeitsfeldern mobilisiert werden sollten. Denn man soll bekanntlich die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorspielt.

Die Debatten, legendär für die Beteiligten, unverständlich für die Nachfolgenden, liefen unter den Headlines: „Formale und reelle Subsumtion unter das Kapitalverhältnis“, „der Staat als ideeller oder reeller Gesamtkapitalist“ und „antimonopolistisches Bündnis“. Für die sozialdemokratischen Studenten, organisiert im Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), der Nachfolgegründung des vom SPD-Parteivorstandes als unvereinbar mit der Sozialdemokratie gebranntmarkten SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), ergab sich daraus die Frage nach ihrem Standpunkt:

- im sozialdemokratischen Mainstream der Mutterpartei,
- untergeordnet dem Bündnisführer MSB Spartakus (Marxistischer Studentenbund Spartakus) und dessen historische Führungsrolle im studentischen Teil des antimonopolistischen Bündnis anerkennend,
- oder als linkssozialistische Strömung, die zwar politisch-taktische Verabredungen zur Zusammenarbeit mit dem MSB als möglich ansah, aber angesichts der historischen und aktuellen Politiklinien der Mutterparteien des MSB (KPD, DKP, SED) ein historisches Bündnis als abwegig ansah.

Folgerichtig trennte sich der Kasseler SHB vom SHB-Bundesverband und organisierte sich mit den SHB Gruppen Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Hannover, Göttingen in einem eigenständigen Verband (SHB/SF=Sozialistische Fraktion), der aber nicht überlebensfähig war, aber später zum Gründungstamm der Juso-Hochschulgruppen gehörte. Er zählte teilweise zu der sog. antirevisionistischen Strömung innerhalb der Juso-Bundesorganisation.

Der Kasseler SHB war für eine Studentenorganisation untypisch verzahnt mit den örtlichen Juso-Organisationen, da sich die Kasseler Studentenschaft aus der Region rekrutierte und zudem eine Gründung aus den Ingenieurfachbereichen war. Angesichts der Stärke der Kasseler Jusos hatten die studentischen Gruppen im Verhältnis der sozialdemokratischen Jugendverbände eher geringe Bedeutung.

Am Ende, nach 40 Jahren, stellt sich aus allem nur die für heute noch gültige Frage, hat es sich gelohnt? Mann und Frau ist heute vielleicht verwundert über die Spezialisierung der Debatten. Daran hat sich die Studentenschaft sicherlich verhoven, und an der Größe der damals formulierten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die gelöst werden sollten. Auch wenn die Debatten in der Studentenschaft groß und mächtig erscheinen. Trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke innerhalb der Universität sind doch die Studenten die schwächsten Glieder im Wissenschaftsgefüge und der Status als Student ein transitorischer in der Gesellschaft. Auch wenn mancher der damaligen Wortführer in diesem prekären Status der Studenten, der Schüler und Lehrlinge und manch Anderer in prekären Verhältnissen einen Vorteil im politischen Kampf sah, weil noch familiär, beruflich und sozial ungebunden und daher eher zu radikalem Denken und Handeln bereit.

Aber die Frage des Engagements ist keine Frage von Kosten und Nutzen, von Aufwand und Ertrag. Man muss es versucht haben. Dort wo der eigene gesellschaftliche Ort ist.

Norbert Sprafke

Die 70er Jahre an der Gesamthochschule Kassel turbulent und amüsant

Aus heutiger Sicht eine Idylle: Das AVZ in Oberzwehren war das Zentrum für Lehramtsstudenten, der Asta residierte in der Ingenieurschule, ein bisschen ab vom Schuss. Im Zeitalter ohne Facebook, Handys und Computer hieß das viel Autofahren (!) zu den verschiedenen Standorten, um etwa Flugblätter zu verteilen. Busfahren oder Fahrrad fahren war Anfang der 70er ziemlich out. Erst Mitte der 70er änderte sich dies mit dem Auftreten der Anti-Atomkraft-Bewegung und 1979 der Grünen.

Universität sollte sie auf keinem Fall heißen, unsere Hochschule in Kassel. Wie bei den Gesamtschulen sollte sie eine besondere Form der Chancengleichheit gewährleisten, in der Abiturienten wie ich mit Absolventen der diversen zweiten Bildungswege gemeinsam forschend lernen sollten. 1971 ging es los. Ich begann 1973, nachdem ich das erste Jahr ziemlich traditionell an der Uni Mainz verbracht hatte. Eigentlich wollte ich an die Uni Bremen, blieb wegen NC aber quasi auf halbem Wege in Kassel hängen, um Mathe und Gesellschaftslehre zu studieren. So hieß damals die neue Mischung aus Geschichte, Erdkunde und Sozialkunde auf Lehramt für Sek„Zwo“, wie das damals hieß. Heute heißt es wieder Lehramt für Gymnasien. Als Frankfurter war ich bis dahin noch nie in dieser Stadt gewesen. Alsfeld ist so das Nördlichste, was man bei Familienausflügen ansteuerte.

Projektstudium war das Zauberwort. Leistungsnachweise sollten bestenfalls die Teilnahme bescheinigen. Am weitesten fortgeschritten war dies in der Lehrerbildung (aber nicht bei Mathe und Naturwissenschaften), im Sozialwesen, in der Stadtplanung. Die Kunststudenten hatten ihre eigene Welt, während es bei den Wirtschaftlern, Ingenieuren und Landwirten noch ziemlich nach Schule und Klausuren roch.

Endgültig politisiert wurde ich folgerichtig in der Auseinandersetzung um Eckdaten für eine Lehramts-Prüfungsordnung, die der damalige Kultusminister Hans Krollmann (später begegnete er mir als kluger Verhandler bei den Anfängen von Rot-Grün in Hessen ab 1983) erlassen hatte, um ein bisschen Vergleichbarkeit mit anderen Lehrerbildungen an den Universitäten herzustellen. Wir kämpften für unsere Freiheit des Projektstudiums und unsere Einsicht in die Notwendigkeit, dass wir dabei mehr lernen als in stumpfen Vorlesungen. Die große Reformeuphorie war in Hessen spätestens 1974 vorbei. Folglich verloren wir diese Auseinandersetzung. Doch der Rückhalt in der Studentenschaft war in dieser Zeit riesengroß. Noch heute schwärmen 60 jährige erfolgreiche Absolventen von dieser Zeit. Sie prägte das Selbstbewusstsein einer ganzen Studentengeneration.



Nach dieser ersten Niederlage zog es mich mit anderen in die Gremienpolitik. Dabei

war klar, dass man mit Gruppen, die die DDR samt Mauer und Stacheldraht, die Helmut Schmidt (der war damals die Reformbremse) oder die gar Mao Tse Tung (der veranstaltete gerade seine sog. Kulturrevolution, um China noch einmal um Jahre zurückzuwerfen) toll fanden, nichts zu tun haben wollte. Das war alles zu autoritär. So entstanden 1975 die Basisgruppen, die dann 5 Jahre lang mit absoluter Mehrheit den Asta stellten. Dazu gehörte anfangs eine linksliberale Gruppe, die vorher den Asta stellte, aber kein Personal mehr hatte, echte Basisgruppen bei den Landwirten, Elektrotechnikern, Wirtschaftlern und Architekten, die über Fachschaftsarbeit gut verankert waren und eine Sponti-Gruppe, die eine Schüler- und Hochschulzeitung namens „Auseinandersetzung“ herausgab. Die Linie war wohl linksunabhängig mit gewisser Reformbereitschaft, denn wir kandidierten wie selbstverständlich auch für die Hochschulgremien wie Konvent und Fachbereichsräte, obwohl es dort längst keine Drittelparität mehr gab und die Hochschullehrer die Mehrheit stellten.

Im Gründungsbeirat, dem Vorläufer von Senat und Konvent, gab es eine linke Mehrheit aus Hochschullehrern, die mit ihrer GEW-Liste aber immer eine Minderheit unter den Professoren blieben, den Bediensteten, die mehrheitlich gewerkschaftlich waren und uns Basisgruppen. Neben vielen Resolutionen war dies für die Besetzung von Präsidentenamt und Vizepräsidenten bedeutsam. Den ersten so gewählten Präsidenten Hans Brinckmann (in den 90ern wurde er dann doch noch Präsident) lehnte 1975 der Kultusminister ab und präsentierte stattdessen Ernst-Ulrich-von Weizsäcker, der für ordentliche universitäre Verhältnisse sorgen sollte und schon damals mit dem Fahrrad fuhr. Die Anpassung der Gesamthochschule Kassel an die klassischen Universitäten besorgte ein Hochschulrahmengesetz des Bundes, der Gesamthochschulen zu Mauerblümchen machte, statt sie flächendeckend einzuführen. Weizsäcker suchte die Nischen und schaffte mit uns die erste Professur für ökologischen Landbau in Witzenhausen und diverse Umwelt- und Energieprojekte, aus denen später das ISET (Solarforschung) und SMA entstanden sind. Fraunhofer und Wechselrichter haben ihren Weg zum Kasseler Markenzeichen gefunden.

Studenten wählen neuen ASa
Basisgruppenliste besetzte alle Ämter - Vorsitzender Reinhold Weist

Kassel (C.S.). In seiner ersten und konstituierenden Sitzung hat am Wochenende das 5. Studentenparlament der Gesamthochschule Kassel (GHK) den neuen ASa gewählt, der nach Ablauf der Amtsperiode des jetzigen Allgemeinen Studentenausschusses am 1. Oktober sein Amt antreten wird. Stellvertretende Posten in ASa und Präsidium des Parlaments, das ebenfalls neu gewählt wurde, besetzte dessen stärkste Fraktion, die Basisgruppenliste (BGL), die 16 der 30 Mandate innehat.

Zum Präsidenten des Studentenparlaments wurde erneut Jörg Desch gewählt. Seine Stellvertreter sind Karl-Heinz Mann und Bernd Großhétrick. ASa-Vorsitzender wurde Reinhold Weist. Zum Finanzreferenten wurde Heinrich Gade, zum Referenten für Hochschulpolitik Ludwig Pfeiffer, zum Sozialreferenten Dieter Schlötzer und zum Fachschaftsreferenten Bernd Oppermann gewählt. Außerdem wählte das Parlament auch den Hauptausschuss und den Altsenat.

Der neue ASa arbeitet zur Zeit, wie der alte und neue Parlamentspräsident Jörg Desch erklärte, an einem Aktionsprogramm, das der Arbeit des Ausschusses im nächsten Semester zugrunde liegen soll. Das Programm, das später noch im einzelnen bekanntgegeben werden soll, soll sich, so Desch, mit der konkreten „Bedürfnislage der Studenten“ auseinandersetzen. Geplant sind Informationsveranstaltungen wie Hochschulforen oder Teach-ins, in denen sich die Studenten selbst aktiv für die Lösung ihrer speziellen Probleme einsetzen können.

Im ganzen will der neue ASa mehr an der Basis, d. h. in den einzelnen Fachschaften der GHK arbeiten. Ein weiterer Plan des neuen ASa, so Desch, ist die Gründung einer Studentenzeitung als offenes Diskussionsorgan auf der Ebene der GHK. Hier sollen sich die Interessen der Studentenschaft widerspiegeln können. Weiterhin will sich der neue ASa auch mehr als bisher kulturellen Fragen widmen.

Im ersten Basisgruppen-Asta war ich Vorsitzender, dazu 4 gewählte und 3 benannte Referenten, u.a. den SMA -Gründer Günter Cramer, der das Drucken in eine Druckerei „outsourcete“, die allerdings -weil auch als Sozialprojekt für eine alkoholisierten Mitarbeiter angelegt- später Pleite ging. Dort wurden die Asta-Schriften gedruckt, private Aufträge erledigt und auch mal für die Basisgruppen-Opposition in Marburg unentgeltlich gedruckt. Der spätere Sprecher von Hans Eichel, Klaus-Peter Schmidt-

Deguelle fungierte als Fahrer, weil er im Job wöchentlich von Marburg zu Agfa-Foto nach Kassel musste. Ob diese Nachbarschaftshilfe den Marburger Basisgruppen zur Mehrheit gegen den langjährigen DDR-freundlichen Asta verhalf, ist leider nicht beweisbar. Spaß gemacht, hat es trotzdem.

Erstmals gab es auch ein eigenständiges Kulturreferat, das in den Basisgruppenjahren viele Feste veranstaltete und somit nicht unwesentlich zur Mehrheitsfähigkeit in der Studentenschaft beitrug. Denn schließlich wurde mit den ersten Meldungen von arbeitslosen Lehrern und Sozialarbeitern auch wieder etwas mehr Abschluss orientiert gearbeitet und weniger politisiert. Das Politische verlagerte sich in Erstsemesterinfos, Studienberatung, Kneipen und Konzerte. Legendär der Auftritt von Wolf Biermann 1976 in einer heute abgerissenen alten Henschelhalle, kurz vor seiner Ausbürgerung aus der DDR. Die Initiatoren gründeten später die erfolgreiche Schlachthof-Initiative in der Nordstadt.

Ernst-Ulrich von Weizsäcker war ein Querdenker, der wohl schon ahnte, dass er bei der nächsten Wahl 1980 keine Mehrheit mehr haben würde. Mehrheiten sind halt manchmal mittelmäßig. Gespräche zwischen uns Asta-Leuten und Ernst-Ullrich von Weizsäcker fanden von Anfang an und regelmäßig statt, auch mal abends in einer der Wohngemeinschaften, wenn es etwa um den von uns abgedruckten sogenannten Buback-Nachruf ging, den er beanstanden musste und den wir halb distanzierend halb als Meinungsäußerung rechtfertigten. Auch bei den sogenannten Anhörungsverfahren, bevor Berufsverbote gegen Hochschullehrer eingeleitet wurden, gab es diesen Austausch. Ihm passten die Berufsverbote nicht, aber die Erlasse musste er befolgen und so suchte man erfolgreich nach Lösungen: Es gab in Kassel auch kein Berufsverbot gegen einen Hochschullehrer im Amt. Selbst als eine maoistische Gruppe ihrem Mitglied untersagte, zur Anhörung zu gehen und ein Märtyrer geschaffen werden sollte, wurde ein gesichtswahrender Weg gefunden. Das war ein bisschen der Kasseler Weg, denn auch bei Besetzungen, die den Lehrbetrieb unterbrachen, und Demonstrationen, die manchmal auch die Straßen blockierten, gab es selten Polizeieinsätze wie in Göttingen, Frankfurt oder Marburg. Die bundesweiten Aktionen etwa 1978 gegen die schlechten Studienbedingungen waren in Kassel phantasievoll und gar nicht gewalttätig, auch wenn der damalige Kulturminister und der Uni-Präsident von der Überreichung eines „Arsches mit Ohren“ nicht begeistert waren. Hier hatte die Kunsthochschule ihren Protestbeitrag gefertigt.



Hochschulpolitisch bekamen die 3-jährigen Studiengänge mit Ausnahme von Sozialwesen, eine zweite Phase zum richtigen Uni-Abschluss, der in der Regel jedem offenstand. Trotzdem starteten viele auch schon nach 3 Jahren ins Berufsleben. Ende der 70er Jahre waren dann die Studiengänge vollständig. Aber der Universität Kassel, wie sie jetzt immer öfter genannt wurde, fehlten die Klassiker wie Jura und Medizin.

Der Asta war nicht nur politischer Motor, sondern auch Dienstleister. Statt Flugblättern gab es eine Zeitung namens „Sumpfb Blüten“, die auch Geschichten zum Schmunzeln brachte und Anzeigen (!). Die vielen kostenlosen Hefte, die heute in der Mensa liegen, gab es damals nicht. Da die Asta-Besetzung jedes Jahr wechselte, haben bis Ende der 70er Jahre rund 40 Leute im Basisgruppen-Asta gewirkt, davon allerdings nur 2 Frauen. 1979 gab es den ersten gewählten Referenten mit türkischen Wurzeln, der heute im hessischen Umweltministerium arbeitet.

Da wir untereinander darauf achteten, auch unsere Abschlüsse zu machen, war Ende der 70er Jahre auch das Personal dieser Studentengenerationen aufgebraucht. Nachwuchs fehlte. Doch vorher sollte es noch einmal zu einem großen Auftritt kommen.

Erstmals durfte die Hochschule 1980 ihren Präsidenten selbst wählen. Die bekannte „linke“ Mehrheit einigte sich auf Vorschlag von uns Basisgruppen auf einen gewissen Michael Daxner, der später ein sehr erfolgreicher Präsident in Oldenburg wurde. Bei seiner Vorstellung bezog Michael Daxner deutlich Position gegen die Nutzung der Atomenergie, die über Wyhl/Freiburg auch in Nordhessen angekommen war. In Borken sollte ein Atomkraftwerk das alte Braunkohlekraftwerk ablösen und die Weiten Nordhessens sollten Platz für eine Wiederaufbereitungsanlage von Kernbrennstäben finden. Doch nach erfolgter Wahl lehnte wiederum der gleiche Kultusminister, diesmal wohl auf Druck der FDP und einiger städtischer Honoratioren, wie ich heute weiß, den deutlich Gewählten ab. Dies war sicherlich keine Werbeveranstaltung für die parlamentarische Demokratie. Manchem kamen dabei Zweifel an dem Sinn von geheimen Wahlen. Die Protestbewegung gegen diese Willkür war noch einmal riesengroß. Schließlich hatten hier ja Hochschullehrer, Bedienstete und Studenten eine fachlich nachvollziehbare Wahl getroffen. Aber selbst eine überfüllte Stadthalle stimmte die damalige Landesregierung nicht um. Für die Basisgruppen führte dieses frustrierende Erlebnis zum schnellen Ende. Da nun viele nach ihren Abschlüssen die Hochschule verließen, engagierten sie sich fortan bei den neu entstehenden Grünen. Ich selbst zog dann 1981 als Stadtverordneter erstmals ins Rathaus, um die erste rot-grüne Zusammenarbeit in einer Großstadt zu gestalten. Ab 1984 arbeitete ich dann in Wiesbaden im Rahmen der ersten rot-grünen Koalition. Sie korrigierte manche Entscheidungen aus den frühen 70ern. Manches hessische Berufsverbotsopfer wurde im Stillen rehabilitiert. Der 1975 abgelehnte Hans Brinckmann wurde dann 1986 doch noch Präsident, der ökologische Landbau wurde ausgeweitet, erneuerbare Energien und Energieeffizienz wurden zum Markenzeichen der Universität Kassel. Umsetzen half da manchmal ein alter Bekannter, der uns als Kanzler des Uni-Präsidenten manchmal gebremst hatte, jetzt aber im Ministerium auch manche Idee der Grünen umsetzen half. So etwa bei der Rettung des Studiengangs Musik. Man sieht sich halt immer zweimal im Leben.

Reinhold Weist

Überparteilich ist nicht unpolitisch - die ALi als Sammelbewegung in Krisenzeiten

Wenn man über die ALi schreibt, schreibt man über eine Zeit, die anzufangen noch lange nicht aufgehört hat. Aber auch über eine Zeit, deren langsames Vergehen noch immer nicht beendet ist. Die ALi war eine gute Liste für eine Zeit des ruckhaften Übergangs, der ethischen und ökonomischen Neu- und Desorientierung – kurzum, einer Zeit allumfassender Krise.

Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends geschahen an der Universität Kassel einige unerfreuliche Dinge. Die meisten dieser unerfreulichen Entwicklungen waren nicht hausgemacht oder wurden gar vor Ort begrüßt – sie waren Ergebnis oder Nebenprodukt tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen und politischer Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und supranationaler Ebene. Der Ärger kam also von „Innen“ und von „Außen“ – so führt die einseitige Überbetonung der individuellen wirtschaftlichen Freiheit zu einer Kultur der eigennützigen Entsolidarisierung; und die große Politik forderte wirtschaftsförmige Reformprozesse im Bildungswesen und setzte diese zum Teil auch durch.

Als die ALi gegründet wurde, fand man sehr viele der gegenwärtigen Vokabeln und Schlagworte noch nicht an der Universität – das beginnt auch damit, daß unsere Universität damals noch ganz traditionell „Gesamthochschule“ hieß.

Es gab keine Institute. Es gab keine Credits. Es gab keine BA- und MA-Strukturen. Es gab kaum Webseiten oder Notebooks oder WLAN-Netze oder Mobiltelefone. Es gab keine Leistungsorientierte Mittelzuweisung (LOMZ) und keine Zielvereinbarungen. Es gab keinen Alumni & Career Service, keinen Inkubator, keine Juniorprofessuren, keine Stiftungsprofessuren und auch keine Fachbereichsreferenten. Die Modularisierung, die Internationalisierung, das Hochschulmarketing waren Prozesse, über die einige wenige notorisch progressive Einzelgänger nachdachten, die aber als undurchführbare Spinnereien von der Mehrzahl der Professoren- und Studierendenschaft (und auch der Verwaltung) ignoriert wurden.

Studiengebühren wollte noch nicht einmal die CDU (entwickelt wurden die ersten Konzepte dann von den GRÜNEN – und zwar vor allem von einem späteren Staatssekretär aus Kassel).

Dann kam aber – wie man heute weiß – alles anders. Neue Probleme erfordern immer ungewohnte Lösungen. Und das typische Parteienpersonal ist für Lösungen dieser Art selten gut vorbereitet.

Hochschulpolitik und Parteienalltag

Alte (oder auch neue) Parteien ähneln wenn man Pech hat, allzu oft bloßen Wahlvereinen – also Zusammenschlüssen von Personen, die sich einen guten Job im politischen Feld sichern wollen und deshalb nicht ausschließlich im Sinne der Institution oder Personengruppen agieren, die sie aktuell vertreten sollen. „[* Was den Verfasser nicht daran gehindert hat, später selbst einer Partei beizutreten. Sogar einer sehr alten.]“ Ein Fachschaftler, der vor allem Mitglied der Jugendorganisation einer etablierten Partei ist, und nicht zuerst Fachschaftler, wird anders handeln und agieren, als ein Hochschulaktivist, der später auch zu einer Partei findet.

Studierendenvertreter, die das Wohl ihres Fachbereichs, ihres Instituts, ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen oder der Uni im Allgemeinen im Sinn haben, sehen sich leicht dem Druck von „Parteivertretern“ in der Studierendvertretung ausgesetzt, sich doch bitteschön an die vereinbarte Parteilinie zu halten. Dieser Druck ist nicht nur unangenehm, er hemmt auch die Arbeitskraft der Studierendenschaft ungeheuerlich.

Also verschwanden die „echten“ Studierendenvertreter enttäuscht und entnervt aus der Interessensvertretung – oder sammelten sich in der ALi.

Die ALi war vor allem ein Gefäß, dessen Füllung sich mit jeder Generation von Studierenden verändern konnte, allerdings immer Arbeit auf hohem fachlichen Niveau voraussetzte.

Denn sehr wohl gut vorbereitet auf die Herausforderungen einer sich schnell verändernden Zeit waren einzelne aktive Studierende, Gewerkschaftsmitglieder oder Parteiangehörige, die gemeinsam an den Sachproblemen auf passende Art und durchaus auch politisch arbeiten wollten. Und zwar über Parteigrenzen hinaus. In den Trümmern der Reformruine (einer aufgelösten fachschaftsnahen linken Liste des vergangenen Jahrtausends) fand sich Platz für gute Arbeit – zwar in der Tendenz durchaus links, aber vor allem undogmatisch, experimentierfreudig und kulturell interessiert. Und immer freundlich.

Die ALi und ihre Arbeitsfelder

Die hochschulpolitischen Entwicklungen waren geprägt vom Bologna-Prozess, der erst erkannt, dann verstanden, und später begleitet, verändert und kommuniziert werden musste. Modularisierung, Internationalisierung und Praxisorientierung beschäftigten unsere Universität bis heute.

Die tiefgreifende, aber umfassend spürbare Veränderung des Begriffs der Staatlichkeit und die damit verbundenen massiven Veränderungen des Verwaltungshandelns (New Public Management, Privat Public Partnership) führten zu Zielvereinbarungswesen und Leistungsorientierter Mittelzuweisung – und es ist nicht selbstverständlich, daß in eine Zielvereinbarung studentische Belange aufgenommen werden (es könnten auch nur Promotionsquoten, der Impact wissenschaftlicher Fachpublikationen und Patentanmeldungszielzahlen auftauchen).

Teil dieser der Privatwirtschaft nahen und von einflußreichen Unternehmerverbänden und deren ThinkTanks angestoßenen Veränderungen des Hochschulwesens war die Auffassung, daß Bildung nun eine Ware sein solle, da sie ja zur individuellen Lebenserwerbssteigerung beitrage – und somit nicht mehr als öffentlich zu förderndes Gut oder gar als Menschenrecht aufzufassen sei. In enger Verbindung zum GATS wurden auch in deutschen Bundesländern Studiengebühren erhoben, so auch in Hessen. Man kann die Aufklärungsarbeit der ALi in dieser Sache durchaus als „Kampf dagegen“ beschreiben – und diese Auseinandersetzung wurde von den Gebührengegnern deutlich gewonnen. Und die Hessische Landesregierung wollte die ASten abschaffen. Genauer gesagt, sollte die studentische Selbstverwaltung als Institution öffentlichen Rechts aufgelöst und durch drei ehrenamtliche Vertreter im Senat (oder Ähnlichem) ersetzt werden, womit der Studierendenschaft ihre Satzungsfreiheit, ihre Vertragsfreiheit und vor allem ihre Haushaltsfreiheit verloren gegangen wären (der AStA-Haushalt dürfte aktuell etwa 600.000€ im Jahr betragen - Details können sicherlich im AStA erfragt werden).

Man kann allgemein sagen, daß die ALi in groben Schlagworten drei Ziele hatte:

- (1) Es sollte die Entdemokratisierung der Hochschule verhindert werden.
- (2) Partizipationsmöglichkeiten für alle sollten durch solidarisches Handeln und Denken geschaffen oder unterstützt werden.
- (3) Die Hochschule sollte ein Ort der differenzierten Entfaltung und Vertretung verschiedenster Interessen werden oder bleiben (und diese Interessen durften auch ruhig politisch sein).

Um einige konkrete Arbeitsfelder anzureißen:

- Die ALi hat den ersten Datenschutzbeauftragten eines Kasseler AStA ernannt (wenn nicht überhaupt den ersten Datenschützer einer Studierendenschaft in Hessen). Die erste Arbeit dieses Datenschutzbeauftragten bestand darin, Einspruch gegen die unvertretbare und durchaus auch technisch dümmliche Rasterfahndung nach 9/11 einzulegen. Auch stand mit www.unsere-uni.de die erste öffentlich zugängliche, gut sortierte Materialseite im Netz – und die ALi war nicht die Piratenpartei.
- Die ALi hat die Rolle der Fachschaftenkonferenz massiv gestärkt und sie als Sammelpunkt und Austauschplattform äußerst ernst genommen (bis in Satzungsänderungen hinein). Denn nur, wenn vom Senat bis zum Fachschaftsrat eine verlässliche Kommunikationskette geknüpft werden kann, ist effiziente Gremienarbeit möglich. Die abstrakten Entscheidungen müssen in ständiger Rückkopplung mit den konkreten Problemen „vor Ort“ stehen, dadurch entsteht ein Informationsvorsprung, der auch zur Deutungshoheit werden kann. Wir haben den Fachschaften geholfen, wo wir konnten - und die ALi war keine reine Fachschaftsliste. .

- Die ALi hat die Aufgaben der Grundversorgung ernstgenommen, also das „Handwerkliche“ der AStA-Arbeit. Es wurde eine regelmäßige und zuverlässige BAFöG- und Sozialberatung angeboten, ein Umzugsservice eingerichtet und der internationale Studierendenausweis ausgegeben, ohne zu behaupten, ein „Service-AStA“ zu sein – und die ALi war keine KUS.

- Wir haben eng mit den Gewerkschaften und ihren Vertretern auf dem Campus zusammengearbeitet, und wir haben als erste die prekären Beschäftigungsverhältnisse an unserer Uni als grassierendes Problem gesehen – und die ALi war nicht die Jusos.

- Wir haben den Projektrat mit viel Aufwand und Einsicht weitergeführt und persönlich intensiv betreut. Die regionalwirtschaftlichen und kulturellen Effekte waren außerordentlich (die Akten des Projektrats wurden leider irgendwann von einem dummen AStA geschreddert, so daß eine Detailuntersuchung dieser Behauptung spannend würde) – und die ALi war keine Wirtschaftsliste.

- Außerdem haben wir das DesAStA und die Fahrradwerkstadt weitergeführt und unterstützt, eben deshalb, weil das selbstverständlich war. Es ist nicht erklärungsbedürftig, wieso ein AStA ein Café führt (mit dem besten Kaffee auf dem Campus). Oder wieso eine Stadt mit Fahrrädern eine bessere Stadt ist. Studierende und Fahrräder gehören irgendwie zusammen – vor allem, wenn man sein Fahrrad selbst reparieren kann.

Die Gründung und Führung des studentischen Kulturzentrums K19 wäre einen eigenen Artikel wert, und soll an dieser Stelle ausgespart bleiben. Es sei aber erwähnt, daß die Eröffnung im documenta-Jahr ohne die nachhaltige Unterstützung der Hochschulleitung nicht möglich gewesen wäre. Und diese Unterstützung hängt bekannterweise immer irgendwie mit der Qualität der Arbeit einer bestimmten Generation von Studierendenvertretern zusammen.

Die ALi und ihre Probleme

Nicht vergessen werden soll aber auch, daß die ALi durchaus immer auch ihre Bruchstellen hatte. Eine dieser Bruchstellen war zum Beispiel der Status der autonomen Referate des AStA. Denn auch wenn das von einer „linken Liste“ nicht erwartet wird, gab es keine Einigkeit darüber, was das „autonom“ denn zu bedeuten habe – die Sachaufgaben hingegen waren niemals Gegenstand des Disputes. Denn die „autonomen Referenten“ sind ja durchaus Angestellte der Studierendenschaft, und als solche zumindest in finanziellen Belangen rechenschaftspflichtig. Man könnte sogar eine Disziplinalgewalt beim AStA-Vorsitz vermuten – und da fängt das Problem an.

Vielleicht waren die entsprechenden Referate deshalb für die ALi vor allem immer politische Projekte anstatt Planstellen. Und zwar politische Projekte, die mit Überzeugung fortgeführt werden müssen, aber niemals sinnleer bezahlt werden dürfen.

Die ALi zerbrach irgendwann an Differenzen dieser Art. Da sie eben keine Jugendgruppe einer etablierten Partei war, wurde sie auch nicht von beharrenden externen Institutionen gestützt oder restauriert. Typische ALi-Mitglieder finden sich also heute wieder genau dort, wo sie auch vor der Gründung zu finden waren – quer durch alle Lager und in allen Parteien.

Was heißt nun aber „ALi“

Am Ende dieses Artikel soll noch die Frage behandelt werden: Was soll „ALi“ als Abkürzung überhaupt bedeuten? Darüber konnten sich die Listenmitglieder über 10 Jahre hinweg nicht einigen. „Alternative Liste“ und „Alternative Linke“ waren gern genommene Kandidaten. Die liebste Übersetzung des Verfassers ist mit Abstand „alles Liebe!“ – und gemäß gut unterrichteter Quellen, könnte genau das auch die passende Auflösung des Akronyms sein.

Christian Vater

Untergang der Ali, Aufstieg der Parteienlisten (2003-2006)

Ein subjektiver Erfahrungsbericht

Die studentische Hochschulpolitik in Kassel hat in den Jahren von 2003 bis 2006 einen dramatischen Wandel erlebt, dessen Entwicklung die Autoren der folgenden Zeilen aktiv miterleben durften. Daniela Albert beschreibt dabei den Zusammenbruch einer über viele Jahre dominanten Kasseler Hochschulgruppe, der parteiunabhängigen ALi – Alternative Liste. Ihr Co-Autor Peter Carqueville betrachtet danach den Aufstieg des ärgsten Konkurrenten der ALi, die im Anschluss quasi deren Platz links der politischen Mitte einnahm – die Juso-Hochschulgruppe. Beiden Autoren ist dabei eine neutrale Perspektive gemein, gehörten sie doch beide in ihrer aktiven Zeit in der Kasseler Hochschulpolitik nicht diesen beiden Listen an, waren aber dennoch auf dem Campus politisch aktiv gewesen.

Zwischen Studiengebühren und 25%-Hürde – Das Ende der Ära ALi *Daniela Albert*

Bereits Anfang 2003 wurden Pläne der CDU bekannt, die relativ autonome verfasste Studierendenschaft in Hessen abzuschaffen und durch eine sogenannte Studentenkonferenz – ein Unterorgan des universitären Senats – zu ersetzen. Allerdings machte sich die Landesregierung in der Folge nie daran, dies umzusetzen, sondern wählte Anfang 2005 einen anderen Weg. Vielleicht scheute sie einen weiteren offenen Konflikt mit der hessischen Studierendenschaft, denn im Herbst und Winter 2003 hatte diese die breiten Proteste gegen die so genannte „Operation sichere Zukunft“ ein umfassendes Sparpaket, das unter anderem die Einführung von Langzeitstudiengebühren vorsah – maßgeblich geprägt. Der damalige Ministerpräsident Roland Koch war unter Studierenden dadurch zu einem Feindbild geworden – der Sauron¹ von Hessen taugte dazu, eben diese vorher träge Masse zu mobilisieren.

Statt also der frisch politisierten Studierendenschaft durch die Abschaffung der Asten eine neue Angriffsfläche zu bieten, beschloss die Landesregierung ein Gesetz, mit dem der verfassten Studierendenschaft eine radikalen Mittelkürzung um bis zu 75% drohte, sollte bei der nächsten Hochschulwahl nicht mindestens eine Wahlbeteiligung von 25% erreicht werden. Diese Hürde zu nehmen, schien zunächst mehr als unwahrscheinlich, schließlich gingen im Januar 2004 gerade einmal etwa 9% der Studierenden an die Wahlurne². Dies hätte also ein Aushungern der Asten bedeutet.

Doch wie Sauron und Saruman im „Herrn der Ringe“ die Widerstandsfähigkeit und den Zusammenhalt der freien Völker Mittelherdes unterschätzt hatten, unterschätzten Koch und Wissenschaftsminister Udo Corts die hessischen Studierenden.

Die in Kassel aktiven hochschulpolitischen Listen organisierten mit Unterstützung des AStA und der Fachschaften und in einer nie dagewesenen Einheit (sogar unter Beteili-

gung des RCDS) einen Wahlkampf für die Geschichtsbücher. Sie ließen keine Möglichkeit aus, auf die Wichtigkeit der Stimmenabgabe hinzuweisen, und ihrer Kreativität waren keine Grenzen gesetzt. Nicht nur die sonst üblichen Flugblätter zierten den Campus, vielmehr wurden die Studierenden in Form von Flashmobs, Mottopartys, Theateraufführungen und sogar einem Kinowerbespot zur Stimmabgabe aufgefordert. Das Motto des Wahlkampfs: „Drei Mal XXX oder ungültig“ machte deutlich, dass es sich diesmal nicht um eine Schlacht unter Listen handelte, sondern um eine Kampfansage an die Landesregierung.

Am Ende konnte Kassel nicht nur eine einmalig hohe Wahlbeteiligung von über 40% vorweisen, sondern auch in der Sitzverteilung des Studierendenparlaments ergab sich ein neues Bild. Zum ersten Mal spiegelte diese das Bild wider, das Forscher allgemein von der deutschen Jugend zeichnen – sie stehen politisch leicht links von der Mitte³. Erstmals erhielten die Grünen und die Jusos gemeinsam die Mehrheit der Sitze.

Dies bedeutete eine radikale Abkehr der sonst in Kassel üblichen Dominanz linker unabhängiger Listen. Nun könnte man die Erklärung leicht in der erhöhten Wahlbeteiligung und der damit verbundenen größeren Repräsentanz des studentischen Meinungsbildes suchen und hätte damit auch zu einem Großteil Recht. Doch ein Aspekt ist dadurch nicht erklärt: der Untergang der bis 2003 dominantesten Kasseler Liste – der ALi (Alternative Liste). Denn diese verschwand nicht etwa durch das plötzliche Wachsen der parteinahen Listen in der Bedeutungslosigkeit, sondern trat gar nicht mehr an. Das Ende der ALi wurde nämlich bereits ein Jahr zuvor eingeleitet:

Die ALi war für Kassels Hochschulpolitik lange das, was die CSU für Bayern ist – auch wenn es manchem ehemaligen „Ali“ bei diesem Vergleich schütteln wird. Mit absoluten Mehrheiten prägten sie in den späten 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends das Kasseler Studierendenparlament (Stupa) und den AStA. Ausgerechnet als sie es zum ersten Mal schafften, eine breite Masse von Studierenden auf ihre Existenz und ihr Wirken aufmerksam zu machen, leiteten sie ihren eigenen schrittweisen Abgang ein.

Zu Beginn des Wintersemesters 2003/04 informierte der damalige AStA die Kasseler Studierenden im Rahmen einer Vollversammlung über die Pläne der CDU-Landesregierung, Langzeitstudiengebühren in Hessen einzuführen. Studierende, die ihre Regelstudienzeit plus eine bestimmte Anzahl von Toleranzsemestern überschritten hatten, sollten zahlen. Als Reaktion darauf beschloss eine erneut einberufene Vollversammlung mit etwa 2000 Teilnehmern einen einwöchigen Streik, der am 24. November 2003 beginnen sollte.

Diese Protestform spaltete die Kasseler Studierendenschaft, denn obgleich sie in der breiten Masse Gegner dieses Studiengebührengesetz war, herrschte Uneinigkeit darüber, ob ein Streik eine angebrachte Form des Widerstands sei. Während der Streik anfangs von den aktiv teilhabenden Studierenden noch kreativ ausgestaltet wurde und so große öffentliche Resonanz erzielte, wurde er, umso länger er dauerte, mehr zum sozialkritischen Happening einer kleinen Splittergruppe.

Das Bild der ALi – die sich, wie die meisten hochschulpolitisch engagierten Gruppen oder Gremien durch die Politisierung der Studierendenschaft großem Zuwachs, gar einem kompletten Generationswechsel erfreuen durfte – war durch die Geschehnisse

während des Streiks jedoch rissig geworden. Viele politisch interessierte Studierende sahen in den ALis die Schuldigen für den ihrer Meinung nach zu langen und zu uneffektiven Streik. Dieses – unwahre – Bild wurde im Hochschulwahlkampf 2004 von mehreren Listen befeuert – und nicht nur das: den ALi-müden Studierenden wurde zum ersten Mal eine echte linke Alternative geboten, da die neu gegründete Grüne Hochschulgruppe zur Wahl antrat.

Zwar wurde ALi auch 2004 wieder die stärkste Kraft im Stupa, verlor aber die absolute Mehrheit und musste auf die Grünen als Koalitionspartner hoffen. Diese entschieden sich hingegen für eine Koalition mit den Jusos, dem RCDS und der Innovativen Liste und stellten somit seit vielen Jahren den ersten AStA ohne Beteiligung der ALi.

Dieser fand allerdings sein Ende bereits bevor er überhaupt richtig zu arbeiten begonnen hatte, und so kam es, dass zwei Monate nach Amtsantritt des neuen AStA klar war, dass die Grünen die Koalition verlassen wollten und nun doch zu einem Bündnis mit ALi und der Liste Witzenhausen bereit waren.

Der linksalternative Flügel der ALi weigerte sich jedoch, mit den Grünen überhaupt zu sprechen und lehnte eine Koalition mit einer parteinahen Liste kategorisch und prinzipiell ab. Der Realo-Flügel wollte die Zusammenarbeit dagegen um jeden Preis und versuchte seine Position durchzusetzen. Für jedermann deutlich wurde der Bruch innerhalb der ALi bei einer Sitzung des Stupa in Witzenhausen, in der eigentlich ein neuer AStA, bestehend aus Kandidaten der ALi und der Grünen, gewählt werden sollte. Dass die neue Koalition dem ALi-Kandidaten für den AStA-Vorsitz in zwei Wahlgängen die nötige absolute Mehrheit versagte und somit den von den Realos ersehnten Machtwechsel vertagte, ist bei der Rückschau auf diese Sitzung fast schon eine Randnotiz. Viel eindrücklicher in Erinnerung sind die offenen Grabenkämpfe, die sich Mitglieder der verschiedenen ALi-Flügel dort lieferten. Bis zu diesem Tag hatten sie es nicht geschafft, sich auf eine einheitliche Linie zu verständigen, und beide Seiten versuchten ihre Position ohne jegliche Kompromissbereitschaft und mit allen Mitteln durchzusetzen.

14 Tage später wurde der neue AStA trotzdem gewählt, aber zu einem für die ALi sehr hohen Preis: Viele Mitglieder verließen die Hochschulgruppe, und diese tat sich fortan schwer, die acht Sitze im Stupa zu besetzen. Für die darauffolgende Legislatur standen keine Kandidaten mehr zur Verfügung und somit trat die Alternative Liste 2005 nicht mehr an. Interne Flügelkämpfe hatte es innerhalb der ALi indes immer gegeben, die Gräben zwischen Realos und dem linksalternativen Rand waren zum Teil sehr tief gewesen, doch auch aus der Parteienlandschaft kennt man den Effekt, dass Geschlossenheit nicht zwingend von Nöten ist, solange die Mehrheit einer Partei oder Gruppe nur solide genug ist. Vielmehr sind verschiedene Meinungen und Strömungen dann sogar befruchtend und fungieren als eine Art interne Opposition innerhalb einer Regierung – problematisch wird es, wenn sich eine Gruppe eben diese nicht mehr leisten kann. Der beschriebene Generationswechsel innerhalb der ALi hatte vor allem den Realo-Flügel gestärkt, und so kam es, dass dieser unter den Aktiven in der Mehrheit war und seine Ansichten durchsetzen konnte. Der dadurch vergraulte und abgestoßene linksalternative Flügel hatte jedoch über Jahre hinweg ein solides Fundament gebildet, dessen Wegbre-

chen die ALi nicht verkraften konnte.

Was bis heute bleibt, sind deutliche Spuren, die die ALis mit ihrem Wirken und Schaffen innerhalb der Kasseler Hochschullandschaft hinterlassen haben – und viel zu große Fußstapfen, in die in der Folge noch die eine oder andere unabhängige Liste zu treten versuchte. Am geschicktesten stellte sich dabei die im Jahr 2005 neu gegründete PISA-Hochschulgruppe an.

Die PISA-Lehrämter und der Aufstieg der parteinahen Hochschulgruppen

Peter Carqueville

Es war ausgerechnet die PISA-Hochschulgruppe, ein Jahr später passenderweise in Fachschaftsliste Lehramt umbenannt, die als Zünglein an der Waage die heute noch geltende politische Situation in der Studierendenschaft schuf. Dazu muss man wissen, dass die SPD-nahe Juso-Hochschulgruppe auch mit dem Zusammenbruch der ALi nicht gleich zu jener dominanten linken Kraft in Kassel wurde, die sie heutzutage ist. Sie hatte zuvor Jahre lang äußerst unpopuläre Positionen vertreten – ihre Forderungen nach der Schließung des studentischen Café Desasta und ihrer harschen Kritik am studentischen Kulturzentrum K19 hatten zur Folge, dass sie selbst für starke Listen wie der Grünen Hochschulgruppe und der neugegründeten PISA zunächst nicht koalitionsfähig war. Insofern hielten die politischen Gräben der ALi-Jahre auch im Jahr nach ihrer Auflösung noch an – man koalierte mit jedem, außer Jusos und RCDS.

Die Grüne Hochschulgruppe bildete, zusammen mit der PISA in Form einer Minderheitskoalition, den ersten AStA nach der ALi. Die Aufgaben für diesen AStA zu Beginn seiner Legislaturperiode im April 2005 wären schon für einen guten AStA mit starker Koalition im Rücken herausfordernd gewesen – für diese Koalition würden sie sich als zu schwer erweisen. Der studentische Finanzhaushalt gründete sich immer noch auf politischen Strukturen, die nicht mehr existierten und musste grundlegend reformiert werden. So waren die Ausgaben für das Café Desasta und das K19 in den letzten Monaten der ALi komplett außer Kontrolle geraten. Seit mehr als einem Jahr hatte sich kein Rechnungsprüfungsausschuss mehr konstituiert. Die Mitglieder der ehemaligen ALi sparten in der studentischen Öffentlichkeit vom ersten Tag an nicht mit Kritik, und auch intern taten sich ernsthafte Gräben zwischen langjährigen Kräften im AStA und der neuen Koalition auf. Eine geregelte Öffentlichkeitsarbeit im heutigen Sinne, mit regelmäßigen Pressemitteilungen und einem redaktionell geleiteten AStA-Blatt existierte nicht. Die AStA-Homepage erwies sich als unbenutzbar, eine eigene technische Infrastruktur existiert dahingehend nicht mehr. Die Autonomen Referate waren bis auf eine Ausnahme komplett inaktiv.

Fünf Mal musste dieser AStA seinen Haushaltsvorschlag vor das Studierendenparlament bringen, bevor es endlich nach einer hingebungsvollen Rede der hauptamtlichen Finanzsachbearbeiterin des AStA, Rosel Botte, zu einem positiven Votum kam. Damit wurde buchstäblich eine Pleite dieses AStA verhindert, welche sicherlich schlimme Folgen für die immer noch so wichtige Wahlbeteiligung bedeutet hätte. Man kann über diesen 2005er AStA also sicherlich viel Negatives sagen, jedoch hat dieses Team unter dem AStA-Vorsitzenden Jens Deutschendorf (Grüne) vermutlich die Studierendenschaft in Kassel vor dem politischen Zusammenbruch bewahrt.

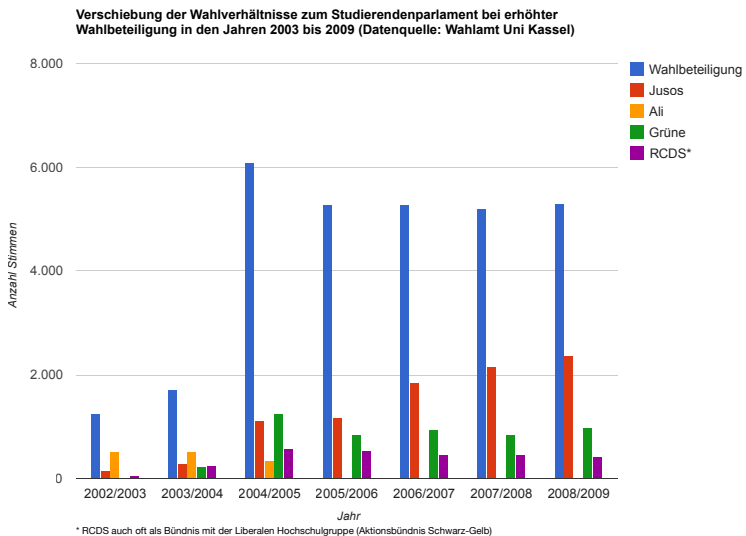
Der PISA kam dabei die Rolle des Vermittlers zwischen den politischen Fronten zu. Das schloss auch die ewige Opposition des Kasseler Studierendenparlaments, den CDU-nahen RCDS, mit ein. Exemplarisch dafür ist, dass das Studierendenparlament damals unter dem Vorsitz eines Mitglieds des RCDS geleitet wurde, Florian Albert, was zu einer überaus guten Legislaturperiode aus Sicht des Parlamentes führte. Auf Initiative der Neulinge der PISA wurde außerdem ein erfolgreicher Untersuchungsausschuss zum Überprüfen der hohen finanziellen Verluste des studentischen Kulturzentrums K19 eingesetzt, was in der Folge die rettenden Reformen im Kulturbereich des AStA ermöglichte. In diesem StuPa wurde außerdem endgültig die Unterstützung des Betriebs des Café Desasta auf eine breite politische Basis gesetzt – und damit ein weiterer politischer Graben aus Zeiten der ALI gekittet. Am Ende des Jahres 2005 war allen Beteiligten klar dass die alten politischen Gegensätze keine Bedeutung mehr hatten.

Im Jahr darauf wurde die PISA, nun „Fachschaftsliste Lehramt“, erneut zum Königsmacher. Dabei gab es zwei Schlüsselfiguren. Zum einen der damalige Spitzenkandidat der Juso-Hochschulgruppe, Lars Gumprecht. Er war in der kurzen Koalition zwischen Jusos, Grünen und RCDS in 2004 (s.o.) bereits Kulturreferent gewesen und damit Verantwortlicher für das K19 und die AStA-Parties. Und er war in der Lage mit allen Seiten vernünftige studentische Politik zu machen. Damit war er als Juso bis dahin einzigartig gewesen – und nun war er an der Spitze seiner Hochschulgruppe. Zum Anderen war da der Autor dieser Zeilen, Peter Carqueville, als Sprecher der Fachschaftsliste Lehramt. Ich votierte in und mit meiner Gruppe für das bis dahin undenkbare – eine Koalition mit der Juso-Hochschulgruppe als bevorzugtem Partner. Die Wahl des notwendigen dritten Partners konnte nur auf die parteinahe LINKE-Hochschulgruppe oder die Grüne Hochschulgruppe fallen. Dritter Partner wurde die Grüne Hochschulgruppe, die ungünstigere Option zu diesem Zeitpunkt wegen des aus damaliger Sicht unbeliebten und erfolglosen grün geführten Vorgänger-AStAs. Diese erhielt, und das war entscheidend für die kommenden Wochen, das Referat für Öffentlichkeitsarbeit und das Referat für Ökologie.

Wenige Wochen nach der erfolgreichen Wahl dieses AStAs wurde bekannt, dass die hessische Landesregierung die sogenannten allgemeinen Studiengebühren in Hessen einführen will. Noch am Tag der Veröffentlichung dieser Nachricht kam es landesweit zu heftigen Protesten der Studierenden. Die Kasseler Studierenden standen dem in Nichts nach. Spontan fanden sich in Kassel 500 Studierende zu einer Demonstration zusammen – 2 Tage später waren es 3000-4000 Studierende, die Woche darauf etliche tausend zusammen mit Schülern und Gewerkschaften. Die Landesregierung ließ die Polizei angesichts der bevorstehenden Weltmeisterschaft im eigenen Lande harsch einschreiten. In dieser Phase war es die Juso-Hochschulgruppe, die politisch 2004 noch gegen Streiks argumentiert hatte, welche zusammen mit der Fachschaftsliste Lehramt ohne Wenn und Aber zum allgemeinen Bildungsprotesten aufrief. Und aus unbekannten Gründen stellte sich die Grüne Hochschulgruppe Kassel damals quer. Das machte sich besonders durch die Öffentlichkeitsarbeit bemerkbar, und war insofern untragbar für die durch die Proteste stark politisierte Studierendenschaft. Auf der Wiese vor dem K10, hinter den AStA-Büros, kampierten damals die aktivsten Gebührengegner. Die Grüne Hochschulgruppe wurde zum frühestmöglichen Zeitpunkt vom Studierendenparlament aus der Koalition

entlassen – neuer Partner für Parlamentsmehrheiten waren die LINKEN, und neues Personal rekrutierte der AStA unter Lars Gumprecht direkt aus den Aktiven des Protestes, die sich auf der Wiese hinter dem AStA tagtäglich zu neuen Aktionen trafen. Einer dieser Aktiven und neuen AStA-Referenten war Sebastian Böttger, welcher in den darauf folgenden Wahlen für den AStA 2007 erstmals für die Juso-Hochschulgruppe antrat und AStA-Vorsitzender wurde. Ich wurde ebenfalls ein neues Mitglied dieser gewandelten Juso-Hochschulgruppe, für die ich Mitglied im Verwaltungsrat unseres Studentenwerks war.

Der AStA 2006 war Teil jener Proteste, die erfolgreich zur Abschaffung der Studiengebühren führten durch eine scheppernde Wahl-niederlage der hessischen Regierungskoalition 2007. In den darauf folgenden Jahren ist die Juso-Hochschulgruppe, ehemals der stärkste Kontrahent der ALi, dauerhaft die dominante politische Hochschulgruppe am Campus in Kassel geblieben. Das gilt sowohl bei der Zahl ihrer Mitglieder als auch bei ihrer politischen Dominanz. Dabei vertritt sie Positionen, die früher der ALi zugeschrieben worden wären – in Opposition mit der damaligen Juso-Hochschulgruppe. Es gilt daher immer noch, was meine Co-Autorin zu Beginn feststellte: Kassels Studierende stehen links der Mitte, und von allen politischen Gruppen war es nach dem Aus für die ALi in den Jahren 2005 und 2006 die Juso-Hochschulgruppe, die diesen Platz einnahm und bis heute besetzt.



Ein Schauspiel in drei Akten: Der Kampf gegen Studiengebühren – 2006 bis 2008

Prolog

Der Versuch der Einführung von Studiengebühren in Hessen ist unmittelbar mit meinem Dasein als Student der Universität Kassel verknüpft. Das Thema hat mich politisiert. Zwei aufeinanderfolgende Jahre Arbeit im AStA waren die Folge. Diese Zeit hat mich so sehr geprägt, dass ein Versuch die Geschichte objektiv zu erzählen, zwangsläufig scheitern müsste. Deswegen versuche ich es gar nicht erst. Ich erzähle dieses Drama aus meiner subjektiven Perspektive, eben so wie ich diese Zeit wahrgenommen habe. Auch wenn der vorliegende Text umfangreich erscheint, ist er keinesfalls vollständig. Ich habe versucht einen Abriss und (m)ein Gefühl der Zeit wiederzugeben. Möge das Schauspiel beginnen.

Erster Akt

Widerstand mit (fast) allen Mitteln

Im Frühjahr 2006 sickerte aus dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) die Information durch, dass die Landesregierung es Baden-Württemberg und Bayern gleichtun will und die Einführung von allgemeinen Studiengebühren plant. Kurze Zeit später wurde die Information offiziell und Udo Corts (CDU), damaliger Minister im genannten Ministerium, erklärte, dass es „eine Frage der Gerechtigkeit“ sei, dass Studierende zukünftig einen Beitrag für ihr Studium beisteuern. Schließlich „finanziert die Krankenschwester mit ihren Steuergeldern das Studium des Arztsohnes (sic!)“.

Für mich, einem von den Gebühren betroffenen Sohn aus einer ostdeutschen Arbeiterfamilie, dessen Weg an die Hochschule nicht gerade gradlinig verlief, war die geplante Einführung und insbesondere diese Begründung Corts' ein Angriff auf mein Gerechtigkeitsempfinden. Ich entschied mich für ein Studium in Kassel aus zwei wesentlichen Gründen: Es gab keine Studiengebühren und ich hatte die Möglichkeit mit Fachhochschulreife an einer Uni zu studieren. Ich war scheinbar nicht der einzige, der Studiengebühren als ungerecht empfand. Am 17. Mai 2006 fand in der Zentralmensa eine Vollversammlung statt. Zu den Rednern gehörte unter anderem der Präsident der Universität Kassel, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, der öffentlich zur Landesregierung (seiner Arbeitgeberin) in Opposition ging und sich klar gegen die Einführung von Studiengebühren aussprach. Damit vertrat er das Interesse der Uni, denn kaum eine andere Universität in Deutschland hat eine so heterogene Studierendenschaft wie die Universität Kassel. In Kassel studieren überdurchschnittlich viele Menschen, die ähnliche Biografien haben wie ich, deren Eltern nicht studiert haben, für die es keine Selbstverständlichkeit ist, dass ihre Kinder Abitur machen und anschließend studieren; Studierende, deren Eltern nicht mal eben jedes Semester 500 Euro zusätzlich locker machen können.

Nie wieder – und schon gar nicht bei einer Vollversammlung – habe ich die Mensa so

voll gesehen wie an diesem heißen Maitag. Die Menschen standen bis in den Türen und sogar auf der Terrasse vor der Mensa. Der Vollversammlung folgte eine zum Rathaus führende Demonstration, wo es Kundgebungen gab. Weiter ging es über den Steinweg zum CDU-Parteihaus und endete mit einer Straßenblockade am Platz der deutschen Einheit, die nach einer Stunde durch Wegtragen der DemonstrantInnen von der Polizei aufgelöst wurde. Presse und Polizei berichteten von über 4.000 TeilnehmerInnen.

Die von einer absoluten Mehrheit der CDU-Fraktion gestützte Landesregierung mit Roland Koch als Ministerpräsidenten holte sich von dem mittlerweile emeritierten Staatsrechtler Christian Pestalozza, der seiner Zeit den Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht an der Freien Universität Berlin inne hatte, zur Untermauerung der Gesetzesinitiative ein Gutachten ein. Denn im Gegensatz zu den anderen Bundesländern hat die hessische Verfassung einen Passus der Schulgeld eigentlich verbietet, weswegen sich die Landesregierung rechtlich absichern wollte.

Im Artikel 59 der hessischen Landesverfassung heißt es:

In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. [...] Es [das Gesetz] kann anordnen, daß ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder der sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet.

1949 und in den 50er Jahren gab es bereits Urteile zu Studiengebühren. Diese Urteile stufte Pestalozza in seinem Gutachten als Weiterentwicklung des Artikels 59 ein, weil der Staatsgerichtshof festlegte, dass es sich bei ihnen nicht nur um „unmittelbar geltendes Recht, sondern zugleich um ein Grundrecht“ handele. Der Artikel 59 sei auch im Vergleich zu ‚klassischen‘ Grundrechten in viel höherem Maße der Differenzierung zugänglich, die einer gestaffelten Erhebung von Studienentgelten nicht im Weg stehen dürfe. Er folgerte, dass der Schulgeldpflichtige „und grundsätzlich nur er, [...] Anspruch auf die Unentgeltlichkeit des Unterrichts“ hätte. Da es keine Hochschulpflicht gibt, bestünde demnach das Recht, Entgelte für ein Studium zu erheben.

Das Gutachten, wen wundert's, beeindruckte uns wenig. Der großen Auftakt-Demo am 17. Mai folgten fast wöchentlich Demonstrationen. Fand in Kassel keine statt, fuhren wir nach Marburg, Giessen, Frankfurt oder Wiesbaden, wo wir auch mal Autobahnen besetzten und uns Katz-und-Maus-Spiele mit der Polizei lieferten. Es war eine Zeit der massenhaften Politisierung. Zehntausende Flugblätter, Aufkleber und Zeitungen wurden an Studierende und BürgerInnen in der Stadt verteilt. Im Protestplenum wurde bis spät in die Nacht über Argumente, Hintergründe, Strategien und Aktionen diskutiert. Ein Blog informierte und bot Raum für Diskussionen mit Menschen, die nicht zum Plenum kommen konnten oder nicht kommen wollten. Sogar eine Radiosendung – die Protestwelle – informierte wöchentlich im Freien Radio Kassel. Hier ist es uns sogar gelungen Interviews mit PolitikerInnen der Opposition im Landtag und mit WissenschaftlerInnen zu senden, mit denen wir über die sozialen und gesellschaftlichen Folgen von Studiengebühren sprachen. Kaum ein Tag verging an dem die hessische Presse nicht über Studiengebühren berichtete. Mit unseren kreativen Protesten erschienen wir regelmäßig auf Spiegel Online. Die Frankfurter Rundschau druckte einen von uns verfassten Artikel, in dem Fi-

finanzierungsalternativen zu Studiengebühren diskutiert wurden. In Darmstadt gründete sich der Udo Corts Fanclub, der keine Gelegenheit ausließ, den verhassten CDU-Politiker zu karikieren oder bei öffentlichen Auftritten bloßzustellen. Eine Gruppe von etwa 50 Studierenden, aus fast allen hessischen Hochschulen, schaffte es sogar in die Höhle des Löwen einzudringen, besetzte das Wissenschaftsministerium und hielt dort eine Pressekonferenz ab. Sie forderten von Ministerpräsident Koch und dem HMWK, auf die Pläne zur Einführung der Gebühren zu verzichten. Man verwendete ein Gutachten des DGB, welches zeigte, dass mit einer einprozentigen Vermögenssteuer ein Vielfaches von Studiengebühren eingenommen werden könnte, womit sogar die Gebührenfreiheit aller Kitas sichergestellt wäre.

Es gab sogar eine Art Protest-Marketing. Ein junger Mann der ein Plakat mit der Aufschrift „Für Solidarität und freie Bildung“ an eine Wand kleistert wurde zum Symbol der Proteste. Dieses Symbol auf gelben Hintergrund, hing in jenen Tagen als Poster in unzähligen WGs. Selbstge-



machte Fahnen mit gleicher Aufschrift wurden vom Protestplenum hergestellt und wir haben gelbe T-Shirts davon drucken lassen. Überhaupt waren Demonstrationen zu dieser Zeit durch die Farbe gelb geprägt. Später wurde das Symbol gegendert, zu dem Mann gesellte sich auf die andere Seite der Aufschrift eine Frau dazu. Die Farbe

Gelb ist bis heute das Symbol von Studierendenprotesten. Bei den Bildungstreiks 2009 und 2010 erlebten der Schriftzug und unser Symbol ihre Renaissance.

Im Jahr 2006 hat die Juso-Hochschulgruppe das erste Mal die Wahl gewonnen. Zusammen mit der Grünen Hochschulgruppe und der Fachschaftsliste Lehramt hat sie den AStA getragen, wenngleich die Koalition von Anfang an fragil war. Der damalige AStA-Vorsitzende Lars Gumprecht (Jusos) hat im Juni sogar den Bruch mit den Grünen gewagt und ist eine Koalition mit der SozialListe (die Vorgängerin der Liste Die Linke.SDS) eingegangen. Das machte den Weg frei für ein zweites Referat für Hochschulpolitik, das sich ganz dem Thema Studiengebühren widmen konnte. Zwei listenlose Referenten hatte das Studierendenparlament für dieses Referat gewählt, einer davon war ich.

Die Radikalität mit der sich unsere Protestbewegung Gehör verschaffen wollte, hat schnell die Frage aufgeworfen, welche Protestformen legitim sind und welche nicht. Die Polizei hat sich natürlich nicht lange auf der Nase rumtanzen lassen und legte härtere und teilweise unverhältnismäßige Maßnahmen an den Tag. Oft musste ich zusehen, wie die Polizei mit Schlagstöcken auf Demonstrierende einprügelte. Bei einer Demo in Frankfurt haben sich sogar als Studenten verkleidete Polizisten unter die Protestierenden gemischt, um diese anzustacheln und direkt in die Fänge ihrer KollegInnen zu treiben. Einmal bekam auch ich Pfefferspray in die Augen. Die Frage nach Gewalt gegen Gegenstände und Personen kam zur Diskussion. In Kassel war schnell klar, dass Gewalt in jeder Form der falsche Weg ist, auch wenn man ihr selbst seitens der Polizei ausgeliefert

war. Ziviler Ungehorsam war aber weiterhin eine unserer Methoden. In Frankfurt war es leider nicht so. Immer häufiger blieben brennende Papiercontainer und Mülltonnen nach Demonstrationen zurück. Die uns bis dahin wohlgesonnene Presse übte immer häufiger Kritik. Dass permanent die Straßen im Feierabendverkehr von demonstrierenden StudentInnen besetzt waren, fanden auch immer weniger Leute witzig. In den folgenden Semesterferien beruhigte sich die Situation aber wieder.

Zweiter Akt

Von der Straße in den Gerichtssaal – Die Verfassungsklage

Im Wintersemester flaute der Protest weiter ab. Das Wetter war nicht mehr so gut und die Luft schien raus zu sein. Der hessische Landtag hat das Hessische Studienbeitragsgesetz (HStuBeiG) beschlossen und nun stand fest, dass ab Wintersemester 2007/2008 allgemeine Studiengebühren zu zahlen waren. Resignation machte sich breit.

Aufgrund des Artikels 59 der Hessischen Verfassung einigten wir uns mit den anderen ASten darauf, ein Normenkontrollverfahren (also eine Verfassungsklage) anzustrengen. Um eine solche Klage einzureichen, bedurfte es der Unterschriften eines Hunderts teils der wahlberechtigten Bevölkerung in Hessen – in Zahlen ausgedrückt hessenweit also 43.308 Mitzeichner. Das klingt nicht viel und wir hätten die Stimmen auch leicht zusammenbekommen, wenn da nicht die bürokratischen Hürden gewesen wären. Alle Bürgerinnen und Bürger, die diese Klage unterstützen wollten, mussten zum Gemeindevorstand (Magistrat) laufen, dort ihren Antrag unterschreiben und sowohl ihre Unterschrift als auch die Wahlberechtigung bestätigen lassen. Das hat das Verfahren ungemein verkompliziert. Diese Regelung wurde 2001 von der hessischen Landesregierung eingeführt; natürlich mit dem Ziel plebiszitäre Mitbestimmung, wie sie die Verfassung vorsieht, so schwer wie möglich zu machen. Die Frage war also wie man über 40.000 BürgerInnen dazu bewegen sollte diesen Aufwand auf sich zu nehmen. Das gesamte Wintersemester beschäftigte ich mich mit der Verfassungsklage. Es bedurfte viel Vernetzungsarbeit mit anderen ASten in Hessen, um die Klage auf den Weg zu bringen. Wir brauchten einen Rechtswissenschaftler, der ein Gegengutachten zu dem von Pestalozza verfasste. Und wir mussten eine vielsagende Kampagne aus dem Boden stampfen. Unser Symbol, der Mann mit dem Schriftzug „Für Solidarität und Bildung“, musste Justitia weichen, der römischen Göttin der Gerechtigkeit, die in ihrer Linken eine Waage und in der Rechten ein Schwert hält.

Mit meiner neuen Aufgabe im AStA habe ich mich der Juso-Hochschulgruppe angenähert. Aus meiner Sicht haben die Jusos am glaubwürdigsten Position gegen Studiengebühren bezogen (und das tun sie auch heute noch). Im Studierendenparlament konnte ich auf die Stimmen der Jusos immer zählen. Ich ging von nun an regelmäßig zu deren Treffen und wurde Teil der Gruppe. Die Proteste und die Verfassungsklage haben natürlich viel Geld gekostet. Das waren Ausgaben, die nicht eingeplant waren. Das Jahr 2006 hatte ein riesiges Loch in den studentischen Haushalt gerissen und zu allem Überfluss hat Herr Koch auch noch seine Rechnungsprüfer vorbeigeschickt, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass der AStA den Haushalt nicht ordentlich führen würde. Der Rechnungs-

prüfer wurde nicht fündig, der Haushalt war sauber.

Mitte Dezember war es dann soweit mit der Verfassungsklage in die Öffentlichkeit zu gehen. Die Kampagne stand und die ersten vorgefertigten Formulare wurden in Umlauf gebracht. Der Rücklauf lief schleppend. Das Kalkül der Landesregierung schien aufzugehen, die bürokratischen Hürden waren einfach zu hoch, um das Quorum zu erreichen. Um dem entgegenzuwirken, mussten wir uns etwas einfallen lassen. Dank der Unterstützung des Magistrats der Stadt Kassel wurde es uns ermöglicht einen Beamten des Wahlamts mehrfach an die Uni zu holen. An den Eingängen der Mensen fingen wir Studierende ab und forderten Sie auf die Verfassungsklage zu unterstützen. Der Beamte, ausgestattet mit einem Laptop und zwei Azubis, kontrollierte an Ort und Stelle die Wahlberechtigung der Personen und beglaubigte das Dokument mit einem Stempel. Bei der traditionellen Semester-Shake-Out-Party verlost wir einen iPod für die Person mit den meisten beglaubigten Verfassungsklageformularen. Die Maßnahmen halfen. Der Rücklauf der Formulare wurde größer. Zwischendurch gab es natürlich weitere Protestaktionen. Wir trugen (wie das wahrscheinlich jede Studierendengeneration tut), ausgestattet mit einem Sarg und einem Trompeter, die Bildung zu Grabe. Wir nutzten den Weihnachtsmarkt, um die Menschen zu informieren, was leider auf wenig Gegenliebe stieß. Wer beschäftigt sich schon gerne beim Glühweintrinken mit Verfassungsklagen und Studiengebühren?

Im Januar 2007 gab es Hochschulwahlen. Wir, die Jusos, gingen mit deutlichem Vorsprung als stärkste Liste aus den Wahlen hervor. Der klare Anti-Studiengebühren-Kurs wurde belohnt. Von zuvor sechs hatten wir nun neun, von insgesamt 25 im Stupa zu vergebenen Plätzen. Die Wahlbeteiligung lag bei über 32 Prozent. Es folgte die Konstituierende Sitzung des Studierendenparlaments mit der Wahl eines neuen AStA. Meine Hochschulgruppe schlug mich als Vorsitzenden vor. Eine Koalition aus der neuen Liste „Neue Liste“, der Sozialiste und den Jusos wählte mich und die restlichen ReferentInnen des neuen AStA. Heiko Kurat (Neue Liste) wurde Fachschaftenreferent und zweiter Vorsitzender, mein Vorgänger Lars Gumprecht war nun Referent für Hochschulpolitik, Christian Unverzagt (Jusos) wurde für Finanzen und Soziales wiedergewählt. Ann-Christin Schomburg (Sozialiste) hatte das Referat für Studentische Projekte inne. Das Kulturreferat und somit die Verwaltung des K19 übernahm Sandra Riedel aka. Dolores (Jusos). Die Legislatur begann am 1. März 2007 mit einem Treffen mit den HochschulpolitikerInnen und der Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti der hessischen SPD-Fraktion. Sie sind dieser Tage durch das Land gereist, vermutlich um sich bei den Universitätspräsidenten einzuschleimen. Abgesehen von meiner Nervosität mit so hochkarätigen LandespolitikerInnen im Restaurant Moritz essen zu dürfen, hatte ich die Möglichkeit die Situation an der Universität Kassel zu schildern.

Man bot mir sofort das Du an, was mich vollkommen irritierte, da ich zwar Mitglied der Juso-Hochschulgruppe, zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht SPD-Mitglied war und entsprechend waren mir die „Geflogenheiten der Genossen“ nicht vertraut. Zu dieser Zeit war Andrea Ypsilanti noch recht unbekannt, was sich in den kommenden Monaten ändern sollte. Zwei Wochen zuvor hatte die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion von

Bündnis 90/Die Grünen auch Verfassungsklage eingereicht. Mitte Februar waren 10.000 beglaubigte Unterschriften für unsere Verfassungsklage zusammen. Andrea Ypsilanti hatte mir in dem Gespräch zugesichert, dass sie uns weiter unterstützen werde und reichlich Werbung für die Klage machen wolle. Die ASten in Hessen wollten bis zum 22. Juni 2007 die benötigten Unterschriften eingetrieben haben. Hierfür mussten wir also Gas geben. Die vorlesungsfreie Zeit nutzen wir um mit einem Bulli die Gemeinden und Städte des Landkreises abzuklappen, um vor den Bürgerhäusern und Rathäusern für Unterschriften zu werben. Es war sehr mühselig immer wieder die gleiche Geschichte zu erzählen, doch frisch gewählt hatten wir noch die nötige Lust die Sachen anzupacken und durchzuziehen, wenngleich wir uns teilweise wie Versicherungsvertreter vorkamen. Der Aufwand hat sich aber gelohnt. Am 22. Juni – wie geplant also – wurden die Formulare abgeliefert. 78.721 unterschriebene und beglaubigte Formulare, also fast doppelt so viele wie benötigt, wurden überreicht.

Die hessischen ASten forderten die Landesregierung auf, die Gebühren für das Wintersemester auszusetzen, da nun mittlerweile zwei Klagen gegen das Studienbeitragsgesetz anhängig waren. Unbeeindruckt von unserer Forderung plapperten Udo Corts, Roland Koch und Eva Kühne-Hörmann weiterhin ihre Lobgesänge auf Studiengebühren rauf und runter.

Dritter Akt

Wir zahlen einfach nicht: Der Gebührenboykott

Dass wir die benötigten Unterschriften gesammelt hatten, änderte also nichts an der Tatsache, dass wir ab Wintersemester 2007/2008 Gebühren zu zahlen hatten. Obwohl wir StudierendenvertreterInnen waren, besaßen wir nicht die nötige Naivität, um auf einen Plan B in der Tasche zu verzichten. Schon zu Beginn des Sommersemesters 2007 wurde von uns ein Boykott der Studiengebühren in Erwägung gezogen, während wir eigentlich noch reichlich mit der Verfassungsklage beschäftigt waren.

Um funktionieren zu können, muss ein Gesetz gesellschaftlich akzeptiert und angenommen werden. Die Idee war also, das Hessische Studienbeitragsgesetz nicht anzunehmen, die Gebührenzahlung zu verweigern. Schließlich gibt es in der Geschichte genügend Beispiele, in denen sich Regierungspläne schlicht nicht durchsetzen ließen. Bei unserem Boykott mussten also nur genügend Studierende mitmachen. Wenn natürlich nur 100 Leute boykottieren, interessiert dies die Hochschulbürokratie wenig. Auf ein- bis zweihundert Matrikelnummern mehr oder weniger, käme es nicht an. Vorbild der Aktion war ein Ereignis in Hamburg: 1970 verweigerten 6000 Hamburger Studierende die Zahlung der bis dahin üblichen Studiengebühren, woraufhin die Kultusministerkonferenz bundesweit den Gebührenverzicht beschloss. Unser Kalkül war, dass die Politik in Bedrängnis geraten müsste, wenn an jeder Hochschule Hessens tausende Studierende die Gebührenzahlung verweigerten: ohne Studierende keine Unis; das könnten sich nicht mal die arrogantesten Politiker leisten. Frei nach dem Motto „Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ machten wir uns an die Arbeit.

Wieder war eine hessenweite Vernetzung nötig, wieder mussten rechtliche Rahmenbe-

dingungen abgesteckt werden und wieder musste eine Informationskampagne erarbeitet werden.



Der Boykott war in drei Schritten geplant. Die Universität Kassel hatte zu dieser Zeit ca. 17.000 Studierende. Wenn ein selbstdefiniertes Quorum von 25 Prozent zu erreichen wäre, also 3.500 Studierende, dann wäre das eine ausreichende Verhandlungsbasis, so unser damaliges Kalkül.

Der erste Schritt war also, dass die Studierenden die 500 Euro Studiengebühren auf ein Treuhandkonto überweisen, das von einem von uns engagierten Rechtsanwalt verwaltetet wurde.

Wenn das Quorum zum Stichtag den 5. September 2007 erreicht wäre, würde Schritt 2, die Verhandlung mit der Landesregierung, folgen. Wir wollten darauf pochen, dass die Studiengebühren bis zur Verkündung des Urteils des Staats-

gerichtshofes ausgesetzt werden, da es, solange die Normenkontrollklagen anhängig waren, keine wirkliche rechtliche Legitimation gegeben hätte.

Der dritte Schritt war, je nach Ausgang der Verhandlung, die Überweisung der Gebühren zurück an die jeweiligen Boykottierenden (der Boykott wäre geglückt) oder weiter an die Universität Kassel (der Boykott wäre gescheitert, aber alle Studierenden wären regulär zurückgemeldet gewesen).

In fast wöchentlichen Informationsveranstaltungen haben wir AStA-ReferentInnen gemeinsam mit dem Rechtsanwalt versucht die Studierenden davon zu überzeugen, dass es sich lohnt mitzumachen, dass es aufgrund unseres Verfahrens nahezu risikofrei ist und das man nur Gewinnen kann. Unzählige Faltblätter wurden verteilt, die das komplizierte Verfahren beschrieben. Der Rechtsanwalt bot Sprechstunden an, um bei Fragen und Zweifeln Rede und Antwort zu stehen.

Trotz aller Überzeugungskraft in der Öffentlichkeit, blieb ich skeptisch. Das lag weniger an dem Verfahren, als vielmehr daran, dass ich mir nicht vorstellen konnte, dass 3.500 Menschen jeweils 500 Euro auf unser Treuhandkonto überweisen würden. Intern haben wir AStA-ReferentInnen schon davon gesprochen, dass es ein Erfolg wäre, wenn wir wenigstens 300 bis 400 Studierende erreichen würden.

Meine Skepsis sollte sich bestätigen. Wenn auch bis zum September 2007 immerhin 790 Studierende teilnahmen, blieb das Quorum sehr deutlich verfehlt. Die Gebühren wurden an die Hochschule überwiesen und alle Boykottierenden, waren regulär zurückgemeldet. Der Boykott war gescheitert. Nun blieb uns nur noch die Hoffnung, dass das Urteil des Staatsgerichtshofes zur Verfassungsklage zu unseren Gunsten ausgehen würde. Für den Rest der Legislaturperiode gab es genügend reguläre AStA-Arbeit, die liegen geblieben war. Wir renovierten das Kulturzentrum K19, das Dschungelbuch bekam ein neues Gewand, welches bis heute erhalten blieb. Für die Kasseler AStA Zeitung (KAZ), die Vorgängerin der medium2, wurde eine Redaktion geschaffen; die ersten Schritte, von einem AStA-Agitationsorgan hin zu einer studentischen Zeitung. Au-

Berdem wurde die Homepage des AStA verbessert, das Beratungsangebot für Studierende ausgebaut sowie die Arbeit im fzs, dem Bundesverband der Studierendenschaften, wieder aufgenommen. Bei den im Januar 2008 folgenden Wahlen konnten wir Jusos unseren Vorsprung noch weiter ausbauen. Mit 42 Prozent der Stimmen, sicherten wir uns nun elf von 25 Sitzen im Stupa. Es war das beste Wahlergebnis der Jusos bisher. Ich bin nicht wieder zur Wahl für ein AStA-Referat angetreten. Stattdessen entschied ich mich als Fraktionssprecher der Jusos im Studierendenparlament zu kandidieren. AStA-Vorsitzende wurde Annika Hunstock. Der gescheiterte Boykott war der Anfang vom Ende des Themas Studiengebühren und zugleich der Startpunkt einer neuen, einer vorerst ruhigeren Zeit für die Studierendenschaft in Kassel.

Epilog

„Neues schaffen heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten heißt Neues schaffen.“

Wir haben Widerstand geleistet und doch verloren. Dass das Drama noch eine positive Wendung nehmen könnte, lag nicht mehr in unseren Händen. Das Thema war nun rein politischer und juristischer Natur. Trotzdem möchte ich die Geschichte kurz zu Ende erzählen, auch wenn ich kein Teil mehr von ihr war.

Am 2. Dezember 2006 wurde Andrea Ypsilanti in einem Mitgliedervotum mit knapper Mehrheit zur Spitzenkandidatin der hessischen SPD für die Landtagswahl im Januar 2008 gewählt. Sie gewann gegen ihren Kontrahenten Jürgen Walter. Aufgrund mehrerer Fehlritte und der massiven Proteste der Studierenden gegen Studiengebühren verloren Roland Koch und die CDU in der Bevölkerung immer mehr Rückhalt. Ypsilanti dagegen trat als glaubhafte Visionärin in Erscheinung. Sie zeichnete das Bild einer „Sozialen Moderne“ und lehnte jegliche Form von Studiengebühren ab. Mit steigender Bekanntheit Ypsilantis stiegen auch die Umfragewerte. Schließlich erhielten CDU und FDP nicht die nötige Mehrheit der Mandate und so gewann die hessische SPD die Landtagswahl am 27. Januar 2008, obwohl sie mit 0,1 Prozentpunkten Abstand nur zweitstärkste Kraft wurde. Das Wahlergebnis ließ nur zwei Möglichkeiten zu: eine Koalition mit der CDU, was im krassen Gegensatz zum Wahlprogramm und der Vision einer Sozialen Moderne gestanden hätte, oder eine rot-grüne Minderheitsregierung unter der Tolerierung der erstmals in Hessen vertretenen Linkspartei, was im Widerspruch zu vorherigen Aussagen Ypsilantis gestanden hätte, in der sie jedwede Zusammenarbeit mit der Linkspartei ausgeschlossen hatte. Sie musste also entscheiden, ob sie ihre politischen Positionen über Bord werfen sollte und aus Machtkalkül mit Koch und Co. koalitiert oder ob sie die politische (Not-)Lüge in Kauf nehmen sollte, um gestalterische Mehrheiten im Landtag zu erlangen. Sie entschied sich für letztere Option.

Was dann folgte, dürfte noch in der kollektiven Erinnerung vorhanden sein und soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Nur soviel: Ypsilanti verlor den nötigen Rückhalt in den eigenen Reihen. Vier gewählte Abgeordnete der SPD-Fraktion – Jürgen Walter, Dagmar Metzger, Carmen Everts und Silke Tesch – verweigerten ihr aus „Gewissensgründen“ die Gefolgschaft. Roland Koch und seine Regierung blieben also geschäftsführend im Amt, ohne gestaltende Mehrheit im Landtag.

Die Fraktionen von SPD, Grünen und die Linke beschlossen mit ihrer Mehrheit dennoch jede Menge Gesetze. Am 17. Juni war es dann soweit. Genannte Fraktionen schafften

die ungeliebten allgemeinen Studiengebühren ab, samt Zweit- und Langzeitstudiengebühren. Seit dem Wintersemester 2008/2009 ist das Studieren in Hessen wieder kostenfrei. Als finanziellen Ersatz sicherte das Gesetz den Hochschulen des Landes so genannte QSL-Mittel aus dem Landeshaushalt zu.

Bleibt in dieser Geschichte nur noch das Ergebnis der Verfassungsklagen offen. Der Staatsgerichtshof begann am 13. Februar 2008 mit den Verhandlungen. Das Ergebnis präsentierte er am 11. Juni, also eine Woche bevor der Landtag die Gebühren abgeschafft hat. Mit sechs zu fünf Stimmen entschied die höchstrichterliche Instanz Hessens, dass das Hessische Studienbeitragsgesetz mit der Landesverfassung vereinbar sei. In einem Minderheitenvotum argumentierten die fünf unterlegenen Richter für die Antragsteller. Das Thema Studiengebühren ist seitdem erst mal vom Tisch. Wann es wieder serviert wird, hängt von der Politik ab. Ob Studieren auch für zukünftige Generationen kostenfrei bleibt, hängt von jedem von uns ab. Entscheidungen werden von der Politik getroffen, doch die Gesellschaft muss ihr sagen welche. Eine lebendige Demokratie lebt „von der Straße“ – also vom Demonstrationsrecht – genauso wie von den Wahlen, ihren Parlamenten und der Meinungsfreiheit.

Sebastian Böttger

Vergangenheitsbewältigung durch Studierende an der Uni Kassel in den vergangenen 40 Jahren

Eine erste Erinnerung an die Unmenschlichkeit im Nationalsozialismus bildete „Die Rampe“ zur internationalen Kunstausstellung „Stoffwechsel K18“ im Jahre 1982. Die Verbindung von Kunstwerk und Mahnmal erinnert an die Verbrechen während des Nationalsozialismus. Umgesetzt wurde es von der Künstlerin E. R. Nele, die während des Krieges den Zwangsarbeiterkolonnen begegnete. Sie ist die Tochter des verstorbenen Kasseler Kunstprofessors und documenta-Gründers Arnold Bode. „Die Rampe“ erinnert an Deportationen in Vernichtungs- und Konzentrationslager sowie Verschleppung von Zwangsarbeitern, die über Eisenbahnstrecken durch ganz Europa transportiert wurden. Gemeinsam mit der Ausstellung „Erinnern an Breitenau 1933-1945“ wurde die Rampe 1983 in der Kasseler Orangerie präsentiert.

Am 8. Mai 1985 – genau 40 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht – wurde das Mahnmal in der Moritzstraße eingeweiht. Die Figuren außerhalb des Waggons fielen schon kurz nach der Einweihung einem Brandanschlag zum Opfer. Sie wurden zwei Jahre später mit Hilfe einer vom Präsidenten der Universität Kassel veranlassten Spendensammlung unter dem Motto „Die Brandstifter dürfen nicht das letzte Wort haben!“ erneuert und in Bronze gegossen. Das Mahnmal ist Appell an eine kritische Wissenschaft.

Die Universität Kassel bringt mit dem Mahnmal zum Ausdruck, dass eine differenzierte Auseinandersetzung der Wissenschaft mit politischen und gesellschaftlichen Folgen des Forschens und Lehrens notwendig ist. Nur durch die Aufklärung kann es zu einem historisch-kritischen Bildungsverständnis im Umgang mit der Vergangenheit kommen.

Im Jahre 1971 wurde die Gesamthochschule Kassel (GhK) gegründet. Am südwestlichen Rand Kassels entstand in Oberzwehren das Aufbau- und Verfügungszentrum (AVZ). Dort war im Jahre 1979 Prof. Dr. Krause-Vilmar mit einem Forschungsvorhaben zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Kassel beteiligt. Er führte Gespräche mit ehemaligen Mitgliedern der Kasseler Arbeiterparteien. Einer seiner Gesprächspartner war Max Mayr, der als Dreher bei Henschel tätig war. Er gehörte während des Nationalsozialismus in Deutschland zur Gruppierung „Internationaler Sozialistischer Kampfbund“ (ISK). Diese Gruppe hatte sich von der SPD abgesplittert und setzte sich aktiv im Widerstand gegen das NS-Regime ein. Max Mayr wurde auf Grund seiner Mitgliedschaft und seines Widerstandes verfolgt und ins Konzentrationslager Buchenwald verbracht. Er überlebte das Konzentrationslager und wurde nach dem Krieg im Kasseler Regierungspräsidium mit Entschädigungs- und Wiedergutmachungsfragen betraut. In diesem Zusammenhang bekam er Aktenkenntnis über das Konzentrationslager bei Kassel.

Bei dem Gespräch stellte sich heraus, dass sich in Breitenau (Guxhagen) Akten zu den politischen Häftlingen des frühen Konzentrationslagers befanden. Eile war geboten, denn viele Dokumente und Akten aus der NS-Zeit wurden zu Kriegsende massenhaft vernichtet und waren unwiederbringlich verloren. Es wurden schon am nächsten Tag nicht nur

Häftlingslisten zu den Jahren 1933-34 des KZ Breitenau, sondern auch Tausende Akten zu Schutzhaftgefangenen aus den Jahren 1940-45 gefunden. Diese Akten waren bislang der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit nicht bekannt gewesen und warfen ein neues Licht auf die ehemalige Klosteranlage. Die Leidensgeschichten von bis zu 7.000 ausländischen und 2.000 deutschen Gefangenen waren in diesen Akten dokumentiert. Jeder Fünfte der während des Krieges im „Arbeitserziehungslager“ inhaftierten „Schutzhaftgefangenen“ wurde in ein Konzentrationslager deportiert. Als am 30. März 1945 die Gestapo das Lager auflöste und die Häftlinge evakuiert wurden – man brachte sie unter anderem in das KZ-Buchenwald – erschoss man unter SS-Beteiligung 28 Gefangene am Fuldaberg in Breitenau.

Durch Zufall wurde die Geschichte des Lagers „wiederentdeckt“. So kam es, dass 1982 Studierende und Mitarbeiter der Universität Kassel (damals noch GhK) unter dem Titel „Erinnern an Breitenau 1933-1945“ die Geschichte des Lagers in der Kunsthochschule Kassel zeigten und damit der Öffentlichkeit zugänglich machten. Dieses scheinbar auf eine Region beschränkte Projekt sorgte auch im Ausland für Reaktionen. 1983 wurde die Ausstellung als Dauerausstellung mit Unterstützung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen auf historischem Grund eröffnet. Seit 1984 existiert dort die Gedenkstätte. Schon damals bestand ein reges Interesse von Studenten, sich mit der Vergangenheit des Dritten Reiches auseinanderzusetzen.

Dieses Interesse oder besser das Produkt dieses Interesses, fand bei unseren europäischen Nachbarn in den Niederlanden Beachtung. Dort berichtete 1985 die Tageszeitung „Algemeen Dagblatt“ über das Projekt in Breitenau. Daraufhin meldeten sich viele ehemalige holländische Zwangsarbeiter, die unter anderem bei Henschel oder den Fieselerwerken arbeiten mussten. Viele berichteten von ihren Erfahrungen in den erst jungen Jahren ihres Lebens. Sie schrieben über ihre Leidenswege, die Gefahr bei den täglichen Bombenangriffen, Freundschaften mit Vorgesetzten oder den Misshandlungen und menschenunwürdigen Arbeitsbaracken, in denen Sie zusammengepfercht wurden. Gerade weil die Geschichte eines Ortes sich nicht auf die Region oder auf einen bestimmten Zeitraum festlegen lässt, ist es so wichtig stets aufs Neue, ein lebendiges Interesse im Umgang mit der Vergangenheit zu haben.

Das „Erinnern an Breitenau“ führte unter anderem dazu, dass einige der damals noch jungen, überwiegend männlichen Zwangsarbeiter, die in Zugwaggons aus ihrer Heimat nach Kassel gebracht worden waren, nachträgliche Entschädigung der niederländischen Regierung erhalten konnten. Man ging nach dem Krieg in den Niederlanden davon aus, dass diese Zwangsarbeiter mit dem NS-Regime kollaboriert hatten. So waren Vorwürfe der eigenen Landsleute, ein beschädigter Ruf und eine ausbleibende Entschädigung die Folge. Dieses Projekt trug dazu bei, rund 50 Jahre später die Situation der Opfer durch Aufklärung und Vergangenheitsbewältigung zu verändern. Erstmals war eine „Rehabilitation“ dieser Menschen in ihrem Heimatland möglich.

27 Jahre nach Errichtung der Gedenkstätte Breitenau sollte ein weiteres Vorhaben an der Universität Kassel neue Einblicke und Erinnerung schaffen. Alles begann mit den Planungen zum 200. Firmenjubiläum Henschels. Im Juni 2010 hielt man ein „Unternehmenshis-

torisches Kolloquium“ im alten Gießhaus am Holländischen Platz ab. Die Veranstaltung behandelte die Geschichte des Unternehmens von 1810-2010. Teil dieser Geschichte war auch die Produktion von Rüstungsgütern und Kriegslokomotiven während des Nationalsozialismus. Freilich geschah dies im Verlaufe des Krieges unter Beteiligung von Zwangsarbeitern, die in den so genannten „Henschel Wohnlagern“ in Kassel und Umgebung untergebracht wurden. Tausende Zwangsarbeiter und fast eine halbe Milliarde Reichsmark an Umsatz für Rüstungsaufträge waren seitdem mit der 200 Jahre langen Firmengeschichte verbunden.

Kritiker der Festivitäten zum Firmenjubiläum reagierten mit einem ironischen Jubelplakat vor dem Gießhaus, um so einen (selbst)kritischeren Umgang mit der Vergangenheit anzustoßen. Einer dieser Kritiker war der Student Sebastian Weise-Kusche. Er beantragte im Senat eine historische Aufarbeitung der Geschichte der Firma Henschel am Standort Holländischer Platz, vor allem der Lokomotiv- und Rüstungsindustrie. Immerhin wurde die Universität auf dem alten Henschelgelände errichtet und belegt heute als Nachfolgenutzerin die noch vorhandenen Gebäude. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit bewilligt und der Senat setzte eine Kommission ein. Die Kommission besteht aus Angehörigen aller Statusgruppen der Universität Kassel. Die Recherchearbeiten zum Henschel-Werk Kassel erstreckten sich über die gesamte Unternehmensgeschichte seit seiner Entstehung im 19. Jahrhundert. Damit sollte die Geschichte Henschels nicht nur auf die Zeit im Nationalsozialismus „reduziert“ werden. Der Schwerpunkt „Rüstungsbetrieb“ blieb jedoch bestehen. Wir begannen nach verwertbarem Quellenmaterial zu forschen. Während dieser Tätigkeit erhielten wir allorts viel Unterstützung von denen, die wir um Informationen baten. Vor allem das Interesse an diesem Projekt war sehr hoch, was uns zusätzlich bestärkte, den Menschen einen Beitrag zur Industriegeschichte in Kassel zu vermitteln.

Das Interesse am „Erinnern“ setzt an der Universität Kassel (GhK) einen Weg fort, den man in den 80er Jahren bereits beschritten hatte. Einem großen Teil der Studierenden ist das Areal, auf dem sie täglich ihren Kaffee trinken oder ihr Brötchen verspeisen nicht als ehemaliges Industriegelände bekannt. Die Lokomotivhallen, die sich über die heutigen Hörsäle 1-5 und die Bibliothek erstreckten, das K10 als ehemalige Hauptverwaltung und jetziges Bistro, oder der Schornstein des henschelschen Kesselhauses, der heute maßgeblich das Bild der Universität prägt. Waren es in der Zeit des Nationalsozialismus Panzerrohre, Flugabwehrgeschütze und Kriegslokomotiven, die hier produziert wurden, so wird hier heute die Fähigkeit gelehrt, sein Wissen in den Dienst der Wissenschaft zu stellen. Ingenieure, Kaufleute, Geschichts-, Politik-, und Geisteswissenschaftler, alle Studierenden sind in der Pflicht, über ihr tägliches Handeln und ihren zukünftigen Berufswunsch nachzudenken.

Während der Sitzungen stellte man das Informationsmaterial der Kommission zur Verfügung. Schon nach kurzer Zeit war klar, dass die Fülle an Informationen und neuen Erkenntnissen viel Zeit beanspruchen würde. Die Aufarbeitungen der einzelnen Standorte ließ ein transparentes Bild entstehen. Wir begannen damit, einzelne Standorte für einen „Weg der Erinnerung“ zu eruieren. Einigkeit bestand darin, dass bestehende und wichtige Gebäudekomplexe mit in den Weg integriert werden mussten. Als Startpunkt diente eine frühere Lokomotivdrehzscheibe vor dem K10. Diese soll in der Zukunft durch ein

Modell wieder kenntlich gemacht werden. Die Universität Kassel übernimmt mit den Planungen zum „Weg der Erinnerung“ Verantwortung für das ehemalige Henschelgelände und erinnert in besonderer Weise an die Geschichte Kassels. So verwundert es auch nicht, dass die K-Bezeichnungen aus der Henschelzeit wieder in die Gebäudebezeichnungen einbezogen werden und künftig der Erinnerung dienen.

Ein besonderes Merkmal stellt indes das geistige Band der Vergangenheitsbewältigung in Kassel und Breitenau dar. Viele Zwangsarbeiter bei Henschel wurden dort interniert und misshandelt. Wer ungefragt seinen Arbeitsplatz verließ oder wegen „Bummelei“ auf dem Werksgelände erwischt wurde, verschwand. Einige tauchten nie wieder auf. Der Gedenkweg wird anhand von Informationstafeln schildern, welche Funktionen die einzelnen Gebäude erfüllten und einen Einblick in die Produktion und Einsatzbereiche ermöglichen, in denen Zwangsarbeiter und Henschelaner im Krieg arbeiteten.

Durch den nördlichen Ausbau des Universitätsgeländes wurden die Planungen zu diesem Entwurf eingeschränkt, so dass dieses Vorhaben als noch nicht abgeschlossen zu sehen ist. Künftig soll ein Mahnmal auf dem neuen Campusgelände den „Weg der Erinnerung“ abschließen. An jener Stelle – wie auf dem „alten“ Campusgelände – gab es eine wechselvolle Geschichte. Die Firma Gottschalk wurde 1881 von zwei ehemaligen Mitarbeitern des deutsch-jüdischen Industriellen Sigmund Aschrott gegründet. Selbiger stiftete während der Errichtung des neuen Kasseler Rathauses einen Brunnen. Der 1908 erbaute „Aschrottbrunnen“ wurde 1939 zerstört und ist seit 1987 ein Mahnmal, das der Künstler Horst Hoheisel geschaffen hat.

Moritz Gottschalk erwarb 1884 das alte Gelände der Casseler Eisengießerei und war bis zur Zwangsenteignung vor allem im Zeltbau aktiv. Das Unternehmen wurde 1938 arisiert. Größter Anteilseigner wurde mit 80% Henschel & Sohn. Auch andere Unternehmen siedelten in der Nordstadt an. Die 1902 gegründete Genossenschaft für Häute- und Fettverwertung zu Cassel (HaFeKa) ließ sich ebenfalls dort nieder. 1936 kam der Motorenteilehersteller Kolben-Seeger hinzu. Dort erinnern bereits Gebäudenamen auf dem neuen Campus an die Historie der Bauten. In Erinnerung an Moritz Gottschalk (1851-1943) wurde die Schlachthofstraße 1965 umbenannt. Interessierte Studierende können aktiv mitwirken und dafür Sorge tragen, dass die Vergangenheit auf dem neuen Campus nicht in Vergessenheit gerät, der Abschluss des Weges der Erinnerung gar zum Erliegen kommt. Eine einmalige Möglichkeit bietet sich, mit der Universität Kassel auch über das 40-Jährige Bestehen hinaus einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung und Aufarbeitung zu leisten. Der neuerliche Bombenfund auf dem Campus zeigt auf, wie die Vergangenheit uns im täglichen Leben immer noch einzuholen scheint.

Alexander Muszeika

Bilder



Mit dem Weihnachtsmann gegen Studiengebühren

der Kasseler Studien die Einführung gebühren im Winter 2007/2008 in 0 Euro pro Semester. Gestern zog

eine Gruppe von Studierenden in einem Protestzug vom Campus an der Holländischen Straße über den Weihnachtsmarkt zum Kasseler Rathaus. Ein Weihnachtsmann im gelben

Mantel informierte die Passanten über die Einführung der Studiengebühren. „Wir protestieren weiter: Kostenlose Bildung für alle ist unser Ziel“, sagt Lars Gumprecht vom Kasseler ASTA. In mehreren hessischen Städten wurde gestern gegen die Studiengebühren protestiert und Unterschriften für eine Verfassungsklage gesammelt. (tzt)

Foto: Herzog



Studentenausschuß (ASTA)



Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel

Körperschaft des öffentlichen Rechts

SIA 35 Kassel Wilhelmshöher Allen 73

OFFENER BRIEF

Hessischer Kultusminister
Hans Krollmann

Luisenplatz 10
6200 Wiesbaden

Zur Information:

-GhK
-dpa, hna, hr, fr, faz, t
-Stern, Spiegel
-Senator Glotz
-Bundesminister Baum
-hess. Landtagsfraktionen

Datum 9. Juli 1980

Präsidentenwahl an der Gesamthochschule Kassel

Sehr geehrter Kultusminister Hans Krollmann!

Der Konvent der GhK hat am 2. Juli 1980 mit großer Mehrheit den Osnabrücker Hochschullehrer MICHAEL DAXNER zum neuen Präsidenten der GhK gewählt. Es ist nun Sache des hessischen Kultusministers, diese Wahl zu bestätigen. Bereits vor der Wahl gab es Stimmen, die Sie aufforderten, Michael Daxner nicht zu bestätigen. Wir gehen jedoch trotz der Lautstärke und Einflußmöglichkeiten der Gegner einer Präsidentenwahl aus, daß Ihre Entscheidung über aller infragekommenden Gesichtspunkte Aus der Sicht der Studentenschaft folgendes zu bedenken gilt:

Die Wahl Michael Daxners ist der GhK. Sie entspricht den Grundsätzen der Wahl und ist eine Enttäu- schung über die Wirkung der Diskussionen um Staatsver- sachen des sog. Terrorismus, den Parteifreunden Baum und mögliche Ursache der Entfrem- dung. Der Verdacht von Rechtsbeugung Minderheiten kann ebenfalls Folgen zum jetzigen Zeitpunkt der politischen Landschaft der GhK achtet bleiben sollten. Sie sollten deshalb, sehr gee- hrtung Michael Daxners auch friedliche Zusammenleben der GhK Wir wollen in Kenntnis von Mög- lichen diese Vorgänge und Gedä-

Was noch nicht da ist beweist nichts
Was noch nicht da ist
darauf muß man wirken



Liste 1

Iring Buttler	De 2 + 22	Reinhold Weist	De 3 + 22
Peter Gölke	De 3 + 5	Kornert Schumann	WIZ
Edje Hofmann	WIZ	Martina Mann	De 12 Ing
Manfred Raff	De 6	Rüdiger Albrecht	De 1 + 3
Holger Sommer	De 2 + 5	Wolfgang Retzberg	De 13 Ing
Inge Gerlach	De 2 + 2	Hans-Jürgen Richter	WIZ
Kerner Simmen	De 1 + 2	Beate Kuchta	De 13 Ing
Uli Trostowitsch	De 1 + 2	Mustafa Dönmez	De 13 Ing
Uli Peller	De 1 + 2	Rainer Wendling	De 1 + 3
Jürgen Fahlbusch	De 1 + 2	Reinhold Ripper	De 1 + 3
Hartmut Kraft	De 3 + 18	Heinrich Gade	De 9 + 18
Jürgen Blütze	De 3 + 18	Bernd Feglerski	De 2 + 4
Stefried Gölke	De 3 + 4	Karl-Heinz Heymer	De 2 + 4
Harald Inse	De 3 + 4	Jürgen O. Öbricht	De 2 + 4
Peter Eickelmann	De 9	Gottfried Schamfförl	De 1 + 4

Mit freundlichen Grüßen
ASTA der Gesamthochschule Kassel

(Mustafa Dönmez)

Kassel

ASTA's/ONASSEL

Nr. 15

diert sind. So ist uns nunmehr die Möglichkeit einer Organisation nach dem Räteprinzip, einer direkten Vertretung durch Wahl und Koo-

II. Die Zukunft der Studierendenvertretung(en) – was noch außer Service?

Handeln, nicht akzeptieren!

Warum eine Studierendenschaft politisch sein muss

Eine verfasste Studierendenschaft, wie sie das Hessische Hochschulgesetz garantiert, ist in erster Linie die politische Vertretung der Studierenden gegenüber der Hochschule und deren TrägerInnen. Eine Studierendenschaft kann daher eigentlich nicht unpolitisch sein. Doch gibt es immer wieder Tendenzen, die Studierendenschaften als reine Dienstleister von Kultur-, Mobilitäts- und Beratungsangeboten zu sehen. Ich möchte im folgenden Text verdeutlichen, warum aus meiner Sicht ein Verständnis als politische Interessenvertretung für die Studierendenschaft wichtig ist.

Im Jahr 2007 führte die schwarz-gelbe Landesregierung die Studiengebühren in Hessen ein. Bildung wird zur Ware - für die man zu zahlen hat. Zehntausende Studierende mussten pro Semester 500€ Gebühren zahlen. Ein Studium kostete so schnell 5.000€ zusätzlich.

Die Studierendenschaften in Hessen, so auch in Kassel, wollten dies nicht akzeptieren. Mit massenhaften Protestaktionen von Demonstrationen bis Autobahnblockaden wurde die Landesregierung unter Druck gesetzt und die Bevölkerung über die soziale Ungerechtigkeit im Bildungswesen aufgeklärt. Zahlreiche Klagen wurden vorbereitet und Unterschriften gesammelt. Die Studierendenschaften haben politisch gehandelt. Mit Erfolg! Im Jahre 2008 wurden die Studiengebühren wieder vollständig abgeschafft. Das ist ein Erfolg der Studierendenschaften, denn durch öffentlichen Druck und intensive Lobbyarbeit gegenüber der Landespolitik wurden auch Langzeit- und Zweitstudiumsgebühren abgeschafft.

Der Protest gegen Studiengebühren zeigt die genuine Aufgabe der verfassten Studierendenschaften: Sie sind die demokratisch legitimierte Vertretung aller Studierenden. Sie vertreten ihre Mitglieder vor allem gegenüber der Hochschule, der Landesregierung und teilweise auch gegenüber der Bundesregierung und EU. Sie sollten dabei das Beste für ihre Mitglieder, die Studierenden, erreichen wollen: gute Studienbedingungen, Chancengleichheit und soziale Sicherheit.

In den letzten Jahren setzte sich in einigen Studierendenschaften das Selbstverständnis eines reinen Dienstleisters durch. In diesem Konzept stellt die Studierendenschaft diverse Dienstleistungen zur Verfügung wie z.B. Mietautos, Büromaterial, Beratungsangebote, Großraumpartys. Die politische Vertretung wird hingegen stark zurückgefahren. Die Studierendenschaften haben sich davon schnell wahrnehmbare Erfolge und somit auch Wahlerfolge versprochen. Dass darunter die primäre Arbeit, die politische Vertretung, leidet, ist eine häufige Folge.

Auch die Studierendenschaft in Kassel hat diverse Dienstleistungen im Angebot, z.B. ein umfangreiches Beratungsangebot. Doch sie war und ist vor allem eine politisch aktive Vertretung ihrer Mitglieder, egal ob Studiengebühren, Anwesenheitspflicht, starre Zugänge zum Master oder ein mangelnder Umgang mit der Geschichte des Campus am Holländischen Platz. Die Studierendenschaft hat die Probleme erkannt und ist sie angegangen: mit Protest, mit Öffentlichkeit und mit Verhandlungen. Das ist Politik.

Diesen Weg muss die Studierendenschaft auch in den nächsten Jahren gehen. Es stehen viele politische Herausforderungen an, bei der die größte Gruppe der Mitglieder der Hochschule, die Studierenden, sich Gehör verschaffen müssen. Aus meiner Sicht sind die nächsten großen Aufgaben: die Sicherung des Ausbau unserer Hochschule
die Finanzierung der hessischen Hochschulen (vor allem im Zuge der Schuldenbremse)
Demokratisierung der Hochschulen – auch die Existenz der Statusgruppen muss kritisch hinterfragt werden

die Weiterentwicklung der Bolognareformen mit dem Fokus auf eine bessere Lehre und einer engeren Verbindung von Forschung und Lehre
die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft (Frieden, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wohlstand)

Diese Themen bedürfen einer politischen Bearbeitung, die nur eine Verfasste Studierendenschaft mit ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit erreichen kann.

Die politische Arbeit von Studierendenschaften ist zudem überlebenswichtig für sie selber. Dienstleistungen garantieren schnell wahrnehmbare Erfolge und sind in einem gewissen Rahmen auch notwendig, doch handelt eine Studierendenschaft nicht politisch, so stirbt sie. Die EntscheidungsträgerInnen auf Hochschul-, Landes- und Bundesebene handeln bei unpolitischen Studierendenschaften ohne jegliche Kontrolle von Studierendenseite und ohne deren Interessenvertretung. Sie werden Politik über die Köpfe der Studierenden hinweg machen und somit Politik, die mittel- und langfristig den Studierenden schadet. Der Sinn der Studierendenvertretung wird dann von den Studierenden und der Politik in Frage gestellt. Denn Mietautos und Bürobedarfsflächen können auch von anderen AnbieterInnen abgedeckt werden, politische Vertretung nicht.

Ein weiteres und aus meiner Sicht auch das wichtigste Argument für politisch aktive Studierendenschaften ist die Demokratie. Die Demokratie an Hochschulen hat im letzten Jahrzehnt unter dem Einfluss von Neoliberalismus und Governance enorm abgenommen. Die einst mächtigen Senate und Konvente haben an Entscheidungsmacht verloren und die Präsidien und Hochschulräte wurden mit machtvollen Managementstrukturen ausgestattet.

Doch der Gedanke der Demokratie wurde und wird an der Kasseler Hochschule gelebt. Das bedeutet, dass Studierende in die Entscheidungsfindung mit eingebunden werden und begrenzt teilhaben. In diesem Geflecht müssen wir Studierenden uns organisieren, um gemeinsam in unserem Interesse die Hochschule zu gestalten.

Ob die Studierendenschaft dafür auch in Zukunft der richtige Weg ist, hängt von der Gesamtheit der Studierendenschaft selber ab. Ihre Daseinsberechtigung ist abhängig davon, wie aktiv sie ist und wie sie sich politisch einmischt. Nur eine handelnde und politische Studierendenschaft kann das Beste für ihre Mitglieder erreichen und ihre weitere Existenz sichern. Nur eine politische Studierendenschaft, die nicht akzeptiert sondern handelt, ist legitim. Daher mein Appell: Lasst uns weiter politisch handeln, lasst uns weiter unsere Hochschule gestalten und lasst uns weiter Demokratie leben!

Oliver Schmolinski

Finanzhoheit der Studierendenschaften - Unerlässliche Eigenverantwortung oder unkalkulierbares Risiko?

„Die Studierendenschaft erhebt Beiträge von ihren Mitgliedern.“ Was auf den ersten Blick wie ein schlichter Satz daherkommt, hat enorme Auswirkungen. Der eben zitierte Auszug aus dem Hessischen Hochschulgesetz (HHG) garantiert der Studierendenschaft nämlich nichts Geringeres als die eigenständige Finanzhoheit. Bezogen auf die Universität Kassel bedeutet das – bei einem Beitragssatz von aktuell 9 Euro/Semester und Studierendenzahlen von derzeit durchschnittlich etwa 20.500 Personen – Einnahmen in Höhe von rund 369.000 Euro pro Jahr (Stand: Wintersemester 2011/2012). Eine Menge Geld also, das es von den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Studierendenschaft zu verwalten gilt.

Doch die Finanzhoheit der Studierendenschaft wird immer wieder in Frage gestellt. In Bayern (1973) und Baden-Württemberg (1977) wurde die Verfasste Studierendenschaft und mit ihr auch die Finanzhoheit gar komplett abgeschafft. Derzeit plant die amtierende grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg jedoch die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit Beitragsrecht. Grund genug sich mit den Argumenten für und gegen das eigene Haushaltsrecht mal etwas genauer auseinanderzusetzen. Ist die Erhebung von Beiträgen durch die Studierendenschaft wichtig für deren Arbeit oder sollten mehr Bundesländer dem bayerischen Vorbild folgen und die Finanzhoheit zum Auslaufmodell erklären? Und wie sieht es überhaupt mit den studentischen Eigenbetrieben wie beispielweise Kulturzentren aus? Geldverschwendung oder sinnvolle Einrichtungen?

Haushaltsrecht und niedrige Wahlbeteiligung – ein Widerspruch?

Von den Gegner*innen der Finanzhoheit wird zumeist die vermeintlich fehlende demokratische Legitimation der Studierendenvertreter*innen als Argument angeführt. Mit 25 bis 30 Prozent ist die Wahlbeteiligung an der Universität Kassel zwar vergleichsweise gut, jedoch immer noch weit von einer befriedigenden Höhe entfernt. Haben die Gegner*innen also Recht? Sollte die Beitragserhebung aufgrund der schlechten Wahlbeteiligungen an den Hochschulen abgeschafft werden?

Eine Person, die von dem demokratischen System überzeugt ist, kann auf diese Frage nur mit „Nein“ antworten. Eine schlechte Wahlbeteiligung kann nicht mit dem Abbau der studentischen Selbstverwaltung beantwortet werden. Ein gewähltes Parlament muss das Recht haben, seine finanziellen Angelegenheiten selbst zu regeln. Ein Parlament ohne Haushaltsrecht wäre in seiner Handlungsfreiheit enorm stark eingeschränkt. Wie soll einem Studierenden in diesem Fall noch glaubwürdig vermittelt werden, wieso sich die Teilnahme an den demokratischen Prozessen lohnt? Nein, die Antwort auf schlechte Wahlbeteiligungen muss vielmehr der Ausbau der demokratischen Mitbestimmungs-

möglichkeiten sein. Auch sind die gewählten Studierendenvertreter*innen in der Pflicht ihre Politik transparent und interessant zu gestalten. Doch auch dann wird es nicht gelingen, jede und jeden an die Wahlurne zu bewegen. Dies ist allerdings auch kein Grund die studentische Selbstverwaltung in Frage zu stellen. Schließlich trifft auch eine Person, die nicht an der Hochschulwahl teilnimmt, eine Entscheidung – die der Wahlenthaltung.

Alles nur Verschwendung! Oder etwa doch nicht?

Wenn die niedrigen Wahlbeteiligungen also nicht als Argument gegen die Finanzhoheit verwendet werden können, so bleibt dennoch die Frage danach, ob angesichts mancher finanzieller Skandale es nicht doch besser wäre, die Verwaltung der Gelder beispielsweise der Universität zu überlassen. Die Wochenzeitung Die Zeit hat im Jahr 2010 eine ganze Reihe von fragwürdigen bis hin zu strafrechtlich relevanten Ausgaben der Allgemeinen Studierendenausschüsse (AStA) veröffentlicht. Zum Beispiel wird dort davon berichtet, dass dem Bonner AStA durch die Ausgabe von Krediten an Studierende insgesamt 260.810 Euro Verlust entstanden sind. In dem Artikel schreibt der Autor von verschwendeten Geldern in Höhe von mehr als 1,2 Millionen Euro. Auch an der Universität Göttingen – also nur wenige Kilometer von Kassel entfernt – wurde jüngst ein echter Skandal aufgedeckt. Im Rahmen der Übertragungen der Fußball WM 2010 sind etwa 18.000 Euro spurlos verschwunden. Die meisten Personen vermuten die Unterschlagung durch eine*n AStA-Mitarbeiter*in.

Muss dieser Verschwendung durch die Aberkennung der Finanzhoheit ein Riegel vorgeschoben werden? Sicher sind Ereignisse wie die soeben geschilderten Vorfälle nicht zu tolerieren. Gleich nach einer Abschaffung der Finanzhoheit zu rufen, ist jedoch alles andere als angemessen. Denn die viel zitierten Skandale täuschen über die Realität an den allermeisten Hochschulen hinweg. Die Studierendenschaften des 21. Jahrhunderts beschäftigen mittlerweile nahezu alle festangestellte Finanzbuchhalter*innen oder haben die Buchhaltung an externe Fachunternehmen übergeben. Vorbei sind die Zeiten, in denen der Begriff „Zahlungsbeleg“ zu den Fremdwörtern in den ASten dieser Republik gehörte. Auch vergisst man bei einer solchen Forderung, dass die Haushaltsführung in Hessen der Rechtsaufsicht durch die Hochschulleitung unterliegt. Folglich können Verluste wie in Bonn nur entstehen, wenn sowohl der AStA als exekutives Organ der Studierendenschaft und die zuständige Rechtsaufsicht versagt. Hinzu kommt, dass in Hessen eine regelmäßige Überprüfung der AStA-Finzen durch den Hessischen Rechnungshof erfolgt. Die meisten – in der Regel unbeabsichtigten – Fehler und Unzulänglichkeiten werden auf diese Weise aufgedeckt und behoben.

Eigenverantwortung wird groß geschrieben!

Die negativen Schlagzeilen, wie sie von Zeit zu Zeit auftauchen, überlagern leider zumeist die Vorteile, welche die Finanzhoheit der Studierendenschaft mit sich bringt. Dabei sind die positiven Seiten zahlenmäßig weit überlegen. In Zeiten von zunehmend verschulten und überwiegend theoriebasierten Studiengängen, kommt die Eigenverantwortung im Studium meist deutlich zu kurz. Ein Weg dennoch den Umgang mit Verantwortung zu

erlernen ist die Hochschulpolitik. Diese Verantwortung resultiert vor allem aus der Finanzhoheit. Würde sie abgeschafft werden, käme das einer Bevormundung der Studierenden gleich. Studierende sind erwachsene Personen, die in der Lage sind, Verantwortung zu tragen. Wird mit dieser Verantwortung fahrlässig oder sogar vorsätzlich schlecht umgegangen, so resultiert dieses Verhalten nicht aus der Finanzhoheit an sich, sondern aus der Ungeeignetheit der betreffenden Person. Die Abschaffung des Haushaltsrechts würde jedoch die Gesamtheit für das Fehlverhalten einiger weniger bestrafen. Haushaltsrecht als Voraussetzung für politische Unabhängigkeit

Wie soll eine Studierendenschaft ohne das Recht eigene Beiträge erheben zu dürfen, unabhängig agieren können? Es scheint schwer vorstellbar, dass die Hochschulleitung die Materialien für eine Demonstration genehmigt, die sich gegen die eigene Amtsführung richtet. Eine Studierendenschaft, die sich in einer finanziellen Abhängigkeit zur Hochschule befindet, wird niemals die Interessen der eigenen Mitglieder im ausreichenden Maße vertreten können! Ferner bindet die Genehmigung und Bereitstellung jedes einzelnen Geldbetrags durch die Hochschule personelle Kapazitäten, die an anderer Stelle wesentlich sinnvoller eingesetzt werden.

Beratungsangebote finanziert durch die Studierendenschaft

Darüber hinaus wird das Geld der Studierenden auch an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt. Neben der politischen Vertretung, haben viele Studierendenschaften ein umfangreiches Beratungsangebot aufgebaut. In Kassel reicht das Angebot von einer BAföG- und Sozialberatung, über eine Rechtsberatung und eine Verbraucher*innenschutzberatung bis hin zur Beratung durch die Autonomen Referate. In den Autonomen Referaten wird allen Studierenden geholfen, die aufgrund einer individuellen Eigenschaft gesellschaftlich benachteiligt werden. Auch die politische Vertretung dieser Gruppen wird durch die Autonomen Referate gewährleistet. So werden aus dem Haushalt der Studierendenschaft momentan zum Beispiel ein Elternreferat, ein Referat für Frauen und Geschlechterpolitik, ein Schwulenreferat und ein Referat für Menschen mit Behinderung und chronischen Krankheiten (und einige mehr) finanziert. Der Unterschied zu den Beratungen, die durch die Universität oder das Studentenwerk angeboten werden, ist erneut die Unabhängigkeit von den genannten Institutionen. Eine vom Studentenwerk angebotene Rechtsberatung kann nicht völlig frei Auskünfte zu einem Einspruch gegen einen BAföG-Bescheid erteilen. Schließlich erstellt das Studentenwerk diese Bescheide. Ein Interessenskonflikt, der sich nur durch das Angebot der Studierendenschaft beheben lässt.

Studentische Eigenbetriebe: Fluch oder Segen?

Zusätzlich zu den Beratungsangeboten betreiben die meisten Studierendenschaften auch so genannte studentische Eigenbetriebe. In Kassel sind das momentan das Café DesAStA, die Fahrradwerkstatt und das studentische Kulturzentrum K19. Ohne Finanzhoheit für die Studierendenschaft wäre das nicht möglich. Doch diese Einrichtungen sind nicht unumstritten. Insbesondere die Abschaffung des Café DesAStA wurde in der Vergangenheit wiederholt immer wieder gefordert. Grund dafür waren die Verluste, die

das Café, welches als studentischer Treffpunkt fungiert, Jahr für Jahr eingefahren hat. Die entsprechenden Mehrheiten im Studierendenparlament lehnten eine Abschaffung jedoch ab. Heute zahlt das Café Auslagen für Personalvergütungen an den allgemeinen Haushalt der Studierendenschaft zurück.

Schon allein deshalb zeigt sich, dass studentische Einrichtungen nicht zwangsläufig zum Fass ohne Boden werden müssen. Ganz im Gegenteil! Doch auch ein moderater Zuschuss an die Einrichtungen ist gerechtfertigt. Schließlich lässt sich der Nutzen für die Studierenden aus den Eigenbetrieben nicht nur anhand von monetären Werten messen. Darüber hinaus kann ein Studium nicht nur aus Lernen bestehen. Die Inanspruchnahme von Kultur – vor allem studentischer Kultur – darf nicht zu kurz kommen! Nicht ohne Grund gehört die Bereitstellung von kulturellen Angeboten zu den gesetzlichen Aufgaben einer Studierendenschaft. Dafür, dass diese Aufgaben auch erfüllt werden können, sorgen die studentischen Eigenbetriebe, wie sie auch in Kassel existieren.

Finanzhoheit ist und bleibt notwendig!

Die vorliegenden Argumente belegen anschaulich, dass die studentische Selbstverwaltung mit eigenständigem Haushaltsrecht auch in Zukunft unerlässlich ist. Keines der Gegenargumente kann wirklich stichhaltige und widerspruchsfreie Gründe für eine Abschaffung liefern. Bleibt also zu hoffen, dass in Hessen die Finanzhoheit nicht angetastet wird und Bayern bald dem Beispiel Baden-Württembergs folgt und die Erhebung von Beiträgen für die Studierendenschaften wieder ermöglicht!

Sebastian Geiger

Sozialpolitik an der Universität Kassel

Die Soziale Dimension des Studiums - mehr als eine Frage von Wohnen und Essen.

Welche Rolle soll die „Soziale Dimension“ in der deutschen und auch europäischen Hochschulbildung spielen? Durch die Umstellung der Studienstrukturen in Bachelor- und Mastersysteme wurde der Sozialen Dimension des Studiums eine völlig neue Gewichtung zuteil.

Es beherrschen unterschiedliche Definitionen in Bezug auf die Ausgestaltung des Begriffs die politische Diskussion. Dank dieser wird in Deutschland auch heute schon, neben den Faktoren Wohnen und Essen, vordergründig auch u.a. der Fokus auf die gleichberechtigte Partizipation und Gleichbehandlung gelegt. Welche Auswirkungen hat die Soziale Dimension für die Studierendenvertretung und ihre Aufgaben in Kassel?

An der Universität Kassel, welche in den 70er Jahren – „zu Zeiten des Bildungsaufbruchs“ – entstanden ist, ist im Gegensatz zu anderen eher traditionell geprägten Hochschulen der Anteil der Studierenden aus Nichtakademikerfamilien sehr hoch. Diese Tatsache wird unter anderem auch durch den hohen Anteil an Studierenden der Geistes- und Kulturwissenschaften erklärt. Diese Fächer bieten, im Gesamtvergleich auf alle Studienschwerpunkte bezogen, die größten Einstiegschancen für Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien. Eine der grundlegenden Fragen, welche insbesondere bei Hochschulberechtigten aus diesem Bereich der Gesellschaft eine große Rolle spielt, ist die Finanzierung des Studiums.

Hierauf hat der Allgemeine Studierendenausschuss bereits vor etlichen Jahren reagiert und eine vom Studentenwerk unabhängige Bafög- und Sozialberatung eingerichtet. Diese berät interessenunabhängig Studierende in allen Fragen der Studienfinanzierung, vor Beginn, aber auch während des Studiums. Die Funktion einer unabhängigen Bafög-Beratung geht über den Bereich der reinen Beratertätigkeit hinaus: ebenfalls muss immer wieder mit dem Studentenwerk und anderen Partnern in der Studienfinanzierung über möglichst niederschwellige Zugänge zu Mitteln der Studienfinanzierung verhandelt werden. Ein Beispiel hierfür ist der sogenannte Notfallfond, welcher nach dem Solidarprinzip Studierenden, welche keinerlei finanzielle Ressourcen haben, Geld für deren nächste Rückmeldung zur Verfügung stellt. Aber auch die Finanzierung des Studienabschlusses durch ein Darlehen wird an der Universität Kassel, durch eine Kooperation zwischen dem Studentenwerk und AStA, ermöglicht. Neben den Kooperationen mit dem Studentenwerk gibt es auch immer wieder Verhandlungen mit privaten Sponsoren, welche z.B. Einkaufsgutscheine für bedürftige Studierende zur Verfügung stellen. So können durch gezielte Kooperationen in bestimmten Teilbereichen der Studienfinanzierung, mit gezielten Verhandlungsstrategien und guter Öffentlichkeitsarbeit, für wirtschaftlich schwächer gestellte Studierende unterschiedliche Unterstützungskonzepte erarbeitet werden.

Neben der direkten Finanzierung des Studiums spielen jedoch auch anderen Faktoren der Sozialen Dimension in der aktuellen Arbeit am Campus immer wieder eine Rolle: dies ist z.B. die gleichberechtigte Teilhabe aller Studierenden am universitären Alltag. Um

diese zu ermöglichen, ist es notwendig z.B. mit der Universitätsleitung in Verhandlungen zu treten. Auf diese Weise lässt es sich ermöglichen eine Stelle eines „Behindertenbeauftragten“ genehmigen zu lassen. Nur die gleichen Rechte auf Teilhabe an der Hochschule können zu fairen Studienbedingungen führen. Doch insbesondere in Zeiten eng kalkulierter Hochschulfinanzierung sind so genannte „Freiwillige Leistungen“ vergleichsweise selten geworden.

Ebenfalls gehören zu den politischen Akteuren der Hochschule die Autonomen Referate, die eine demokratisch legitimierte Minderheitenvertretung darstellen. Nur durch die Kooperation zwischen diesen und dem AstA ist es möglich, die Interessen von bestimmten Studierendengruppen zu erörtern und effektiv umzusetzen.

Ein weiterer Bereich der sozialen Dimension an Hochschulen ist Gleichberechtigung aller Geschlechter. Betrachtet man an der Universität Kassel die Besetzung der Professorenstellen, so wird schnell deutlich, dass Frauen in Forschung und Wissenschaft meistens immer noch stark untergeordnete Positionen einnehmen. Gerade die Universität Kassel, mit ihrem reformerischen Ursprung, ließe anderes erwarten. Zwar hat das Präsidium „Frauenförderung“ als Teil des Entwicklungsplanes 2014 berücksichtigt, die aktive Frauenförderung unter bestimmten Studierendengruppen wurde hierbei jedoch nicht beachtet. So bleiben insbesondere Mütter – in einer als familienfreundlich zertifizierten Hochschule – außen vor.

Der Anteil an Studierenden mit Kind(ern) hat in den letzten Jahren stetig abgenommen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, soll Eltern der Zugang zur Hochschule erleichtert werden. Auch wenn die Hochschulleitung einen eigenen Raum für diese Studierendengruppe zunächst nicht für notwendig hielt, konnte dieser letztlich durch einen Verhandlungsprozess eingerichtet werden. Hierbei mussten sowohl das Präsidium, als auch die Studierendenschaft Zugeständnisse machen.

In der Diskussion über die Notwendigkeit und den Nutzen von Frauen- und Familienförderung an der Hochschule, überwogen letztendlich die Argumente für eine „wirkliche“ Förderung von Frauen und Familien.

Dieser und weitere oben genannte Aspekte lassen sich unter dem Begriff der „Sozialen Öffnung der Hochschulen“ zusammenfassen. Dies bedeutet, dass die einzelnen Hochschulen versuchen sollen, die Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt bestmöglich darzustellen.

Ein weiterer Gesichtspunkt der Sozialen Dimension im Bologna-Prozess ist damit verbunden die Mobilität der Studierenden zu ermöglichen und diese auszubauen. Vorrangig ausländische Studierende haben immer noch erhebliche Probleme ein Studium an einer deutschen Hochschule zu beginnen, fortzusetzen oder zu beenden. Eines der Hauptprobleme hierbei ist die Finanzierung. Dies ist aufgrund der unterschiedlichen Studienfinanzierungsmodelle in den einzelnen Ländern eine oft komplexe Materie, welche durch viele unterschiedliche Hürden eine nationenübergreifende Flexibilisierung von Studierenden verhindert. Dieser Problematik steht neben dem AstA auch die Universität gegenüber und so gibt es sowohl von Seiten der Studierendenschaft, als auch von der Seite der Hochschule vielfältig Beratungsangebote. Diese versuchen die bestmöglichen Fördermöglichkeiten für den einzelnen Studierenden auszuloten.

Auf der Ebenen der Studierendenschaft greifen hierbei die Bafög- und Sozialberatung,

das Sozialreferat und die ausländische Studierendenvertretung ineinander über. Dies ermöglicht, dass die oft komplexen Sachverhalte und Bestimmungen schneller und effektiver geklärt werden können. Durch weitere Kooperationen, wie z.B. mit den Verantwortlichen der Orientierungswoche für Internationale Studierende oder dem Internationalen Studierendenstammtisch, werden diese Angebote in ihrem Bekanntheitsgrad gesteigert und es findet eine Vernetzung zwischen deutschen und internationalen Studierenden statt.

Besonders Studierende aus nicht EU Ländern finden sich beim Studium an deutschen Hochschulen häufig nur mühselig zurecht. Auch diese Studierenden werden oft durch bürokratische Prozessen (Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsgenehmigung usw.) oder Sprachbarrieren behindert und ihr Studium dadurch verzögert. Auch hier kann nur gemeinschaftlich mit anderen Stakeholdern eine Verbesserung z.B. durch die Zusammenarbeit mit Ausländerbehörden vor Ort erreicht werden.

Aber nicht nur auf der lokalen Ebene findet eine Vernetzung mit anderen Hochschulen statt. Auch auf Landes- und Bundesebene wird nur durch aktive Zusammenarbeit versucht, Hürden für ausländische Studierende zu reduzieren. Dies geschieht beispielsweise durch den „Bundesverband Ausländischer Studierender“.

Aber auch die Flexibilität für deutsche Studierende ist sowohl innerhalb, als auch außerhalb Europas entgegen den Forderungen des Bolognaprozesses nur in einem unzureichendem Maß gegeben. In Deutschland lebende Studierende sind nur durch ein noch unzureichendes Studienfinanzierungsmodell abgesichert. So fallen in der Regel insbesondere neben Fragen der Finanzierung, auch Fragen der Versicherung im Ausland an. Auch die Anerkennung von Studienleistungen stellt innerhalb Europas immer noch ein großes Problem dar, welches sich nur langsam lösen lässt.

Ein weiteres wichtiges Thema, das in den sozialpolitischen Kontext des AStAs fällt, ist die Aufklärung der wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren über deren Rechte und Pflichten welche sich aus deren Tätigkeiten ergeben.

Auch in diesen Bereich fallen die Verhandlungen über Löhne von Studierenden, die bei der Universität oder bei Studentenwerk angestellt sind. Auch die Wohnheimkapazitäten, welche von den Studentenwerken angeboten werden, entsprechen schon lange nicht mehr den gestiegenen Studierendenzahlen. Auch wenn dies in der Regel auf die schlechte Finanzierung durch die Länder und den Bund zurückzuführen ist, kann nur mit einer Allianz aus Studierendenvertretung und Studentenwerk öffentlicher Druck auf die zuständigen Ministerien ausgeübt werden. Zwar liegt die preisliche Ausgestaltung für die private Anmietung von Wohnflächen in Kassen weit unter dem von Großstädten wie Frankfurt oder München, die Notwendigkeit neuer Wohnheimkapazitäten besteht aber dennoch – schon allein aufgrund des steigenden Austauschs internationaler Studierender.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass Sozialpolitik für die Studierendenschaft an der Universität Kassel immer auf mindestens zwei Ebenen stattfinden muss: sowohl vor Ort, als auch auf Landes- und Bundesebene. Im Vordergrund steht jedoch die Zusam-

menarbeit dem Studentenwerk, der Universität oder auch Privatpersonen, Firmen oder öffentlichen Institutionen auf lokaler Ebene.

Auf Bundes- und Landesebene sollte jedoch ebenfalls ein aktiver Austausch mit anderen Studierendenschaften getätigt werden, denn auch wenn viele Fragen und Probleme bereits in lokalen Kooperationen gelöst werden können, so lassen sich strukturelle Hürden (wie bspw. die Gesetzesschreibung für ausländische Studierende oder die Ausgestaltung der unterschiedlichen Stufenfinanzierungsmodelle) oft nur durch gut geführte politische Diskurse auf Bundes- und Landesebene lösen. Auch wenn diese Prozesse oft schwerfälliger als die lokale Arbeit vor Ort erscheinen, so sollte man sich doch bewusst machen, dass sich nicht alle Probleme auf lokaler Ebene dauerhaft lösen lassen und darum die Arbeit in Dachverbänden unabdingbar ist.

Sebastian Zimmermann

Warum brauchen Studierendenvertretungen einen bundesweiten Dachverband?

„Am 14. Dezember 2001 beschloss das Studierendenparlament (Stupa) der Universität Kassel den Beitritt in den Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs).“

Der fzs ist der Dachverband der verfassten Studierendenschaften und ähnlichen Studierendenvertretungen in Deutschland. Ähnliche Studierendenvertretungen sind z.B. die nicht verfassten Studierendenschaften in Baden-Württemberg und Bayern. In den beiden Bundesländern sind keine verfassten Studierendenvertretungen im Landeshochschulgesetz verankert. Der fzs wurde im November 1993 zunächst als politischer Strömungsverband gegründet. Seit einer Verbandsreform 2001, vertritt der fzs jedoch den Anspruch und das Ziel, eine überparteiliche Interessenvertretung aller Studierenden zu sein. Auf Bundesebene vertritt der Dachverband die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Studierenden gegenüber Hochschulen, Politik und der Öffentlichkeit.

Jedes Semester findet eine Mitgliederversammlung (MV) statt, auf der jede Mitgliedshochschule stimmberechtigt ist. Bis 2001 stand jeder Hochschule eine Stimme zu. Dieses Prinzip führte jedoch zu Protesten der größeren Hochschulen, sodass 2001 eine moderierte Stimmenstaffelung eingeführt worden ist.

Um Mitgliedshochschule des fzs zu sein, ist jährlich ein Mitgliedsbeitrag zu entrichten, der sich nach der Anzahl der Studierenden der Hochschule richtet. Eine Hochschule mit mehr als 10.000 StudentInnen zahlt 80 Cent pro Studierenden. Unter 10.000 zahlt die Studierendenschaft einen Euro multipliziert mit der Anzahl der eingeschriebenen Studierenden minus 2.000 Euro und Hochschulen mit weniger als 2.000 Studierenden zahlen symbolisch einen Euro im Jahr. Die Studierendenschaft der Universität Kassel, der derzeit ca. 21.400 StudentInnen angehören, zahlt so 16.400 Euro im Jahr. (Vgl. 3. Nachtragshaushalt 2011 des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Kassel).

Zwischen den Mitgliederversammlungen ist der Ausschuss der StudentInnenschaften (AS) das beschlussfassende Organ des fzs. Der Ausschuss setzt sich aus zehn Mitgliedshochschulen zusammen, die jährlich auf der Mitgliederversammlung gewählt werden. Die inhaltlichen Ausschüsse (Finanzen, Frauen- und Genderpolitik, Hochschulfinanzierung/-struktur, Internationales, Sozialpolitik, Studienreform, Verfasste Studierendenschaft/ Politisches Mandat) bestehen ebenfalls aus zehn, jährlich auf der MV gewählten, Mitgliedern. Auf Grundlage des aktuellen Arbeitsprogramms, das auf der MV abgestimmt wird, erarbeiten die Ausschüsse aus unterschiedlichen Politikbereichen des Verbandes Positionen, Stellungnahmen und Strategien. An den Arbeitskreisen (z.B. Antifaschismus/ Antirassismus) können alle am Thema Interessierten teilnehmen. Ein Arbeitskreis kann mit einer Ein-Drittel-Mehrheit auf der MV eingerichtet werden. Der Vorstand, der ebenso wie die Ausschüsse gewählt wird, setzt die Beschlüsse der MV um und übernimmt die Vertretung des Verbandes nach außen. Der Vorstand kann, je nach Beschluss der MV, zwischen vier und sechs Mitglieder umfassen. Der Kassenprüfungsausschuss (KPA) prüft

die Buchführung und Finanzverwaltung des Vereins, auf dessen Grundlage dieser der Mitgliederversammlung die finanzielle Entlastung bzw. Nichtentlastung des alten Vorstandes vorschlägt. Auch der KPA wird mindestens einmal jährlich auf der MV gewählt und besteht aus drei bis sechs Mitgliedern.

In seinen Ausschüssen, Arbeitskreisen und den Mitgliederversammlungen setzt sich der Verband inhaltlich hauptsächlich mit Hochschul- und Bildungspolitik auseinander. Besonders im Bereich der Bildungsbenachteiligung und im Kampf gegen Studiengebühren werden bundesweite Kampagnen organisiert und die Studierendenvertretungen vor Ort unterstützt. In diesem Zusammenhang wurde das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) ins Leben gerufen, das auf einem breiten gesellschaftlichen Bündnis basiert und dem fzs organisatorisch angegliedert ist. In Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Politik und Meinungsfreiheit (PM- Bündnis) kämpft der fzs für eine gesetzliche Absicherung der Meinungsfreiheit für Studierendenschaften durch ein politisches Mandat und für die Einführung verfasster Studierendenschaften in ganz Deutschland. Des Weiteren setzt sich der Verband mit den Themen Sozialpolitik, Antifaschismus, Antirassismus, studentischen Verbindungen, sowie Frauen- und Geschlechterpolitik auseinander. Zu den Themen werden in den verschiedenen Ausschüssen oder Arbeitskreisen Positionspapiere erarbeitet, die auf den Mitgliederversammlungen abgestimmt werden und den Mitgliedshochschulen dann als Argumentationshilfe zur Verfügung gestellt werden.

Die wesentliche Aufgabe des freien Zusammenschlusses der StudentInnenschaften ist die Vertretung der Interessen der Studierenden, deshalb arbeitet der fzs auf nationaler Ebene mit dem Deutschen Studentenwerk (DSW) zusammen und kann sich im DSW-Kuratorium, in dem ein fzs-Vorstandsmitglied sitzt, Gehör verschaffen.. Der fzs ist Mitglied der Bologna- Arbeitsgruppe von Bund und Ländern, um bundesweit die Umsetzung des Bologna-Prozesses zu begleiten. Außerdem arbeitet der fzs eng mit anderen Lobbygruppen u.a. Gewerkschaften und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zusammen.

Seit der Bologna-Reform ist eine Arbeit über die nationalen Grenzen hinaus notwendig geworden. Deshalb ist nicht nur eine Vernetzung der Studierendenschaften innerhalb Deutschlands wichtig, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene. Aus diesem Grund ist der fzs als studentischer Dachverband Mitglied der European Students Union (ESU) und der International Union of Students (IUS).

Die ESU ist der Dachverband der europäischen Studierendenschaften. Als Interessensvertretung, Informations- und Vernetzungsplattform setzt sich die ESU für die Wahrung der bildungspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, besonders gegenüber der Europäischen Union, dem Europarat und der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur), ein. Zurzeit repräsentiert der europäische Dachverband über elf Millionen StudentInnen aus 38 Ländern von 45 Verbänden (Stand: September 2011).

Die International Union of Students ist ein weltweiter Zusammenschluss von nationalen Studierendenvertretungen. Als größte studentische Interessenvertretung weltweit, sind StudentInnenschaften aus fast allen Ländern der Erde Mitglied. Die IUS setzt sich, wie die ESU im europäischen Raum, für die Wahrung der bildungspolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen weltweit ein und kämpft für Demokratie, Freiheit, Frieden und Entwicklung in der Welt. Bei der UNESCO hat die International Union of Students einen beratenden Status.

Im Zusammenhang mit dem fzs werden immer wieder Gegenstimmen laut, die die Arbeit und den Verband an sich kritisieren. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und der Bundverband Liberaler Hochschulen (LHG) werfen dem fzs eine links-ideologische Grundausrichtung vor, wodurch sie sich nicht repräsentiert fühlen. Dies führt dazu, dass Studierendenschaften mit RCDS und LHG Mehrheiten meist nicht im fzs vertreten sind. Auch wird dem bundesweiten Studierendenverband zu viel Parteipolitik nachgesagt und das eingeforderte und in Anspruch genommene allgemeinpolitisches Mandat hält einige Studierendenschaften von einer Zusammenarbeit ab. Eine immer wiederkehrende Diskussion ist die Verteilung des Stimmengewichtes der Hochschulen. Einerseits heißt es, die kleineren Hochschulen haben ein zu hohes Stimmengewicht, andererseits heißt es, mit einer basisdemokratischen Argumentationsweise, dass das Stimmengewicht der kleineren Hochschulen zu niedrig sei. Von den größeren Mitgliedshochschulen (ab 10.000 Studierenden) werden oft die hohen Kosten für eine Mitgliedschaft kritisiert und dass die Vorteile einer Mitgliedschaft nicht immer klar erkennbar sind.

Aber warum ist ein bundesweiter Dachverband, wie es seit 1993 der freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften ist, für die Studierendenschaften der einzelnen Hochschulen unbedingt notwendig? Warum sollte jede Hochschule in Deutschland Mitglied eines solchen Verbandes werden und was würde es bedeuten, wenn es keinen Dachverband mehr gäbe?

Der fzs als bundesweiter Dachverband bietet eine Lobby für die Studierenden, die es ermöglicht, auf Hochschulen, die Hochschulrektorenkonferenz und den Bund Druck auszuüben oder Entscheidungen zu beeinflussen. Durch einen bundesweiten Studierendenverband wird die Möglichkeit zur Vernetzung der einzelnen Studierendenschaften untereinander gegeben, sowie der Synergieeffekt unterstützt. Es findet ein Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen den Studierendenvertretungen statt. Es können den StudentInnenschaften Informationen zur Hand gegeben werden, die sie an ihrer eigenen Hochschule unterstützen, beispielsweise als Argumentationshilfe. Um sich Gehör zu verschaffen, können bundesweite Kampagnen ins Leben gerufen werden, die von der Politik, den Hochschulen und der Öffentlichkeit eher wahrgenommen werden, als regionale Kampagnen. Ein Dachverband kann zahlreiche Weiterbildungsangebote schaffen und verfügt über einen hohen Kompetenzpool, der von jedem genutzt werden kann. Er übernimmt die internationale Vertretung der Studierenden in Deutschland und ermöglicht ihnen das Kennenlernen der (inter)nationalen Kulturlandschaften. Darüber hinaus nimmt ein bundesweiter Dachverband die demokratische Partizipation wahr und schafft Rahmenbedingungen für die Hochschulen. Das alles können die einzelnen

Studierendenvertretungen an den Hochschulen nicht leisten. Auch die Landes-ASten-Konferenzen (LAK), bei denen sich die Studierendenvertreter auf Landesebene treffen, können das nicht bewerkstelligen. Deshalb ist ein bundesweiter Dachverband der Studierendenschaften unbedingt notwendig, damit die Studierenden auch auf Bundesebene angemessen ihre Interessen vertreten können.

Jede Studierendenvertretung, sollte Mitglied in einem bundesweiten Dachverband sein. Denn je mehr Studierendenvertretungen Mitglied sind, desto höher ist die Zahl derer, die der Dachverband repräsentiert. Das bedeutet, umso größer ist auch die Wahrnehmung von Politik, Hochschulen, Öffentlichkeit etc. eines solchen Verbandes.

In Deutschland gibt es zurzeit ca. zwei Millionen Studierende an 415 Hochschulen (Statistisches Bundesamt Deutschland, Wintersemester 2010/2011). Im fzs sind zurzeit nur über 70 Hochschulen (Studierendenvertretungen) Mitglied. Das heißt, dass weniger als die Hälfte der Studierenden durch den fzs repräsentiert werden.

Abschließend ist aufzuführen, dass ohne einen bundesweiten studentischen Dachverband die Studierenden keine bundesweite und internationale Vertretung ihrer Interessen hätten und ca. zwei Millionen Menschen ungehört blieben. Umso wichtiger ist es, dass die Studierenden sich für einen bundesweiten Dachverband stark machen, um Hochschulbildung und -forschung in der Bundesrepublik mitzugestalten und sich nicht fremdbestimmen zu lassen.

Jana Preuß

Öffentlichkeitsarbeit und politische Kommunikation für Studierendenvertretungen

AStA – Der? Die? Das? Fragt man auf dem Campus mal herum, wissen die Wenigsten etwas mit der Abkürzung anzufangen. Dabei ist eine verfasste Studierendenschaft als politische Vertretung der StudentInnen sehr wichtig und hat direkten Einfluss auf den universitären Alltag. Doch wird der AStA als Verhandlungspartner von Universität, Stadt und Verkehrsbetrieben (etc.) nur dann ernst genommen, wenn er in der Lage ist, schnell und effektiv Öffentlichkeit für sich, seine Anliegen und Ziele zu schaffen. Das heißt: Es muss gelingen, die Studierendenschaft zu mobilisieren, ebenso wie die lokalen PressevertreterInnen. Nachdem z.B. über den Recyclingtag des AStA im Sommer 2010 beinahe eine halbseitige Berichterstattung in der HNA zu lesen war, war es ein Leichtes die Bibliothek zur Umstellung ihrer Kopierer auf Recyclingpapier zu bewegen.

Nur wenig scheuen Institutionen, Firmen (etc.) heute so, wie negative Presse. Umgekehrt wird in Verhandlungen schneller eingelenkt, wenn dadurch mit positiver Berichterstattung zu rechnen ist. Der Effekt auf die öffentliche Meinung spielt bei nahezu jeder (nicht nur politischen) Entscheidung die getroffen wird, eine große Rolle. Das Öffentlichkeitsreferat hat die Aufgabe, Verhandlungspositionen des AStAs zu stärken, und am Ende die Ergebnisse der Studierendenschaft und den MedienvertreterInnen zugänglich zu machen.

„Was möchte ich wem, wie mitteilen?“

So lautet die zentrale Fragestellung, die Grundlage jeder öffentlichkeitsbezogenen Arbeit sein sollte. Zunächst muss sehr gut durchdacht werden, was mitgeteilt werden soll. Diese Abwägung sollte in enger Zusammenarbeit mit den anderen ReferentInnen vorgenommen werden. Keinesfalls darf man das (zu weckende) Interesse der Zielgruppen durch eine Informationsflut in Gleichgültigkeit verwandeln. Wichtige Informationen müssen die Adressaten wohldosiert und in angemessenen Abständen erreichen. Mehr als zwei Pressemitteilungen pro Woche haben sich beispielsweise als nicht sinnvoll erwiesen. Es sollte generell weniger die Masse, als mehr die Qualität der Informationen zählen. Qualität bedeutet in diesem Fall: Weckt die Information Interesse beim Adressaten? Halte ich sie generell für zielgruppenrelevant? Zielgruppen des Öffentlichkeitsreferats sind lokale MedienvertreterInnen und die Studierendenschaft selbst. Zwei Adressaten mit sehr unterschiedlichen (Informations-) Bedürfnissen.

MedienvertreterInnen anzusprechen erfordert „klassische Pressearbeit“. Bewährter Informationsträger ist dabei die Pressemitteilung. Die höchste Chance auf Veröffentlichung haben Mitteilungen, die der Redakteur mit geringem Arbeitsaufwand verwenden kann. Kurz und prägnant sollte geschildert werden, worum es geht. Nach Möglichkeit gespickt mit mehreren Zitaten der betreffenden AStA-Vertreter und gegebenenfalls noch Zitaten von Studierenden selbst. Verwertbare Portraitbilder der genannten Personen erhöhen noch mal die Wahrscheinlichkeit einer Berichterstattung.

Wichtig ist weiterhin der gute, persönliche Kontakt zu MedienvertreterInnen. Sollte dieser nicht bereits vor Amtsantritt vorhanden sein, ist es eine weitere Aufgabe des Öffentlichkeitsreferenten diesen herzustellen. Allgemein bietet es sich an, vor dem Amtsantritt vor Ort zumindest ein Praktikum im journalistischen Bereich absolviert zu haben. So knüpft man Kontakte und erfährt, welche Mitteilungen bei den Redakteuren Interesse wecken und wie diese strukturiert sind.

Eine weitere Möglichkeit seine Themen populär in den (lokalen) Medien zu platzieren, bieten spezielle Aktionen. 2010 war der AStA deshalb gleich mehrmals in der Presse vertreten. Nachdem mehrere Referenten das Hilfesuch einer Studierenden erreichte, entschlossen sie sich, in Kooperation mit der Deutschen Knochenmarkspenderdatei (DKMS), eine Knochenmarkspendererfassung zu organisieren. Diese Aktion war, nicht nur vom Standpunkt des Öffentlichkeitsreferats aus betrachtet, sehr erfolgreich. Zwar wurde keine direkte Information des AStA verbreitet, jedoch steigerte sich durch die Medienpräsenz die Popularität des AStAs innerhalb der Studierendenschaft.

Dass Planungsaufwand nichts mit Effizienz zu tun haben muss, zeigte die „Henschelaktion“. Vier Studierende, darunter der damalige AStA-Vorsitzende Oliver Schmolinski, „feierten“ gut gekleidet und mit Champagner anstoßend vor dem Gießhaus das 200. Jubiläum der Firma Henschel. Im Hintergrund ein großer Plakataufsteller, auf dem detailliert aufgezeigt wurde, wie viel Geld Henschel durch Hitlers Rüstungsaufträge verdiente, und wie viele Zwangsarbeiter dafür ausgebeutet wurden. Im Gießhaus beging man den Tag hingegen sehr euphorisch und – nach Meinung der Studierendenvertretung – zu einseitig. Ziel der Aktion war es, die wechselvolle Geschichte der Firma in den Fokus zu rücken und die Aufarbeitung der Zeit 1933 bis 1945 anzumahnen. Die Studierenden erweckten das Interesse der Medienvertreter vor Ort, und so fand die Kritik des AStAs ihren prominenten Weg in die Berichterstattung.

Die zweite Zielgruppe des Öffentlichkeitsreferats ist die Studierendenschaft selbst. Traditionellerweise macht Politikverdrossenheit vor dem Campus nicht halt und Hochschulpolitik bildet da (erst recht) keine Ausnahme. Doch weshalb weiß kaum ein Studierender um die demokratischen Hochschulstrukturen? Warum kennt kaum jemand den AStA?

Die Studierendenschaft und ihre Vertreter

HochschulpolitikerInnen und „normale Studierende“ – zwei Gruppen, die sich häufig missverstehen, belächeln und dabei doch sehr voneinander abhängen.

Die hochschulpolitisch engagierten Studierenden bewegen sich häufig in einem Mikrokosmos, der es ihnen schwer macht, politisch desinteressierte KommilitonInnen „anzusprechen“. Zum einen liegt das vielleicht daran, dass man selbst nach mehrjährigen Engagement die vielzitierten „demokratischen Strukturen“ der Universitäten nur annähernd durchschaut – sie also sehr kompliziert sind. Zum anderen sind Studierende, die sich aus Eigenantrieb engagieren meist „von Haus aus“ ziemliche Idealisten, die häufig wenig Verständnis für nicht-engagierte KommilitonInnen aufbringen können. Bestes Beispiel dafür: der verbitterte, gegen Lehramtsstudierende wetternde Artikel, der 2009 in der AStA-Zeitung medium² erschien. Nachdem dem damaligen Juso-Grünen AStA

die Mobilisierung der Studierenden zu einem Bildungsstreik trotz großen Einsatz' nicht (oder nur sehr schlecht) gelungen ist, machte sich ein Referent in dem Artikel Luft, und suchte die Schuld bei den Studierenden selbst. Er sparte dabei nicht mit Klischees und pauschalierenden Vorwürfen. Die Frustration des engagierten Referenten ist zwar nachvollziehbar – seine Reaktion jedoch untragbar für einen AStA, ist das Problem doch hausgemacht. Besser wäre gewesen, gemeinsam zu analysieren, warum die Mobilisierung der Studierenden so fehlschlug.

2010 nahmen am Bundesweiten Bildungsstreik in Kassel 2.500 Menschen teil – die Demonstration fand überregional Beachtung in den Medien. Doch dieser Erfolg ist kein Erfolg des AStAs. Lediglich ca. 300 Studierende nahmen an dem Protest teil.

Angesichts der Protests flops 2009 und 2010 liegt der Schluss nahe, dass es sich beim modernen Durchschnittsstudierenden weder um ein revolutionäres Relikt aus den 70er-Jahren, noch um den neumodischen Wutbürger handelt. Die verfasste Studierendenschaft täte vermutlich gut daran, dies zu akzeptieren, bzw. Proteste nur dann aktiv zu forcieren, wenn diese aus der Studierendenschaft selbst erwachsen oder aber extrem gravierende Probleme bestehen, die verständlich und konkret auf den Punkt zu bringen sind und deren Auswirkungen gut für jedermann nachzuvollziehen sind. Beispiel hierfür: die Einführung der Studiengebühren 2007.

Den fruchtbarsten Nährboden für Bildungsproteste bieten die Fachschaften. Diese wissen am besten, wo konkret Verbesserungsbedarf besteht und sie haben den direkten Draht zu ihren KommilitonInnen. Darum ist, sowohl für das Vernetzungsreferat im AStA, als auch für das Öffentlichkeitsreferat ein guter Kontakt zu den Fachschaftsräten elementar. Neben der Möglichkeit, die Studierenden über die Fachschaften zu erreichen, erfährt der AStA so auch, wo Probleme bestehen und wo Handlungsbedarf herrscht.

Ein Verzicht auf die Teilnahme und Durchführung am so genannten „Bundesweiten Bildungsstreik/protest“ bedeutet keineswegs, dass ein AStA bestehende Probleme ignoriert. Es heißt lediglich, dass andere Wege beschritten werden, um Studierendenschaft und Öffentlichkeit zu mobilisieren, so den Druck auf die entscheidenden Akteure zu erhöhen und dadurch die Verhältnisse zu Gunsten der Studierenden zu reformieren.

Wie kann man aber wirkungsvoll mit den KommilitonInnen in Kontakt treten?

Wer die Studierenden ansprechen möchte, muss sie bei ihren Bedürfnissen packen. Service und Kultur, das sind die populären Themen, die sich auf die Fahnen schreiben muss, wer sich auf dem Campus Gehör verschaffen will. Oder konkreter: Beratung und Partys! Listen, die mit diesen Themen werben, brauchen sich in der Regel um ihr Wahlergebnis wenig Sorgen machen. Sorgen sollten sich hingegen die Studierenden, wenn irgendwann tatsächlich der AStA als hochschulpolitische Vertretung ausgedient hat. Denn ein Service-AStA wird sich in keiner QSL-Kommission, keinem Verwaltungsrat, Senat etc. engagieren. Doch in diesen Gremien wird Studienalltag gestaltet, werden die Entscheidungen getroffen, die die Studierenden am Ende zu spüren bekommen.

Ich möchte hier also zunächst betonen, dass die hochschulpolitische Vertretung der Studierendenschaft DIE zentrale Aufgabe eines AStAs sein sollte. Dennoch ist es unklug, dies

bei der Kommunikation mit den Studierenden zu sehr in den Vordergrund zu rücken. Ein solches Vorgehen führt bei den Adressaten zu Desinteresse. Es bietet sich also an, den Serviceaspekt zu betonen und anschließend die politischen Strukturen zu erläutern, die dem Serviceangebot zugrunde liegen. Wichtig hierbei: Es darf nicht zu kompliziert werden. In der Gremienlandschaft der Universität sieht schon ein hochschulpolitisch aktiver Studierender manchmal den Wald vor lauter Bäumen nicht, wie soll da also erst sein Gremien unerfahrener Kommilitonen durchblicken?!

Ein gutes Beispiel für einen „in Service verpackten“ hochschulpolitischen Informations-träger, der viele Studierende erreicht, ist das „Dschungelbuch“. Der Erstsemesterinfokalendar (der 2011 in einer erhöhten Auflage von 8.000 Stück erschienen ist und bereits nach wenigen Wochen komplett vergriffen war) erfreut sich seit Jahren großer Beliebtheit und bietet dem AStA die Möglichkeit, seine wichtigen politischen, kulturellen und serviceorientierten Themen gut zu platzieren.

Die Herausgabe dieses Buchs ist eine der wichtigsten Aufgaben des Referats für Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig hierbei ist, dass der Kalender in erster Linie praktisch nutzbar ist und für die Studierenden brauchbare Informationen enthält. Die „Eigenwerbung“ sollte also ein gewisses Maß nicht überschreiten.

Seit 2010 wird das Dschungelbuch größtenteils in einer so genannten „Ersttüte“ verteilt. Diese ist ein weiteres Mittel, Studierende auf Aufgabe und Angebote des AStAs hinzuweisen. In der Vergangenheit wurde das Potential einer umfangreichen Erstsemesterbegrüßung (mit der beliebten „Ersti-Tüte, dem Dschungelbuch und einer Vorstellungsvorveranstaltung des AStAs im Rahmen einer Informationsmesse) unterschätzt und nicht ausgeschöpft.

Besonders neue Kommilitonen können so jedoch wirkungsvoll und effektiv erreicht werden. Auch hierbei sollte die Eigenwerbung nicht Überhand nehmen. In der Vergangenheit wurde die Tüte um kleinere Werbepresents wie Gummibärchen, Kugelschreiber, Kondome erweitert, die die Flyerflut etwas auflockern sollten.

2011 erstmals in der Tüte enthalten war der so genannte „Alternative Stadtplan“, der in Kooperation mit dem „Konsumkritischen Stadtrundgang“ (KKS) entstanden ist. Auch solche kleinere Projekte kann und sollte das Öffentlichkeitsreferat im Sinne der Studierenden umsetzen. In diesem Fall ging die Initiative vom Team des KKS aus. Der AStA hat das Projekt jedoch finanziert und koordiniert.

Neben dem „Dschungelbuch“ ist die monatlich erscheinende „medium² - Zeitung der Kasseler Studierendenschaft“ eines der Kerngebiete des Referats. 2010 formierte sich eine, dem AStA angegliederte, jedoch relativ unabhängig arbeitende Redaktion unter der Leitung der Öffentlichkeitsreferentin. Bis dato war es Aufgabe der (mehr oder weniger schreibbegabten) Referenten, die Texte für die Zeitung zu verfassen.

Eine selbstständig arbeitende Redaktion bietet jedoch zwei wesentliche Vorteile: erstens erreicht man über die schreibenden Studierenden, deren Bekannte, Freunde etc. und macht die medium² so automatisch bekannter. Außerdem ist eine Zeitung, die von einer unabhängigen, nicht in erster Linie hochschulpolitisch aktiven, studentischen Re-

daktion gestaltet wird prinzipiell interessanter für die akademische Leserschaft. Denn so ist garantiert, dass hochschulpolitische Themen (auch für Laien) verständlich dargestellt werden.

2011 wurde das Spektrum des Öffentlichkeitsreferats um eine Radioredaktion erweitert. Langfristiges Ziel ist es, einen eigenen Campusradiosender zu gründen. Vorläufig erarbeitet das AStRa (Allgemeines Studierenden Radio) –Team einmal monatlich eine Sendung, die im Freien Radio Kassel zu hören ist.

Insgesamt wird seit 2010 das kreative, journalistische Potential der Studierenden selbst genutzt. Medienberufe sind beliebt und die Redaktionen des AStAs sind sowohl für die medienschaffenden Studierenden, als auch für deren KommilitonInnen eine wertvolle Serviceleistung. Die Redaktionsmitglieder sammeln sowohl bei der medium² als auch dem AStRa erste journalistische Erfahrungen in einem relativ flexiblen, geschützten Rahmen. In Zeiten, wo das Studium selbst immer weniger Freiräume für Tätigkeiten neben Vorlesungen und Seminaren lässt, ist das wertvoller denn je. Vom Öffentlichkeitsreferenten erfordern die Redaktionen allerdings ein hohes Maß an Einsatz. Immerhin sollten die Studierenden durch ihre Arbeit an Know-How hinzugewinnen. Das bedeutet: Der Referent muss sich die Zeit nehmen, jeden Artikel mit dem Redaktionsmitglied zu korrigieren und zu besprechen. Am Ende profitieren so jedoch beide Seiten: Der AStA kann der Studierendenschaft eine interessante Zeitung bieten, die Redakteure erarbeiten sich erste Referenzen und Leseproben für evtl. spätere Bewerbungen.

Die so genannten „Neuen Medien“ spielen eine zentrale Rolle im Öffentlichkeitsreferat. Kaum ein Studierender ist heutzutage nicht online – ein guter und kostengünstiger Weg, Studierende über den AStA zu informieren, führt also über das Internet. Klassisch und heutzutage selbstverständlich ist eine „Homepage“. Hier gilt es, dem Besucher die vielen Informationen gut strukturiert zu präsentieren. Eine Homepage bietet dem Öffentlichkeitsreferenten die Möglichkeit, auch weniger massentaugliche Informationen einem interessierten Publikum zugänglich zu machen. Interessierte Menschen finden die Info dann z.B. über die großen Suchmaschinen. Durch Auswertungsprogramme erfährt man außerdem, wo aktuell die Informationsbedürfnisse bei den Besuchern liegen. Auf diese kann man spezieller eingehen.

In den Bereich der Online-Öffentlichkeitsarbeit fallen auch die großen Sozialen Netzwerke im Internet. 2010 bauten wir den studiVz-Account des AStAs aus, 2011 entschieden wir uns, auch facebook beizutreten. Eine kluge Entscheidung, wie sich heute zeigt. StudiVz und facebook ermöglichen es dem AStA unkompliziert und sehr unmittelbar mit den Studierenden in Kontakt zu treten. Außerdem erhält der Öffentlichkeitsreferent wertvolles direktes Feedback. Studierende erfahren den AStA so als ansprechbare und wertvolle Informationsquelle. Viele nutzen die Möglichkeit und wenden sich mit Fragen zu Studium und Leben in Kassel direkt an den AStA. Das Onlinemagazin der medium², die medium² 2.0 erreicht ebenfalls jedeR Studierende im Internet. Es ist kostengünstig, flexibel zu bestücken und leicht zu bewerben, und daher eine gute Ergänzung zur Printausgabe.

Viele Wege führen also zu den Studierenden...

Die einzig wirklich feststehende Regel im Bereich Öffentlichkeitsarbeit lautet: „Es gibt keine in Stein gemeißelten Regeln, wie gute Öffentlichkeitsarbeit funktioniert.“ Sie ist immer abhängig vom Referenten, den Studierenden selbst und der Zeit, in der sie spielt. Wichtig ist, dass das Öffentlichkeitsreferat flexibel genug ist, auf Veränderungen in Medien, Hochschulpolitik und Studierendenschaft zu reagieren und bereit ist, neue Wege zu beschreiten.

Miriam Lotto

Was können wir hoffen?

Perspektiven von Studierendenvertretung und Universitätspolitik für die Universität Kassel

Es gibt viele Mythen, die sich um die Anfangsjahre der damals noch Gesamthochschule Kassel ranken. Einige wenige Gute, aber die meisten Erzählungen werden doch eher belächelnd kundgetan. Von einer Fachhochschuldozenten-Schwämme ist da die Rede, die auf einmal auch noch das Promotionsrecht in ihre Fittiche bekommt, und von Wolkenkuckucksheim fernab jeder Forschungsorientierung. Ob diese Einschätzungen für die ersten Jahre dieser Hochschule zutreffen, ist nicht mehr rekonstruierbar für die Unsrigen, die nicht dabei gewesen sind. Gerade deshalb will ich mir eine Bewertung der Anfangsjahre unserer Hochschule nicht zutrauen. Es macht mehr Sinn, über die Gegenwart und die Zukunft nachzudenken.

Studentisches Engagement wird erschwert

Die Kämpfe der Studierenden die in den Anfangsjahren aktiv waren, sind nicht mehr in der Erinnerung der heutigen Studierenden präsent. Auch die jüngere Vergangenheit ist wie vergessen. Wer erinnert sich heute noch an die Auseinandersetzungen um die Räumung des Wagenplatzes 1997? Damals gab es wütende Proteste, als der „Wagenplatz“ auf dem Gelände K18 geräumt werden sollte. Jenes hatte ursprünglich als studentisches (Wohn-)Projekt mit Einwilligung der Hochschule begonnen. Es ist noch nicht einmal 15 Jahre her und doch heute aus dem Gedächtnis verschwunden. Die Studierendenpolitik ist eine vergängliche Angelegenheit, alle 4-5 Jahre wechseln in der Regel die Akteure. In Zukunft wird sich dies im Zusammenhang mit dem Bachelor- und Mastersystem noch verschärfen. Dann bleiben nur noch 2-3 Jahre Verweildauer an der Hochschule. Wenn sich dieses System in Gänze durchgesetzt hat, dann wird dies auch noch weitergehende, negative Folgen für das studentische Engagement haben. Für viele ist Kassel dann nur noch eine Durchgangsstation, was ein politisches Engagement vor Ort unattraktiv macht, bekommt man die positiven Auswirkungen der eigenen Arbeit so doch überhaupt nicht mehr mit. Ein weiteres Problem sind die verworrenen Strukturen im hochschulpolitischen Gremiendschunzel, die zu durchblicken Jahre dauert. Es ist darum nicht besonders verwunderlich, dass viele sich gegen ein Engagement für das Studierendenwohl entscheiden.

Tradition muss nicht elitär sein

Tradition muss wachsen, auch gute Tradition. Die studentische Kultur muss diese Stadt erst noch durchdringen, eine städtebauliche Grundlage dafür könnte der neue Campus Nord werden, wenn das bisherige Quartier Drumherum nicht völlig von ihm verdrängt/

zerstört wird. Viele Kultureinrichtungen in dieser Stadt sind sinngemäße Ausgründungen aus der Universität, aber das wird noch zu selten klar. Die Universität verschwindet noch in dieser nach Profil suchenden Stadt, die Konturen werden nicht deutlich genug erkennbar. Dabei muss eine gewachsene studentische Kultur nicht aus elitären Burschenschaftslokalen bestehen, in Kassel ist das Alternative, das historische Erbe, das es zu erhalten gilt. Die studentischen Eigenbetriebe (Kulturzentrum K19, „Cafe DesAStA“, Fahrradwerkstatt) müssen gestärkt und letztlich auch verteidigt werden. Durch die Umbaumaßnahmen am Campus Nord angestoßen, versuchen verschiedene Verantwortliche den Campus repräsentativ umzubauen. Deshalb wird in ein paar Jahren vermutlich kein Platz mehr sein für den Charme dieser Einrichtungen. Ansatzweise konnte man dies schon an den Diskussionen für die Versetzungsarbeiten der Fahrradwerkstatt erkennen. Der Platz zwischen „Cafe DesAStA“ und Fahrradwerkstatt soll in dieser Form weichen, das ist eindeutig im Subtext mitgeschwungen.

Weg vom Schmuttelimage, Mut zum Projektstudium

Drei Impulse will ich für die Gesamtentwicklung der Universität Kassel noch geben. Viele Ziele der damaligen Gesamthochschule sind in Teilen noch heute in unserer Uni sichtbar, wie das folgende Beispiel zeigt. Jedoch wirkt der irre Zeitgeist dahingehend, als wären diese ein Makel im Elite-Gestammel. Der freiere Zugang an unsere Hochschule im Vergleich zu anderen Universitäten ist dabei eine Art negatives Tabu, das ich hier aufgreifen will. In studentischen Kreisen wird dies oft so bewertet, dass man praktisch keine Wahl hatte, als nach Kassel zu gehen, weil der formale Bildungsabschluss nicht ausreicht, um ein Studium an einer anderen Hochschule aufzunehmen. Von sehr niedrigen NCs ist die Rede, die auf jeden Fall die geringe Qualität widerspiegeln müsse. Ein klares Negativbild, das immer weiter tradiert wird. In DozentInnen-Kreisen schleicht das Sakrileg „Fachabitur“ über die Flure, ganz still und leise, und doch als waberndes Begründungsmuster dafür, dass der Seminar-Dialog nicht auf Forschungsniveau statt finden könne. Dieses Negativ-Image gilt es abzulegen. Ebenso müssen die gesellschaftlichen Standards für Hochschulen immer kritisch betrachtet werden. Man muss nicht forcieren, was von anderen Universitäten vorgemacht wird. Es kann sich im Abstand mehrerer Jahre auch als völliger Irrweg heraus kristallisieren. Stattdessen sollte man etwas wagen, einen Ausbau des Projektstudiums zum Beispiel. Heute nur noch als Relikt übrig geblieben in den Studiengängen der Architektur und Stadtplanung, war es früher integraler Bestandteil vieler anderer Studiengänge z.B. im Lehramt. Deshalb wird klar, dass das Ansinnen des vorliegenden Buches wichtiger denn je ist, weil man das bekannte Rad nicht immer neu erfinden kann und muss. Wenn wir fordern, das Studium neu zu denken, dann gilt deshalb frei nach Platon die Maßgabe: Erkennen als Wiedererinnern (Anamnesis). Natürlich waren nicht alle Ideen in der Anfangszeit ausgereift und so manches vermutlich naiv, aber der Wunsch nach einem anderen Studium findet sich in der heutigen, eigentlich wenig politischen Studierendengeneration in ausgeprägter Weise. Natürlich sind diese Möglichkeiten durch die horrenden Studierendenzahlen sehr beschränkt, doch es gilt politisch ein anderes Studium einzufordern und kreative Lösungen für die organisatorischen Vorbehalte zu finden.

Alternativen für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts

Die Uni hat Potenzial im Anders-Sein, aber, um es mal in die Zukunft gerichtet zu formulieren, es braucht „fundiertes Anders-Sein“. Wir brauchen echte Alternativen für unsere Gesellschaft, dabei sind erneuerbare Energien und neue Impulse für die Lehrerbildung nur die Spitze des Eisbergs dessen, was denkbar ist. Hier muss man die eigenen Alternativen aber auch politisch durchsetzen, bzw. als Universität offensiv in die Öffentlichkeit bringen. Kassel hat eine lange Tradition in der Reformpädagogik, in der Lehre gibt es auch einige Angebote in diesem Bereich. Aber man muss sich als erziehungswissenschaftlicher Fachbereich schon fragen lassen, warum davon in der schulischen Praxis so wenig ankommt. Sicher wird da auch vom Kultusministerium einiges unterbunden, dennoch würde man sich ein forscheres Auftreten wünschen. Gesellschaftlich hat sich das Klima in den letzten Jahren deutlich abgekühlt. Gerade die Universität Kassel, die sich als Hochschule mit einem freien Zugang zum Studium profiliert, muss auch in der Sozialforschung Akzente setzen, wenn es darum geht, dieses gesellschaftliche Klima wieder zu verbessern.

Mit Vergangenheit – Verantwortung der Wissenschaft stärken

Wenn man an Vergangenheitsbewältigung in Bezug auf den Nationalsozialismus denkt, dann denkt man meist, heutzutage sei alles dazu publik geworden. Es verwundert dann umso mehr, wenn man auf ein Thema stößt, das wie ein Tabu behandelt wird, obwohl es ein offenes Geheimnis ist. Es geht, wie die Unterüberschrift schon vermuten lässt, um die Feierlichkeiten zum Firmenjubiläum der Firma Henschel. 1810 gründete Georg Christian Carl Henschel die Firma in Kassel. Das Stammwerk stand auf dem heutigen Universitätsgelände. Heute ist sie nur noch ein Schatten ihrer selbst: Zerstückelt und an große Konzerne verkauft. Es fällt schwer, die Spuren innerhalb der heute noch bestehenden Firmen zu finden. Die Aufarbeitung der Geschichte der Firma Henschel steckt im Jahr 2012 vor allem in der öffentlichen Wahrnehmung in Kassel vielfach noch in einer verklärenden Sichtweise fest. Die Fakten: Henschel setzte im 2. Weltkrieg auf den Einsatz von Zwangsarbeitern, im Jahre 1942 über 6000 aus ganz Europa. Die Amerikaner schätzten den Umsatz durch deutsche Rüstungsaufträge auf insgesamt 463 Millionen Reichsmark. Wir schwer eine Trennung zwischen ziviler und militärischer Produktion fällt, kann man an der Kriegslokomotive BR 52 erkennen, die in hohen Stückzahlen in Kassel produziert wurde. Die Verwendungsorte dieser Züge waren nicht selten die besetzten Gebiete in Osteuropa, dem Ort der industriellen Vernichtung von Juden, Roma und weiteren verfolgten Gruppen aus dem eigenen Volk und Ausland. Das Mahnmal „Rampe“ erinnert noch heute daran. Doch wo wird dies öffentlich thematisiert? Es konnte erreicht werden, dass der Senat der Universität Kassel eine Kommission zum Thema eingesetzt hat. Zunächst konnte die Rückkehr der alten K-Bezeichnungen erreicht werden. Das K steht in der Firmenkennzeichnung von Henschel für den Standort Kassel, wonach jedes Gebäude mit einer Nummer versehen wurde. Drei Eisenbahndrehschreiben, von denen es einst am Holländischen Platz mehrere gab, sollen in verkleinerter Form als Steinkreise wieder sichtbar gemacht werden. Der größte Kreis vor dem Gebäude K 10 soll der Startpunkt für

den „Weg der Erinnerung“ werden. Neben den sichtbaren Bodenelementen soll es mehrere Tafeln mit Informationen zu einzelnen wichtigen Orten geben, auch mit Schwerpunktthemen die Jahre des „Dritten Reiches“ betreffend. Am Ende wird es aber darauf ankommen, in Zukunft die Verantwortung des Menschen für Technik zu stärken. Die Universität hat dafür eine besondere Verantwortung. Deshalb soll am Ende des „Weges der Erinnerung“ ein künstlerisches Mahnmal entstehen, natürlich erst nach der Fertigstellung des Campus Nord. Es soll die menschliche Verantwortung bei der Verwendung von Technik und wissenschaftlichen Erkenntnissen thematisieren, so wie es in Zukunft hoffentlich besser gelingt. Auch hier kann die Universität Kassel in Zukunft Akzente setzen.

Sebastian Weise-Kusche

Autorenverzeichnis

(sortiert nach der ersten Nennung)

Sarah Maria Kaiser, beendet in naher Zukunft ihr binationales Bachelorstudium in Sprachen und Wirtschaft. Seit ist seit dem Frühjahr 2010 Redakteurin der medium² - Zeitung der Studierendenschaft der Universität Kassel. Ihre Interessen sind sowohl politische, wirtschaftliche und soziologische als auch kulturelle, insbesondere musikalische Themen.

Norbert Sprafke, Studium Gesellschaftslehre/Deutsch Lehramt Sek I und II, Mitglied des ersten Asta der GhK, danach Mitglied des Ältestenrates. Mitgründer eines linken Buchladens, der aus einem studentischen Projektes hervorgegangen ist. Wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-MdB Horst Peter, jetzt Unterbezirksgeschäftsführer der Kasseler SPD.

Reinhold Weist, Absolvent für Lehramt an Gymnasien in Mathematik und Gesellschaftslehre an der Gesamthochschule Kassel. Seit 2005 Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel. 1989 - 1998 Landtagsabgeordneter für Bündnis 90/Die GRÜNEN in Wiesbaden.

Christian Vater, Magister der Philosophie und Germanistik. War unter anderem Mitglied im Senat, in der Zentralen Kommission für Forschungsförderung und im Direktorium des Instituts für Philosophie. Referent für Öffentlichkeitsarbeit des AstA und Sprecher der Fachschaftenkonferenz. Seit 2012 Mitglied im Vorstand des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie Kassel. Von 2006 bis 2011 bei UniKasselTransfer. Seit 2012 in Heidelberg Arbeit an teilautonomen Spracherkennungsagenten. Er hat seine Abschlussarbeit über Alan Turing und Künstliche Intelligenz verfasst und ist begeistert von Orten und Leuten, die es niemals gegeben hat.

Daniela Albert, Magistra Atrium, ist Mitarbeiterin im Fachbereich Humanwissenschaften und arbeitet derzeit an ihrer Promotion in der Erziehungswissenschaft. Sie war Mitglied der kleinen aber feinen LUST-Liste, somit Mitglied des Kasseler Studierendenparlaments in 2004 und der Fachschaft Erziehungswissenschaft, sowie aktiv in den vielen Gremien der Uni Kassel und ihres eigenen Fachbereichs. Sie studierte Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaft.

Peter Carqueville, Magisterstudent der Erziehungswissenschaft, Englischen Philologie und Alten Geschichte. War zunächst listenloser Fachschaftenreferent im AstA, später in der Öffentlichkeitsarbeit des AstA Kassel und Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Kassel. Verschaffte sich einen Namen durch aktive Fachschaftsarbeit bei den Kulturwissenschaften der Uni Kassel, und macht derzeit seinen Abschluss.

Sebastian Böttger, Student der Informatik. Von Juni 2006 bis Februar 2007 Referent für Hochschulpolitik und von März 2007 bis Februar 2008 erster Vorsitzender und Öffentlichkeitsreferent im Allgemeinen Studierendenausschuss der Universität Kassel. Anwendungsgebiet im Studium: Internettechnologie mit Schwerpunkt Wissensverarbeitung.

Alexander Muszeika, Student der Geschichte und Politik. Studentische Hilfskraft der Senatskommission „Weg der Erinnerung – Mahnmal an der Universität Kassel“. Groß- und Außenhandelskaufmann, Studienschwerpunkte: Industriegeschichte, Stadtentwicklung, Erinnerungskultur.

Oliver Schmolinski, Student der Wirtschaftspädagogik, war AStA-Vorsitzender 2010/2011. 2011/2012 ist er Präsident des Studierendenparlaments und Mitglied des Senats der Universität Kassel.

Sebastian Geiger, gelernter Bankkaufmann und Student der Wirtschaftswissenschaften. Finanzreferent des AStA der Universität Kassel 2011/2012. Studienschwerpunkte: Finanzmärkte und Finanzmanagement, Geldtheorie und Geldpolitik, Wirtschaftspolitik.

Sebastian Zimmermann, studiert in Kassel und Gießen den Master Sozialrecht/Sozialwirtschaft und Lehramt für Förderschulen. 2010/2011 war er Sozialreferent im AStA der Universität Kassel. 2011 wurde er in den Ausschuss für Sozialpolitik beim Freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) gewählt. Hochschulpolitische Schwerpunktthemen: Soziale Dimension im Bologna-Prozess, Inklusion und Studienfinanzierung.

Jana Preuß, Studentin der Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft. Projektkoordinatorin für das Referat Politische Bildung 2011/2012 im AStA der Universität Kassel und Mitglied der Ausschüsse Hochschulfinanzierung, Internationales und Studienreform des fzs 2011/2012.

Miriam Lotto, hat lange Zeit als freie Journalistin für verschiedene Printmedien gearbeitet. Nach Mitarbeit beim Kasseler Dokumentarfilm – und Videofest 2008 war sie 2009 Korrespondentin der ddp für den Bereich Nordhessen. 2010 und 2011 folgte die Wahl zur Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im AStA der Universität Kassel. 2010/2011 war sie ebenfalls Mitarbeiterin der Öffentlichkeitsabteilung des Studentenwerks Kassel.

Sebastian Weise-Kusche, Student der Philosophie, Geschichte und Germanistik. AStA-Vorsitzender und Referent für Politische Bildung 2011/2012 und Koordinator der Senatskommission „Weg der Erinnerung – Mahnmal an der Universität Kassel“. Studienschwerpunkte: Wissenschaftstheorie, Geschichtsphilosophie, Erinnerungskultur und Geschichte der Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus.

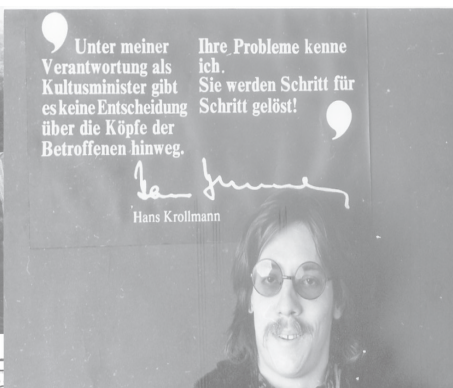
Danksagung

Ich danke zunächst allen Autoren, die sich bereit erklärt haben, ihren Beitrag in diesem Sammelband zu veröffentlichen. Der Studierendenschaft, vertreten durch den AStA der Universität Kassel, danke ich für die großzügige, finanzielle Förderung dieser Publikation. Ohne diese Förderung wäre die Herausgabe dieses Buchs nicht möglich gewesen. Auch Kassel University Press danke ich für die professionelle Zusammenarbeit, vor allem unter erschwerten, „studentischen“ Bedingungen.

Dank gilt auch allen, die sich um die Textredaktion verdient gemacht haben, dies sind besonders: Miriam Lotto, Sebastian Böttger und Jana Preuß. Weiterhin danke ich unserem Layouter Martin Graf für die professionelle und hochwertige Arbeit!

Sebastian Weise-Kusche

Der Sammelband versammelt historische, politische und nachdenkliche Essays zu 40 Jahren studentischer Hochschulpolitik und die Rolle der studentischen Selbstverwaltung an der Universität Kassel seit ihrer Gründung im Jahre 1971. Auch die Frage der Zukunft von studentischer, vor allem politischer Selbstverwaltung wird in mehreren Beiträgen diskutiert.



SUMMER



Mit 57 von 89 Stimmen gewählt:
Michael Daxner
neuer Präsident
GhK erwartet Bestätigung



asta
uni kassel
ISBN 978-3-86219-250-2